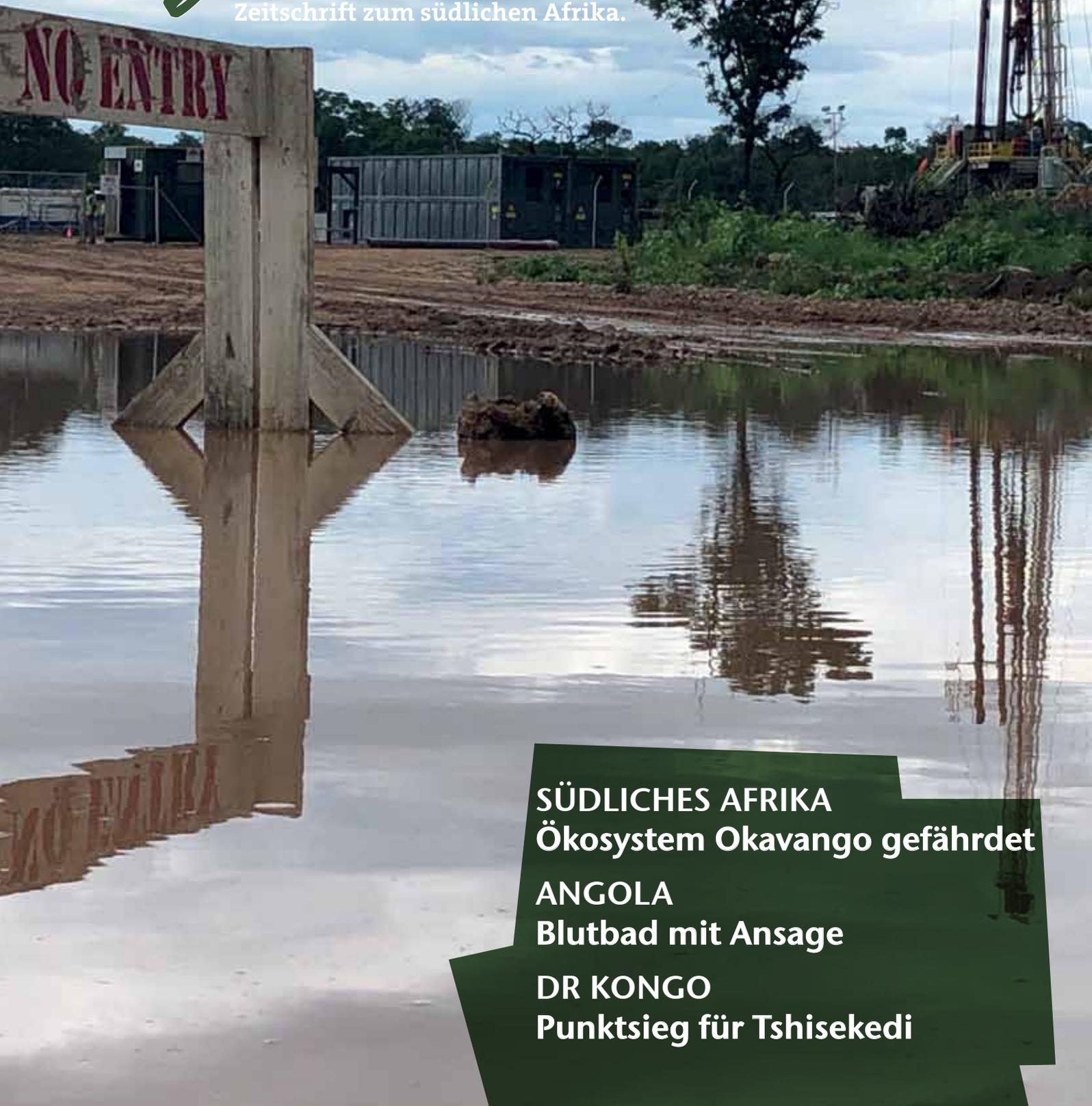


AFRIKA SÜDD

März/April 2021
50. Jahrgang | Nr. 2

Zeitschrift zum südlichen Afrika.



SÜDLICHES AFRIKA
Ökosystem Okavango gefährdet

ANGOLA
Blutbad mit Ansage

DR KONGO
Punktsieg für Tshisekedi



14 FOUNDATIONS FOR FARMING



27 (K)EIN SELBSTLÄUFER IM OKAVANGO-BECKEN



31 „PROJECT LOON“ – EIN ÜBERGANGS-PROJEKT

In diesem Heft

EDITORIAL

03 KEIN GRUND ZUR SELBSTZUFRIEDENHEIT
Ein Kommentar von **Lothar Berger**.

04 AKTUELL

SÜDAFRIKA: COVID-19

08 WIE FYNBOS AUS DER ASCHE?
Südafrikas Wirtschaft hat unter den Corona-Maßnahmen stark gelitten. Kann der neue Haushalt einen Weg aus der Krise weisen? Von **Lothar Berger**.

SIMBABWE: COVID-19

11 BRENNGLAS AUF DIE KRISE
Die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus decken in Simbabwe Korruption und Menschenrechtsverletzungen auf, meint **Garikai Chaunza**.

SIMBABWE

14 FOUNDATIONS FOR FARMING
Eine sanfte Landwirtschaft und die Förderung von Eigeninitiative und -verantwortung sind die Ziele der Foundations for Farming. **Petra-Keller Langen** stellt das Konzept vor.

ANGOLA

16 BLUTBAD MIT ANSAGE
Sicherheitskräfte haben in der Diamantenprovinz Lunda Norte ein Massaker unter Demonstrierenden angerichtet. **Daniel Düster** berichtet.

MOSAMBIK

19 DIE FLÜCHTLINGSWELLE NIMMT ZU
Im zweiten Teil des Berichts über die sozialen Probleme in Cabo Delgado beschreibt **Petra Aschoff** die Probleme der Versorgung für die Flüchtlinge und die Siedlungspläne der Regierung.

MALAWI

22 ALLER ANFANG IST SCHWER
Nach dem historischen Wahlsieg von Lazarus Chakwera im Juni 2020 zieht **Heiko Meinhardt** eine erste Bilanz seiner Regierung in Malawi.

DR KONGO

24 PUNKTSIEG FÜR TSHISEKEDI
Kongos Präsident Félix Tshisekedi hat das Kräfteverhältnis zu seinem Vorgänger Joseph Kabila umgekehrt, auch mit diskreter Hilfe des US-Botschafters, wie **Patrick Mbeko** aufklärt.

SÜDLICHES AFRIKA

27 (K)EIN SELBSTLÄUFER IM OKAVANGO-BECKEN
Das weltberühmte Ökosystem ist von Fracking bedroht. Umweltaktivist*innen wehren sich gegen die Explorationspläne. **Andreas Bohne** berichtet.

AFRIKA

30 EINE RÜLPSENDE KRÖTE BEDEUTET REGEN
Die Smartphone-App ITIKI kombiniert aktuelle Wetterdaten mit traditionellem Wissen afrikanischer Bäuer*innen. Von **Jürgen Langen**.

31 „PROJECT LOON“ – EIN ÜBERGANGS-PROJEKT

Heliumgefüllte Ballons und Breitband-Satelliten sollen das Internet auch in entlegenste Regionen der Welt bringen. **Christina Hoffmann** berichtet.

AFRIKA: FREIHANDELSABKOMMEN

33 FREIER HANDEL FÜR WEN?
Kann das Freihandelsabkommen AfCFTA dem ganzen Kontinent Wohlstand bringen? **Christian Selz** dämpft die Erwartungen.

SÜDAFRIKA: MUSIK

38 MUSIK ALS WAFFE
Jonas Gwangwa verkörperte Südafrikas Kampf um eine Nationalkultur. Ein Nachruf von **Gwen Ansell**.

40 KWELA, KWAITO, JAZZ UND RAP – UND EINE POPSENSATION

Mit 65 Jahren mischte „GeeSixFive“ für kurze Zeit in Südafrikas vielfältiger Musiklandschaft mit. Von **Jürgen Langen**.

50 JAHRE ISSA

43 WIE HÄLTST DU ES MIT DER FREIHEITSCARTA?
Lothar Berger blickt zurück auf die nicht immer reibungslose Zusammenarbeit zwischen der Issa und der Anti-Apartheid-Bewegung.

SERVICE

44 FILMHINWEIS

afrika süd berichtet
über die Länder der
Entwicklungsgemeinschaft SADC:

Angola • Botswana • DR Kongo
Eswatini • Komoren • Lesotho
Madagaskar • Malawi • Mauritius
Mosambik • Namibia • Sambia • Seychellen
Simbabwe • Südafrika • Tansania



Kein Grund zur Selbstzufriedenheit

Corona ist wie ein Brennglas: Es verstärkt und deckt unweigerlich Missstände auf, die solange gerne als Petitessen abgetan werden, wie das sozio-ökonomische Umfeld einigermaßen in Lot ist. Steckt ein Land aber bereits so tief im Schlamassel wie etwa Simbabwe, sind korrupte Geschäfte mit Corona-Schutzausrüstung besonders dreist. Die Täter finden sich mit zuverlässiger Regelmäßigkeit in der „Familie“ von Partei und Regierung: So haben der Sohn von Simbawes Präsident Emmerson Mnangagwa, der bisherige Verteidigungsminister und der Leibwächter des Präsidenten alle an lukrativen Aufträgen mitverdient, in Südafrika gehörten u.a. die Söhne von ANC-Generalsekretär Ace Magashule zu den Beschuldigten in einem ähnlich gelagerten Fall.

Aber hoppla – was hören wir da aus dem christlich-konservativen Lager in Deutschland? „Maskenaffäre“, weil sich Abgeordnete von CDU und CSU bei der Vermittlung von Schutzmasken ordentlich bereichert haben? Das ist angesichts der Corona-Epidemie nicht nur unappetitlich, man muss es schlichtweg Korruption nennen. Korruption, die sich in nichts von dem unterscheidet, was hiesige Medien im Zusammenhang mit Afrika reflexartig als Korruption brandmarken, während solches Vergehen bei uns verharmlosend als „Affäre“ abgetan wird.

Die Welt wird sichtbarer, im Positiven wie im Negativen, Corona macht es möglich. Allerorten Fehlentwicklungen und menschliches Versagen, aber auch Impulse, die Mut machen. Da ist z.B. Ngozi Okonjo-Iweala. Die nigerianische Entwicklungsökonomin konnte im Februar nach einer monatelangen Blockade durch die Trump-Administration endlich zur neuen Generaldirektorin der Welthandelsorganisation (WTO) ernannt werden. Sie ist die erste Frau und erste Vertreterin Afrikas auf diesem verantwortungsvollen Posten. Als Finanz- und Wirtschaftsministerin ihres Landes hatte Okonjo-Iweala eine Gratwanderung im Kampf gegen Korruption zu bewältigen. Dabei konnte sie trotz Drucks aus dem Verteidigungsministerium verhindern, dass sich Nigeria auf ein unseriöses Geschäftsangebot der Schiffsbaufirma Prinvest einließ, ein verhängnisvoller Deal, auf den sich später Angola und vor allem Mosambik fatalerweise einließen. Ob sie die WTO im Sinne eines faireren Handels auch für Afrika umkrepeln kann, wird sich noch zeigen.

Bleiben wir bei den positiven Impulsen aus Afrika: Über den ganzen Kontinent verteilt gibt es zahlreiche Start-Ups, die den weit verbreiteten Gebrauch von Mobiltelefonen nutzen, um über digitale Verfahren kreative und erschwingliche Lösungen für lokale Bedürfnisse zu entwickeln. So z. B. die von der Kenianerin Muthoni Mat-

inde entwickelte Wettervorhersage-App ITIKI (s. S. 30). Afrika wäre auch auf dem Gebiet der Malaria-Bekämpfung viel weiter, wenn die Regierungen ihren eigenen Wissenschaften und Kenntnissen mehr vertrauen würden, statt vor dem Druck global agierender Pharmakonzerne und den Bedenken der WHO einzuknicken. Der Film „Das Fieber – Der Kampf gegen Malaria“, der Ende April in den (Online-)Kinos anläuft, zeigt das eindrucksvoll (s. S. 47). Die Wirkung von Artemisinin, gewonnen aus „Artemisia annua“, gegen den Malaria-Erreger ist hinreichend erwiesen. Aber erschwingliche und lokal erprobte Rezepte mit der Heilpflanze werden als störender Sand im gigantischen Getriebe der Pharmaindustrie gesehen.

Es kann aber auch nicht die Lösung sein, alles, was vom „Westen“ kommt, als teuflische Wiederkehr der kolonialen Unterdrückung zu betrachten: Unter „Bulldozer“ John Magufuli hat sich Tansania beharrlich geweigert, Impfstoffe gegen Corona zu bestellen. Gegen was soll geimpft werden, was es offiziell gar nicht gibt? In Tansania starben infizierte Menschen an einer „Lungenkrankheit“, aber nicht an Covid-19. Es wäre schon eine bittere Ironie, wenn sich bewahrheiten sollte, dass John Magufuli, um dessen Gesundheitszustand es seit seinem Verschwinden aus der Öffentlichkeit etliche Gerüchte gab, tatsächlich an Covid-19 statt an „Herzversagen“, wie es offiziell hieß, gestorben wäre. Mag sein, dass Magufuli blind der Heilkraft von „Covid Organics“ vertraute, dem in Madagaskar entwickelten Kräuter-Extrakt aus Artemisia annua und anderen Wirkstoffen. Was gegen Malaria hilft, muss aber noch lange nicht gegen dieses heimtückische Virus wirken. Ernsthafte Forschungen über die Wirksamkeit von Artemisin gegen das SARS-CoV-2-Virus, an denen sich im Übrigen auch das Max-Planck-Institut für Kolloid- und Grenzflächenforschung in Potsdam beteiligt, stehen noch am Anfang. „Afrika hat mit einzigartigen Schwierigkeiten zu kämpfen, es verfügt aber auch über einzigartige Stärken. Dort gibt es viele nationale Erfolge und effektive regionale Antworten. Zukünftige Maßnahmen müssen von Afrika aus geleitet werden – und der Rest der Welt sollte zuschauen, was man davon lernen kann“, heißt das Resümee eines mit „no room for complacency“ überschriebenen Beitrags über Covid-19 in der renommierten medizinischen Fachzeitschrift Lancet.

Kein Grund zur Selbstzufriedenheit – man kann es als Aufforderung lesen, überall in der Welt Lösungsansätze, die auf eine bessere Gesundheit und Zukunft für die Menschheit hinarbeiten, ernst zu nehmen und ihnen mit Respekt zu begegnen. Das schafft die Synergieeffekte, die es nicht nur zu Coronazeiten braucht.

» Lothar Berger



TANSANIA

PRÄSIDENT JOHN MAGUFULI VERSTORBEN

Foto: Paul Kagame / flickr.com / cc:by-nc-nd



Seit Ende Februar war Tansanias Präsident John Magufuli nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten und hatte damit Anlass für zahlreiche Spekulationen gegeben. Am 17. März meldete sich Vizepräsidentin Samia Suluhu Hassan schließlich im Staatsfernsehen und gab den Tod des Präsidenten bekannt. Er sei im Alter von 61 Jahren nach kurzer Krankheit in Daressalam an einem Herzleiden verstorben. Spekuliert wird allerdings, dass Magufulis Tod mit der Corona-Pandemie zusammenhängt, im Laufe derer seit Anfang Februar ein Dutzend bekannte Persönlichkeiten verstorben sind, darunter

auch Seif Sharif Hamad, der charismatische Langzeit-Oppositionspolitiker aus Sansibar.

Gemäß Verfassung tritt Magufulis bisherige Vizepräsidentin Samia Suluhu Hassan, die am 18.3. vereidigt wurde, seine Nachfolge an. Sie ist damit Tansanias erste Präsidentin und Afrikas derzeit einzige weibliche Staatschefin. Ihre Präsidentschaft soll laut Verfassung bis 2025 andauern. Neuwahlen sind nicht vorgesehen.

Samia Suluhu Hassan stammt aus Sansibar. Die 61-Jährige tritt in mehrfacher Hinsicht ein kompliziertes Erbe an. Inwiefern wird sie die Politik und den autoritären Führungsstil von Magufuli fortführen? Welche Koalitionen und Kompromisse wird sie innerhalb der CCM eingehen müssen? Wer steht an ihrer Seite? Mit wenigen eigenen Netzwerken in der Regierungspartei CCM ausgestattet, wird die Wahl ihres Vizepräsidenten einen Machtkampf auslösen. In der CCM gibt es derzeit mindestens drei Fraktionen: Erstens Magufuli-Loyalist*innen wie Bashiru Ally, die unter ihm in wichtige Ämter gehoben wurden, zweitens Alt-Sozialist*innen, alte Kader und Nyerere-Anhänger*innen hinter dem Parlamentssprecher John Ndugai, und drittens polit-ökonomische neoliberale Netzwerke

(Mtandao) rund um Ex-Präsident Kikwete, Edward Lowassa und Rostam Aziz (unter Magufuli kurzzeitig im Exil). Aber auch dem einflussreichen Kabinettsminister John Kabudi werden eigene Ambitionen nachgesagt. CCM-intern werden diese und noch andere Flügel versuchen, ihren Machtbereich unter der neuen Präsidentin zu konsolidieren oder auszubauen. Vieles hängt damit zusammen, wie sehr sich die neuen Magufuli-Loyalist*innen in der CCM zwischen 2015 bis 2021 etablieren konnten.

Magufulis Tod und das vorübergehende Machtvakuum treffen Tansania inmitten einer schweren Wirtschafts- und Gesundheitskrise. Wenn sich der Verdacht erhärten sollte, dass Magufulis Tod mit Corona in Zusammenhang steht, dann wird ein weiteres schweres Erbe auf die Regierungspartei zukommen: Das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Führungsqualität. Denn sowohl die Corona-Epidemie als auch der Gesundheitszustand von Magufuli wurden so lange öffentlich gelehnt, bis gegenteilige Meinungen nicht mehr zu halten waren. Vertrauen, Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit stehen auf dem Spiel. Ein ausführlicher Nachruf auf John Magufuli wird in der nächsten Ausgabe von afrika süd erscheinen.

SÜDAFRIKA

KÖNIG GOODWILL ZWELITHINI GESTORBEN

König Goodwill Zwelithini kaBhekuzulu, König der Zulu-Nation, ist am 12. März 2021 im Alter von 72 Jahren im Krankenhaus gestorben, wo er wegen Diabetes behandelt wurde. König Zwelithini bestieg den Thron nach dem Tod seines Vaters im Jahr 1968. Seine Rolle war weitgehend zeremoniell und er übte offiziell keine politische Macht aus. Er stand jedoch dem Ingonyama Trust vor, eine Stiftung, die 1994 zur Verwaltung von 2,8 Millionen Hektar Land gegründet wurde, die traditionell dem Zulu-König gehören.

Südafrika Präsident Cyril Ramaphosa würdigte König Goodwill Zwelithini als einen „beliebten, visionären Monarchen“, der „einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Identität, nationalen Einheit und wirtschaftlichen Entwicklung in KwaZulu-Natal und damit zur Entwicklung unseres Landes als Ganzes

geleistet hat.“ Doch das Vermächtnis des Zulu-Königs wird von vielen Expert*innen auch kritisch gesehen. Zwelithini war unter dem Apartheidregime erst Ziel von Repressionen, geriet dann aber während der Kämpfe zwischen dem African National Congress und Inkatha, bei denen in den 90er-Jahren 30.000 Menschen ums Leben kamen, unter Druck, als ihm vorgeworfen wurde, mit dem Apartheidregime zu kooperieren. Der Journalist Mondli Makhanya beschreibt Goodwill als „nützlichen Idioten“ des Apartheidregimes, und sein Kollege Chris Barron erinnert an Goodwills fremdenfeindliche Beschreibung von ausländischen Migranten als „parasitäre Flöhe“, die 2015 eine Welle fremdenfeindlicher Gewalt in Durban auslöste, bei der sechs Menschen getötet und etwa 5000 vertrieben wurden. Zudem beschuldigt er den König, den Ingoyama Trust über die Pachten von 5 Millionen Bauern als „riesiges Sparschwein“ genutzt zu haben.

Am 17. März war ein privates Begräbnis angesetzt, am darauffolgenden Tag eine öffentliche Gedenkfeier zu Ehren des Zulu-Königs.

SIEG FÜR UMWELTAKTIVISMUS UND MEINUNGSFREIHEIT

Umweltaktivist*innen haben am 9. Februar vor dem High Court Südafrikas einen wichtigen Sieg errungen. Das Gericht sah eine Reihe von Verleumdungsklagen des australischen Bergbauunternehmens Mineral Commodities Ltd (MRC) und seiner lokalen Tochtergesellschaft gegen sechs Umweltaktivist*innen als Missbrauch des Rechtswegs an. MRC und seine Tochtergesellschaft hatten die Sechs auf umgerechnet 822.000 Euro Schadensersatz verklagt. Anlass waren Aussagen der Aktivist*innen, darunter auch Anwalt*innen des Centre for Environmental Rights (CER), während eines Sommerkurses in der Universität Kapstadt



im Januar 2017. Sie hatten dort die MRC-Tochter Mineral Sands Resources (MSR) wegen Umweltzerstörung und Nichteinhaltung von Bergbau- und Umweltgesetzen in der Tormin Mine an der Westküste kritisiert. Im Jahr 2015 hatte ein massiver Klippeneinsturz die Mängel offensichtlich gemacht. Trotzdem hat MSR vom Bergbauministerium die Genehmigung erhalten, seinen Betrieb an der Westküste deutlich zu erweitern. Einsprüche gegen die Erweiterung wurden vom Minister für Umwelt, Forstwirtschaft und Fischerei zurückgewiesen.

Die CER-Vertreterin Leanne Govindsamy begrüßte das Urteil als Schutz des zivilgesellschaftlichen Aktivismus und der Meinungsfreiheit. Es werde Unternehmen in Südafrika nicht gelingen, mit sogenannten SLAPP-Klagen die Kritik von Umweltaktivist*innen zum Schweigen zu bringen. SLAPP steht für „Strategic Litigation/Lawsuit Against Public Participation“ und beschreibt die Praxis von großen Konzernen, unliebsame Kritiker mit Klagen einzuschüchtern, die eine wirtschaftliche Bedrohung darstellen. „Obwohl es noch viel zu tun gibt, um Aktivist*innen vor Bedrohungen und Einschüchterungen in Südafrika zu schützen, wie uns der jüngste Mord an der Anti-Bergbau-Aktivistin ‚Mam‘ Fikile Ntshangase in KwaZulu-Natal im Oktober 2020 so schmerzlich in Erinnerung ruft, ist es eine Erleichterung, dass unsere Gerichte die entscheidende Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Aktivismus für Umweltgerechtigkeit anerkennen und bereit sind, ihn zu schützen“, sagte CER-Geschäftsführerin Melissa Fourie.

NAMIBIA

AIR NAMIBIA WURDE ABGEWICKELT

Am 10. Februar 2021 hat die Regierung Namibias das Ende der staatseigenen Luftfahrtlinie Air Namibia beschlossen und noch am gleichen Tag umgesetzt. Als Grund wurden anhaltend hohe finanzielle Verluste angegeben.

Die Regierung verfügte, dass die fast 650 Mitarbeiter*innen jeweils ein Jahresgehalt an Abfindung erhalten werden. Alle bereits gebuchten und bezahlten Tickets sollen erstattet werden. Minister Leon Jooste erklärte in einer Pressemeldung, dass der namibische Staat bisher weit über 500 Millionen US-Dollar in die Airline gesteckt hätte, man

aber niemals irgendwelche Gewinne hätte erzielen können. Alle 10 Airbus-Flugzeuge der Flotte (4x Airbus A319, 2x A330-200 und 4x Embraer ERJ Jets) wurden zwischenzeitlich abgestellt und ausrangiert. Schon seit Jahren gab es immer wieder Spekulationen über das Ende der Airline sowie Kritik an der z.T. unverständlichen Flottenpolitik der Geschäftsführung. So wurden wohl einige Millionen US-Dollar durch das Leasing einer überdimensionierten Boeing 747-400 Combi in den Sand gesetzt. Bereits 2018 schrammte Air Namibia an einer Pleite vorbei.

Da auch Südafrikas SAA (South African Airways) ein komplettes Startverbot erteilt wurde, ist die Flugverbindung nach Windhoek nun sehr eingeschränkt. Am Rande der virtuellen ITB (Internationalen Tourismus Börse) 2021 in Berlin wurden Befürchtungen laut, dass die Tourismusindustrie Namibias nun weiteren Schaden nehmen wird. Man geht davon aus, dass die „Slots“ (Landerrechte) an arabische und chinesische Airlines veräußert wurden. Die Verbindung nach Frankfurt/Main wird ebenfalls nicht mehr bedient. Ob diese durch eine deutsche Airline übernommen werden wird, ist unklar. Lufthansa hat kein Interesse signalisiert.

SIMBABWE

FREDERICK SHAVA NEUER AUSSENMINISTER

Die Nachfolge des am 6. Januar 2021 an Covid-19 verstorbenen Außen- und Handelsministers Simbabwes, Sibusiso Moyo, trat am 8. Februar Frederick Shava an. Vor seiner Ernennung diente er als Vertreter Simbabwes bei den Vereinten Nationen, wo er Präsident des UN-Rates für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten war. Shava war von 1981 bis 1986 als Minister für Arbeit, Personalplanung und -entwicklung und 1987 als Staatsminister für politische Angelegenheiten unter Robert Mugabe tätig. Als Kabinettsminister wurde Shava verhaftet, vor Gericht gestellt und wegen Korruption im Willowgate-Motorskandal von 1988/89 verurteilt, bei dem es um den illegalen Weiterverkauf von Autos durch Regierungsmitglieder ging. Die anschließende Untersuchung führte zum Rücktritt von fünf Mitgliedern des Kabinetts von Präsident Robert Mugabe. Frederick Shava wurde später vom Präsidenten begnadigt.

MOSAMBIK

NYUSI ERNENNT NEUEN SICHERHEITSCHEF

Mosambiks Präsident Filipe Nyusi hat im Rahmen einer Umbesetzung seiner Sicherheitskräfte Generalmajor Cristovao Chume zum Chef der Armee ernannt. Die früheren Chefs der Armee und der Luftwaffe wurden degradiert. Die Umbesetzung erfolgte als Reaktion auf die angespannte Sicherheitslage im Norden des Landes. Ex-Armeechef Generalmajor Ezequiel Isac Muianga wurde zum Armee-Inspektor degradiert, Ex-Luftwaffenchef Generalmajor Messias André Niposso leitet nun den Zivildienst Mosambiks. Seinen Posten bekam Brigadegeneral Candido Jose Tirano, der zuvor Inspektor der Luftwaffe war. Der wichtige Posten des Generalstabschefs wurde nicht neu besetzt – er war nach dem Tod von General Eugénio Mussa Anfang Februar vakant geworden.

Seit drei Jahren kämpft das Militär ohne nennenswerte Wirkung gegen die brutalen dschihadistischen Angriffe in der Provinz Cabo Delgado.

DAVIZ SIMANGO VERSTORBEN

Daviz Simango, Bürgermeister von Beira und Chef von Mosambiks zweitgrößter Oppositionspartei MDM, ist am 22. Februar an Covid-19 gestorben. Er litt an einer Diabetes-Vorerkrankung. Simango, der seit 2003 Bürgermeister von Beira war, wird ein Staatsbegräbnis erhalten. Während seiner ersten Amtszeit als Bürgermeister der Hafenstadt, die noch auf dem Ticket der Renamo lief, erwarb er sich den Ruf einer sauberen und gut geführten Stadt. Weil der damalige Renamo-Chef Afonso Dhlakama ihn nicht wieder kandidieren ließ, trat Simango bei den Bürgermeisterwahlen von 2008 als Unabhängiger an und gewann erneut. Er gründete daraufhin die MDM (Movimento Democrático de Moçambique), deren Parteivorsitzender er bis zu seinem Tod war.

Bei den Präsidentschaftswahlen von 2009, 2014 und 2019 erhielt er jedes Mal 300.000 Stimmen. Die MDM gewann zunächst Unterstützung von jüngeren Wählern, ihren Höhepunkt hatte sie 2014 mit 17 Sitzen im Parlament. Seither droht sie aber im Kampf zwischen der regierenden Frelimo und der Renamo unterzugehen.

Daviz war der Sohn von Uria Simango, dem ersten Vizepräsidenten der Frelimo, der



seit der Unabhängigkeit 1975 im Gefängnis saß und vermutlich 1981 oder 1982 heimlich hingerichtet wurde. José Domingos, Generalsekretär der MDM, wird die Partei vorübergehend führen, bis ein neuer Präsident auf dem Parteikongress gewählt wird.

ANGOLA

LOURENÇO KÜNDIGT VERFASSUNGSÄNDERUNG AN

Anfang März hat Angolas Präsident João Lourenço eine punktuelle Änderung der Landesverfassung in Aussicht gestellt. In der vielbeachteten Rede ging das Staatsoberhaupt auch erstmals auf die Gewalt in der Provinz Lunda Norte ein (s. Artikel „Blutbad mit Ansage“ in dieser Ausgabe). Die aktuell gültige Verfassung wurde nach ihrem ersten Inkrafttreten im Jahr 1975 und einer großen Verfassungsreform im Jahr 1992 zuletzt im Jahr 2010 grundlegend reformiert. Verfassungsrechtler*innen sehen in der aktuellen Form eine übermäßige Machtkonzentration in der Person des Präsidenten mit einer inhärenten Tendenz zum Autoritarismus. Die geplanten Änderungen betreffen verschiedene Punkte, von denen einige weitgehend unstrittig sind und selbst die Zustimmung der Opposition finden. Dazu zählt die Ausweitung des Wahlrechts auf im Ausland lebende Angolaner*innen, aber auch die Festschreibung der Unabhängigkeit der Zentralbank. Ferner erhält die Kontrolle der Exekutive durch die Legislative Verfassungsrang, was allerdings angesichts einer Zweidrittelmehrheit der MPLA in der Nationalversammlung aktuell keine großen Auswirkungen hat. Des Weiteren soll es einen klareren verfassungsmäßigen Rahmen zur Konfiszierung von Vermögenswerten geben, was auf eine Vereinfachung der Rückführung veruntreuter Gelder abzielt.

In Bezug auf das Dauerthema der kommunalen Selbstverwaltung („Autarquias“) kündigte Lourenço eine Streichung des sogenannten Gradualismus-Prinzips, welches von einigen als hinderlich bei der Etablierung einer kommunalen Regierungsebene betrachtet wird, aus der Verfassung an. Der Fraktionsvorsitzende der Unita im Parlament, Liberty Chiyaca, sowie der neue CASA-CE-Vorsitzende Manuel Fernandes begrüßten die angekündigte Verfassungsrevision grundsätzlich als Erfüllung einer langjährigen Forderung ihrer Parteien. Al-

lerdings stellten sie den Zeitpunkt der Ankündigung infrage und äußerten die Sorge, Präsident Lourenço könne die Verfassungsänderung nutzen, um den Wahltermin 2022 hinauszuzögern, da seine Beliebtheit seit einiger Zeit stark abgenommen hat. Die Regierung beeilte sich zu erklären, die Verfassungsänderung hätte keinen direkten Bezug zur Parlamentswahl im nächsten Jahr, von der das Präsidentenamt abhängt.

Der Analyst Rui Verde wertet die Verfassungsänderung als geschickten Schachzug des Präsidenten, während der Historiker Fernando Sakuayela Gomes von der Bewegung Jovens pelas Autarquias von einer durchsichtigen Charme-Offensive angesichts niedriger Beliebtheitswerte spricht. Gomes fürchtet eine erneute Verzögerung der ersten Kommunalwahlen, die seit nunmehr 13 Jahren angekündigt, aber noch nie umgesetzt wurden.

SAMBIA

AKTIONSPLAN FÜR DEN KAFUE-NATIONALPARK

Im Februar 2021 unterzeichnete die Regierung Sambias mit der gemeinnützigen Natur- und Tierschutz-Organisation African Parks ein Abkommen über den Schutz und die Weiterentwicklung des Kafue-Nationalparks. Finanziert wird das 12-monatige Programm mit drei Millionen US-Dollar durch den World Wildlife Fund (WWF). Der Kafue-Nationalpark liegt etwa 200 km westlich der Hauptstadt Lusaka und zählt zu den zehn größten Schutzgebieten auf dem Kontinent. Mit seinem Reichtum an Wildtieren und Vogelarten ist er die Hauptattraktion für Tourist*innen. In Zusammenarbeit mit Sambias Department of National Parks and Wildlife (DNPW) sollen die Infrastruktur des Parks ebenso verbessert werden wie die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Tiere.

BOTSWANA

ERNEUTE HINRICHTUNGEN

Am 8. Februar 2021 wurden erneut zwei Menschen in Botswana hingerichtet. Der 33-jährige Wedu Mosalagae und der 29-jährige Kutlo Setima saßen seit 2019 im Zentralgefängnis von Gaborone, nachdem sie wegen Mordes zum Tode verurteilt worden waren. Seit dem Amtsantritt von Präsident

Mokgweetsi Masisi im November 2019 wurden insgesamt sechs Menschen hingerichtet.

Botswana ist das einzige Land im südlichen Afrika, das weiterhin Hinrichtungen durchführt. Deprose Muchena, Direktor von Amnesty International für das östliche und südliche Afrika, forderte die Behörden auf, sich darauf zu konzentrieren, das Justizsystem zu stärken, den Menschen faire Prozesse zu geben und die Ursachen der Kriminalität zu bekämpfen. Der Teufelskreis der Hinrichtungen in Botswana müsse beendet werden. Deswegen müsse Präsident Masisi sofort ein offizielles Moratorium für Hinrichtungen erlassen, um die Todesstrafe abzuschaffen.

LESOTHO

NEPOTISMUS IN DER POLIZEI MIT TÖDLICHEN FOLGEN

Wenige Tage nach Beginn ihrer Ausbildung im Februar d.J. verstarben vier Polizeirekruten aus bisher offiziell noch nicht bekannten Gründen. Für LEPOSA, die Mitarbeiter-Vertretung der Polizei, liegen die Ursachen dieses tragischen Ereignisses jedoch klar auf der Hand: Das Polizeiwesen in Lesotho sei durch und durch verkommen. Die Auswahl für den Dienst erfolge nicht nach sorgfältiger Prüfung der generellen Eignung und besonders der körperlichen Fitness, sondern auf der Basis persönlicher Kontakte – „jobs for the boys“. Unter Polizeipräsident Molibeli seien Morde und Gewalt gegen Frauen und Kinder an der Tagesordnung, inkompetente Polizisten fraternisierten mit Kriminellen. Nach Angaben des UN Office on Drugs and Crime liegt die Mordrate in Lesotho im weltweiten Vergleich an fünfter Stelle, nach El Salvador, Jamaica, Venezuela und Honduras und sogar höher als in Südafrika.

ZWANGSARBEIT UND MENSCHENHANDEL

Lesotho ist sowohl Ausgangs- als auch Transitland für Menschenhandel. Eine bekannte Praxis besteht darin, dass z.B. Fernfahrer Frauen und Mädchen, die in Südafrika Arbeit suchen, eine Mitfahrgelegenheit anbieten, sie vergewaltigen und in die Prostitution zwingen. Mädchen werden nach Südafrika entführt und in entlegenen Dörfern zwangsverheiratet. Kinder, die einen oder beide Elternteile durch Aids verloren



AFRIKA

haben, und ältere Kinder, die für ihre Geschwister sorgen müssen, fallen leicht auf die betrügerischen „Arbeitsangebote“ der Menschenhändler rein. Dabei kann es sich auch um häusliche Knechtschaft in Lesotho selbst handeln. Männer, die in Südafrika in Landwirtschaft und Bergbau illegal Arbeit suchen, können ebenfalls zu Opfern werden. Sie arbeiten Wochen und Monate, um dann am Zahltag von ihren Arbeitgebern den Behörden übergeben zu werden, die sie wegen Verstoßes gegen die Aufenthaltsbestimmungen deportieren.

Die meisten Menschenhändler arbeiten in informellen Netzwerken und rekrutieren ihre Opfer in der Familie oder aus der Nachbarschaft. Es wird jedoch auch von chinesischer und nigerianischer organisierter Kriminalität berichtet. Ausländische Opfer werden zusammen mit Einheimischen durch Lesotho nach Johannesburg transportiert und dort verteilt.

Nachdem die Regierung von Lesotho es lange Zeit nicht geschafft hatte, Mindeststandards für die Bekämpfung von Menschenhandel durchzusetzen, wurde 2015 unter dem damaligen Innenminister Lekhetho Rakuoane eine multisektorale Sondereinheit geschaffen, ein Aktionsplan erarbeitet und Personal in der Erkennung entsprechender Straftaten geschult. Nachdem Tom Thabane 2017 erneut Premierminister wurde, ließen die Anstrengungen auf diesem Gebiet nach. Es gibt Andeutungen, dies habe mit dem Einfluss von Thabanes chinesischem Freund zu tun gehabt, der als „John“ bekannt ist.

Die gegenwärtige Regierung unter Moeletshi Majoro hat nun den Entwurf einer Novellierung des Gesetzes von 2011 vorgelegt. Dies geschah vermutlich auch auf Druck der US-Regierung, die wiederholt damit gedroht hatte, jegliche Unterstützung für Lesotho einzustellen, wenn sich die Regierung nicht ernsthaft darum bemühte, dem Menschenhandel Einhalt zu gebieten. Ob die neue Gesetzesvorlage ihren Erwartungen entspricht, wird sich zeigen.

DR KONGO

ITALIENS BOTSCHAFTER GETÖTET

Der italienische Botschafter, Luca Attanasio, ist am 22. Februar bei einem Angriff durch bewaffnete Rebellen auf einen Konvoy des Welternährungsprogrammes (WFP) zusammen mit seinem Leibwächter und Fah-

BEGINN DER IMPFUNGEN IN AFRIKA



Foto: WHO / Neequaye S.

rer getötet worden. Der Überfall ereignete sich etwa 15 km nördlich von Goma unweit der ruandischen und ugandischen Grenze. In der Provinz Kivu sind bis zu 40 Rebellengruppen aktiv, die auch den berühmten Virunga-Park als Rückzugsgebiet nutzen. Die verschiedenen Milizen kämpfen um die Kontrolle der zahlreichen Bodenschätze in der Region. Laut BBC war Attanasio auf dem Weg zu einem Schulspeisungsprojekt auf einer Straße, die erst kürzlich wieder für den Verkehr ohne besondere Schutzmaßnahmen freigegeben worden war. Die Angreifer töteten zunächst den kongolischen Fahrer Mustapha Milambo und be-

gannen, die sechs Mitfahrer zu entführen. Allerdings griffen Ranger des Nationalparks, die sich zufällig in der Nähe aufhielten, ein und konnten die Angreifer vertreiben. Diese erschossen jedoch bei der Flucht den 43-jährigen Botschafter und seinen Leibwächter, den Carabinieri Vittorio Iacovacci, die beide wenig später im Krankenhaus von Goma ihren Verletzungen erlagen.

Die beiden Italiener wurden in ihrer Heimat, wo der Vorfall hohe Wellen schlug, mit einem Staatsbegräbnis beigesetzt. Sowohl der italienische Ministerpräsident Draghi als auch Kongos Präsident Tshisekedi kündigten eine Untersuchung des Verbrechens an.

Während Südafrika als bislang einziges Land in Afrika auf den Impfstoff des US-amerikanischen Pharmakonzerns Johnson & Johnson setzt, der nur ein einziges Mal verimpft werden muss, verwendet Vorreiter Marokko neben AstraZeneca hauptsächlich den chinesischen Wirkstoff von Sinopharm Beijing, der auch in Senegal und Simbabwe eingesetzt wird. Der aufwändig zu kühlende Wirkstoff von BioNTech kommt bislang nur in Ruanda und Tunesien zum Einsatz. In Tunesien, Algerien und Guinea wird auch der russische Impfstoff Sputnik V verimpft. Ansonsten ist das ebenfalls recht günstige britische Vakzin AstraZeneca in vielen Ländern, u.a. in Ghana, Ruanda, Angola und Malawi im Einsatz. Insgesamt konnten jedoch 35 der 55 afrikanischen Staaten noch keine einzigen Bürgerin und keinen Bürger immunisieren, darunter auch bevölkerungsreiche Staaten wie Äthiopien, die Demokratische Republik Kongo, Tansania oder Sudan. Zusammengenommen wurden in Afrika erst 0,6 Impfdosen pro 100 Einwohner*innen vergeben. Da eine Person bei den meisten Vakzinen zwei Dosen erhält, ist der Anteil der immunisierten Personen sogar noch geringer. Damit steht der afrikanische Kontinent im Vergleich zu Nordamerika (24 %), Europa (14 %), Südamerika (7 %) und Asien (4,1 %) gemeinsam mit Ozeanien (beide <1 %) an letzter Stelle. Mehr als 80 Prozent aller Impfdosen in Afrika entfallen zudem auf Marokko.

<https://www.nytimes.com/interactive/2021/world/covid-vaccinations-tracker.html>



Wie Fynbos aus der Asche?

SÜDAFRIKAS WIRTSCHAFTSKRISE UND DER CORONAEFFEKT. Nach einem Jahr wirtschaftlichen Rückschlags und einem großen Hilfspaket zur Bewältigung des Corona-Lockdowns sucht Südafrikas Regierung mit Sparmaßnahmen einen Weg aus der Krise – und stößt dabei auf Widerstand.

Ein Jahr – genau genommen am 5. März 2020 – ist es her, dass in Südafrika der erste Covid-19-Fall erkannt wurde. 10 Tage später rief Präsident Cyril Ramaphosa den Katastrophenzustand aus und ließ die Grenzen für Hochrisikoländer schließen. Mit knapp 1,5 Mio. Fällen zu Anfang März 2021 ist Südafrika das am stärksten von der Pandemie betroffene Land des Kontinents. Es hat nahezu die Hälfte aller Covid-19-Todesfälle (ca. 50.000) in Afrika zu beklagen. Allerdings hat Südafrika mit über neun Millionen Menschen auch am meisten testen können.

Präsident Cyril Ramaphosa hatte von Anfang an eine viel gelobte Strategie mit einem ausgefeilten 5-Stufen-Plan zur Bekämpfung des Virus verfolgt, für die er freilich eher bei der WHO als bei der eigenen Bevölkerung Beifall erhielt. Noch bevor die Zahl der Infizierten im dreistelligen Bereich angelangt war, kündigte Ramaphosa am 26. März 2020 einen entschlossenen Kampf gegen das Virus an und verhängte eine dreiwöchige, später auf fünf Wochen verlängerte Ausgangssperre.

Den strikten Lockdown musste sich Südafrikas Wirtschaft, die bereits in der längsten Rezession seit 28 Jahren verharrte, allerdings mit starken Einbrüchen erkaufen. Während der ersten Phase der Corona-Beschränkungen schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorquartal um mehr als 16 Prozent. Mehr als drei Millionen Menschen hatten in diesen

Wochen ihre Arbeitsplätze verloren. Neben der Ungleichheit, die Südafrikas Wirtschaft auszeichnet, stieg in kurzer Zeit die Armut dramatisch an. Während des Lockdowns, der unter der zuerst verhängten Stufe 5 als einer der härtesten der Welt galt, durften die Menschen ihr Haus nur für Lebensnotwendiges wie Lebensmittel, Medikamente oder einen Arztbesuch verlassen. Für die zahlreichen Tagelöhner, die mit ihrem geringen Lohn eine bis zu 10-köpfige Familie ernähren müssen, bedeutete das, von einem Tag auf den anderen ihrer einzigen Einnahmequelle verlustig zu gehen. Der Verkauf von nicht lebensnotwendigen Gütern, einschließlich Alkohol und Zigaretten, war während des Lockdowns verboten. Millionen Menschen klagten, kein Geld mehr zum Kauf von Lebensmitteln zu haben. Nach Berechnungen der University of Cape Town hatten bis zu fünf Millionen Haushalte, die von Tätigkeiten im informellen Sektor abhängig sind, kein oder kaum noch Einkommen.

In den Townships wuchsen die Schlangen vor den Suppenküchen, an Abstandhalten und der Einhaltung von Hygienestandards war in den dicht besiedelten Shack-Siedlungen ohne fließendes Wasser ohnehin nicht zu denken. 30.000 Menschen wurden wegen Verstoßes gegen die Ausgangssperre verhaftet. In der Hoffnung auf ein baldiges Ende des Lockdowns nahmen die Menschen die Repression trotz oft unverhältnismäßiger Übergriffe des Militärs zumeist gedul-

dig murrend, mancherorts auch zornig, hin, nur um dann unter der ab 1. Mai 2020 geltenden Stufe vier der Coronamaßnahmen auch noch eine von 70.000 Soldaten kontrollierte nächtliche Ausgangssperre über sich ergehen zu lassen. Mit Stufe vier wurde die begrenzte Wiederaufnahme wirtschaftlicher Aktivitäten erlaubt, in der Industrie durften 20 Prozent der Belegschaft wieder arbeiten, im Bergbau konnte zumindest über Tage wieder voll gearbeitet werden. Soziale Einschränkungen und auch das umstrittene, der Vermeidung von Gruppenansammlungen geltende Verkaufsverbot von Tabak und Alkohol blieben weitgehend erhalten. Zusätzliche Geschäfte außerhalb der Lebensmittelbranche durften wieder öffnen, Restaurants, Bars und die meisten Geschäfte blieben in Stufe vier aber geschlossen.

Um die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Menschen abzufedern, legte die Regierung am 21. April 2020 ein umfangreiches Sozial- und Wirtschaftspaket in Höhe von 500 Milliarden Rand (25 Mrd. Euro) auf – eine Summe, die knapp 10 Prozent des BIP von 2019 entspricht. Kindergeld, Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung wurden für die nächsten sechs Monate erhöht und zusätzliche Mittel für Lebensmittelpakete bereitgestellt. Klein- und mittelständische Unternehmen konnten Zuschüsse beantragen, Steuererleichterungen sollten den Unternehmen aus dem Größten heraus helfen.

Vorsichtige Lockerung

Man muss der südafrikanischen Regierung zugute halten, dass sie zu Beginn der Pandemie im gleichen guten Glauben an die Erkenntnisse und Vorhersagen der Wissenschaft und Virologen gehandelt hatte, wie so viele andere Staaten. Angesichts der Zustände in den Townships, in denen ein großer Teil der Bevölkerung mit HIV oder TB infiziert ist und deren Bewohner als große Risikogruppen galten, schien die Sorge um Hunderttausende von Todesfällen begründet. Die negativen sozioökonomischen Folgen wurden deshalb als unvermeidlich erachtet.

Das Schreckensszenario blieb allerdings aus, die registrierten Fallzahlen hielten und halten sich in Grenzen. Um sich ein genaueres Infektionsbild zu verschaffen, versuchte die Regierung, möglichst flächendeckend zu testen. Doch selbst wenn die Zahl von bislang über neun Millionen Tests sich sehen lassen kann (proportional zur Einwohnerzahl etwas mehr als Brasilien), reichten die Tests bei weitem nicht aus, um ein klares Bild der Infektionen zu erhalten. Die Hoffnung bestand, dass die Behandlung der HIV-Infizierten mit antiretroviralen Medikamenten oder die Impfung gegen TBC bessere Immunität gegen das Virus bedeuten könnte. Zumindest bei TB-Geimpften zeichnet sich ein weniger starker Covid-19-Verlauf ab.

Angesichts dieser Situation ging die Regierung bei der Lockerung vorsichtig zu Werke. Ab Juni fuhr sie die Beschränkungen auf Stufe 3 zurück, mit der die persönliche Bewegungsfreiheit wieder erweitert wurde, mit Stufe 2 ab 18. August fiel auch das Verkaufsverbot von Tabak und Alkohol und die Reisebeschränkungen zwischen den Provinzen wurden aufgehoben. Zu der Zeit wurden nur noch ca. 2.000 Covid-19-Fälle pro Tag gemeldet, eine zweite Infektionswelle schien wie im europäischen Sommer der Leichtigkeit und Verblendung in weiter Ferne. Anfang Oktober wurde Stufe 1 eingeführt.

Das Virus folgt allerdings seinem eigenen Script, und als sich im November die zwei-

te Welle zunächst in der Ostkap-Provinz anbahnte, dauerte es nicht mehr lange, bis Südafrika im Dezember, mitten im heißen Südsommer, in seine bisher heftigste Welle mit zeitweise 20.000 Neuinfektionen am Tag geraten war. Die Regierung scheute von einer Wiederholung des strikten Lockdowns zu Beginn der Pandemie zurück, obwohl die Zahl der Neuinfektionen jetzt mehr als doppelt so hoch war. Der wirtschaftliche wie soziale Schaden aus dem ersten Lockdown war bereits so hoch, dass ein weiterer Lockdown von gleicher Intensität das Land ruiniert hätte. Mit ständig neuen Corona-Regulationen und Anpassungen versuchte die Regierung auf die neue Situation zu reagieren. Ab 29. Dezember galt wieder Stufe 3, als 90.000 Infizierte innerhalb einer Woche gemeldet wurden. Erst am 1. März 2021 ließ Ramaphosa wieder Stufe 1 zu, nachdem sich in der letzten Februarwoche trotz Auftauchens der besonders infektiösen Virus-Mutation B.1.351 nur noch 10.000 Menschen angesteckt hatten. Zu den wichtigsten Lockerungen gehören eine Verkürzung der Ausgangssperre von Mitternacht auf 4 Uhr und die Aufhebung des Verbots von politischen Versammlungen mit einer Obergrenze für den Innen- und Außenbereich. Das Tragen von Gesichtsmasken bleibt verpflichtend, eine Zuwiderhandlung wird mit einer Geldstrafe oder bis zu sechs Monaten Gefängnis geahndet.

Wirtschaftliche Folgen

Südafrikas Wirtschaft ist von den Corona-Maßnahmen extrem hart getroffen. Die Wirtschaftsleistung ist 2020 Schätzungen zufolge um 8 bis 10 Prozent gesunken. Besonders der Tourismus, die Weingüter und die Gastronomie liegen am Boden. Verzweifelt werben die Lodges in und um die Nationalparks im Kampf ums Überleben mit Rabatten bis zu 60 Prozent. An beiden Branchen hängen zahlreiche Arbeitsplätze. Im dritten Quartal ist die Zahl der Arbeitslosen um 1,7 Mio. Menschen, im vierten Quartal um weitere 701.000 auf 7,2 Millionen Erwerbslose

gewachsen. Die Zahl der schwer vermittelbaren Arbeitsuchenden stieg zwischen beiden Quartalen um 8,7 Prozent. Zwar wurden in den letzten vier Monaten im Rahmen des Sonderbeschäftigungsprogramms der Regierung beeindruckende 450.000 Arbeitsplätze geschaffen und für weitere 180.000 Stellen ausgeschrieben. Doch die Arbeitslosigkeit stieg stärker als die Zahl der Erwerbstätigen. Die offizielle Arbeitslosenquote lag zum Jahresende bei 42,6 Prozent.

Die Bereitstellung des 25 Mrd. Euro starken Hilfspakets belastete den ohnehin überstrapazierten Staatshaushalt, der in mehreren Schritten angepasst werden musste, als zusätzliche Mittel an Steuererleichterungen für Unternehmen (70 Mrd. Rand) und für ein Kreditgarantieprogramm (20 Mrd. Rand) bereitgestellt wurden. Hatte Finanzminister Tito Mboweni Anfang 2020 noch mit positiven Wachstumsprognosen geliebäugelt, so ist Südafrika im ersten Coronajahr in eine gefährliche Schuldenspirale geraten. Bereits im September hieß es aus dem Finanzministerium, dass dem Staat 2020 umgerechnet rund 15 Mrd. Euro an Steuereinnahmen fehlen würden. Das Haushaltsdefizit Südafrikas wird nach Ansicht von Ökonomen in diesem Jahr voraussichtlich 13,9 Prozent des BIP erreichen. Das ist mehr als das Doppelte des prognostizierten Defizits von vor einem Jahr, bevor die Auswirkungen der Pandemie eintraten. Bis zum Ende des Finanzjahres stieg die Schuldenlast auf knapp 82 Prozent des BIP. Die Ratingagenturen Fitch und Moody's haben Südafrikas Kreditwürdigkeit am 20. November weiter in Richtung Ramsch-Status herabgestuft.

Mbowenis Haushalt 2021

Am 24. Februar – zwei Wochen nach der SONA-Rede zur Lage der Nation von Ramaphosa – stellte Finanzminister Tito Mboweni seinen Haushaltsentwurf für 2021 vor, dessen Kern die Fortsetzung des mit Rückendeckung von Ramaphosa eingeschlagenen Kurses der Konsolidierung und Reformen bildet. Ein Kurs, der sich daran

orientiert, die von den Märkten, Ratingagenturen und der Wirtschaft geforderten Reformen zu beschleunigen.

Auf eine geplante Steuererhöhung von etwa 40 Mrd. Rand konnte Mboweni verzichten, weil ihm nach neueren Berechnungen aufgrund des Rohstoff-Booms gegenüber früheren Prognosen zusätzliche 100 Mrd. Rand (5,5 Mrd. Euro) in die Kasse flossen. So sendete er gegenüber der Wirtschaft mit einer Senkung der Unternehmenssteuer um 1 Prozent auf 27 Prozent – zum ersten Mal seit 12 Jahren – ein Signal. Im Gegenzug erhöhte er die Steuern auf Kraftstoff, Alkohol und Zigaretten und führte eine neue Steuer auf Schrottexporte ein. Das mehrmonatige Verkaufsverbot von Alkohol und Tabak war ihm ohnehin ein Dorn im Auge, weil der Staat sich den Verlust solcher Steuereinnahmen nicht leisten könne.

Nach der letztjährigen wirtschaftlichen Schrumpfung prognostiziert das Finanzministerium nun ein Wachstum für 2021 von 3,3 Prozent, gefolgt von 1,9 Prozent Wachstum in den beiden Folgejahren. Mbowenis längerfristiges Ziel, das Haushaltsdefizit bis 2023-2024 von derzeit rund 14 Prozent auf 6,3 Prozent des BIP zu senken, wird mit Skepsis begegnet. Moody's glaubt, dass der Druck, der aufgrund der langsamen wirtschaftlichen Erholung und der Finanzierungsanforderungen der staatlichen Unternehmen auf der Regierung lastet, einer Reduzierung der Staatsverschuldung entgegenwirkt. Mboweni stellte im November unverblümt die Frage nach der Existenzberechtigung eines so überschuldeten Staatsunternehmens wie der South African Airways, nachdem er einen Monat zuvor erst 10,5 Mrd. Rand zur Rettung der angeschlagenen Fluglinie freigegeben hatte.

Eine Reduktion des Haushalts kann nur über Kürzungen geschehen, und das ist politisch äußerst heikel, denn die 308 Mrd. Rand (17 Mrd. Euro), die Mboweni bei den Staatsausgaben zu kürzen plant, will er hauptsächlich bei den Löhnen einsparen. Angesichts der in diesem Jahr bevorstehenden Kommunalwahlen wäre ein Lohnstopp ein Spiel mit unsicherem Ausgang und Potenzial für eine Revolte gegen die Regierung, träfe der wirtschaftliche Schmerz doch die Angestellten des öffentlichen Sektors, die den Kern der Basis des regierenden ANC ausmachen.

„Wenn in diesem Tarifvertrag kein Lohnstopp vereinbart wird, sind die Annahmen und Bilanzberech-

nungen des Haushalts 2021 Makulatur“, fasst Marianne Merten Mbowenis Dilemma im Daily Maverick (24.2.2021) zusammen. Während er in der Frage der Lohnverhandlungen die Verantwortung an seinen Kabinettskollegen Senzo Mchunu, den Minister für öffentlichen Dienst und Verwaltung, weitergebe, halte er stur an seinem Mantra der Haushaltsdisziplin fest, was dazu führe könnte, dass das Kabinett überstimmt wird – der „Tito-Exit“, wie Merten einen Analytiker zitiert.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ziehen da naturgemäß nicht mit. Das Vertrauen zwischen ihnen und der Regierung ist zerstört, nachdem die Regierung vor Gericht gegangen ist, um die Vereinbarung über staatliche Gehälter zu kippen, nach der Tarifabkommen drei Jahre Gültigkeit besitzen. Cosatu-Präsident Zingiswa Losi hatte mit Rückendeckung aus höheren ANC-Kreisen von Ramaphosa den Rücktritt von Mboweni gefordert: „Wir können keinen Minister haben, der sich dem Druck des IWF und der Weltbank beugt und vergisst, was das Mandat der Regierung ist.“ Ins gleiche Horn stieß Blade Nzimande, Generalsekretär der Kommunistischen Partei SACP, der das Finanzministerium des „neoliberalen Fundamentalismus“ bezichtigte.

Auch andere Ministerien rebellieren gegen die Übermacht des Finanzministeriums und dessen Kontrolle über ihre Kassen. Zudem schmeckt ihnen nicht, dass die meisten Mitarbeiter des Finanzministeriums keine ANC-Kader sind, sondern außerhalb des ANC-Pools nach Qualifikationen ausgesucht werden. Für Ramaphosa ist das angesichts des immer noch starken Gegenwinds durch das Zuma-Magashule-Lager ein schwieriger Balanceakt. Er wird schon allein mangels Alternativen, aber eben auch mit Blick auf den Druck von IWF und Weltbank Richtung Struktur-reformen, seinem Finanzminister den Rücken decken. Ramaphosa bemühte in der Rede zur Lage der Nation das Bild vom Fynbos, dem Strauch, der nach verheerenden Bränden wächst, während die Aloe Vera von Finanzminister Tito Mboweni die Trockenperioden überlebt. Das klingt nach harten Zeiten für die Menschen Südafrikas. Nicht wenige haben den Glauben verloren und sagen, das Feuer habe der ANC gelegt – mit Korruption und Inkompetenz.

>> Lothar Berger

Bild S. 8: Schlange vor dem Arbeitsamt in Kapstadt. Südafrikas Arbeitslosigkeit liegt deutlich über der 40-Prozent-Marke. Foto: Ashraf Hendricks/New Ground



Brennglas auf die Krise

DIE COVID-19-PANDEMIE IST IN SIMBABWE MEHR ALS NUR EIN GESUNDHEITSPROBLEM. Die Maßnahmen, die das Zanu-PF-Regime zur Eindämmung des Coronavirus ergriffen hat, haben die Menschenrechtsverletzungen, die die Ordnungskräfte an den Bürger*innen begehen, sowie die Korruption der Machthabenden aufgedeckt.

Als die WHO am 11. März 2020 den Ausbruch von Covid-19 zur Pandemie erklärte, gab Simbabwe's Regierung über das Ministerium für Gesundheit und Kinderfürsorge (MOHCC) sofort bekannt, dass es der Welt bei der Einleitung von Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie folgen werde. Harare rief den Ausnahmezustand aus, bevor es das Militär zur Durchsetzung der Covid-19-Vorschriften einsetzte. Seitdem hat diese Entwicklung eine sozio-ökonomische und politische Krise ausgelöst – vielmehr muss man sagen, dass die Krise angesichts der Erfahrungen, die die Zivilbevölkerung mit den staatlichen Sicherheitskräften bei humanitären Krisen gemacht hat, vorsätzlich von der Regierung verursacht wurde.

Die Ausrufung der Pandemie fiel in eine Zeit, in der das Land ebenso mit den Streiks eines frustrierten Gesundheitspersonals zu kämpfen hatte und immer noch hat, wie mit begrenzten oder gar fehlenden Testgeräten und Testzentren sowie mit einer weitgehenden Schließung von Gesundheitseinrichtungen aufgrund des maroden Gesundheitssystems. Die Kapazitäten für Antikörper-Tests sind nach wie vor gering und belaufen sich derzeit auf 1000 bis 1500 Tests pro Tag, hauptsächlich in Harare und Bulawayo. Dies kann die aktuellen Infektionsraten tatsächlich nicht erfassen und führt zu

einer Unterschätzung der tatsächlichen Zahl der Menschen, die an der Pandemie sterben.

„Es gibt mehrere Schnellreaktionsteams, die im ganzen Land Tests durchführen, und das sind diejenigen, die gemeldet werden“, so Rashida Ferrand, Professorin an der London School of Hygiene and Tropical Medicine in Großbritannien, kürzlich gegenüber der medizinischen Fachzeitschrift The BMJ. Sie ist derzeit als Leiterin der Covid-19-Einheit am Parirenyatwa-Krankenhaus in Harare tätig. „Aber das sagt nichts über die Fälle, die in der Bevölkerung sind, ohne getestet zu werden, oder die sterben, ohne es in die Behandlung zu schaffen. Die Fälle, die in den nationalen Statistiken gemeldet werden, sind eine drastische Unterschätzung, ebenso wie die Todesfälle.“ Nach Aussage von Reinaldo Ortuno, Einsatzleiter von Ärzten ohne Grenzen in Harare, in der gleichen BMJ-Ausgabe geht die Zahl der Tests außerhalb von Harare und Bulawayo gegen Null. „Die Behörden tun ihr Bestes, um das Gesundheitssystem zu verbessern und Möglichkeiten der Isolierung einzurichten – sie verlegen die Sauerstoffleitungen und besorgen die Vorräte. Aber das braucht Zeit.“

Infolge der fehlenden Testkits und der lähmenden Arbeitsniederlegung des Personals mussten die meisten Kliniken und Zentren außerhalb von Harare und Bulawayo schlie-

ßen, nachdem dort Infektionen gemeldet wurden. Das Gesundheitspersonal, das sich seit Jahren im Arbeitskampf befindet, fordert nicht nur eine Gehaltserhöhung, sondern beschwert sich auch über die unzureichende Bereitstellung von persönlicher Schutzausrüstung. Krankenschwestern und -pfleger verdienen in Simbabwe umgerechnet 30 US-Dollar im Monat, Ärzte erhalten magere 115 US-Dollar.

Langanhaltende Krise

Bereits vor Covid-19 kämpfte Simbabwe mit einer schweren, selbstverursachten sozioökonomischen Krise, die seit über zwei Jahrzehnten anhält. Die Zimbabwe National Chamber of Commerce, ein lokaler Lobbyverband der Wirtschaft, schätzte kürzlich, dass 25 Prozent der formellen und 75 Prozent der informellen Arbeitsplätze des Landes durch die Maßnahmen zur Covid-19-Eindämmung gefährdet sind. Menschenrechtsaktivist*innen und unabhängige Beobachter*innen sorgen sich indessen, dass die von der Regierung verhängten Maßnahmen zur Eindämmung des Virus die schwächsten Bevölkerungsgruppen hart treffen. Seit dem Lockdown im letzten Jahr ist der informelle Sektor nicht mehr in Betrieb, wodurch die Mehrheit der Bevölkerung in extreme Armut abrutscht. Nur



Social Distancing im simbabwischen Busverkehr. Foto: ILO / cc:by-nc-nd

einige wenige im formellen Sektor, die in der Kategorie der systemrelevanten Dienstleistungen arbeiten und eine Ausnahmegenehmigung haben, dürfen sich zwischen 6 Uhr morgens und 18 Uhr abends bewegen.

Die meisten der Menschen, die auf den Verkauf in den Straßen von Harare angewiesen sind, haben keine andere Wahl, als sich den Sperrvorschriften zu widersetzen. Einige strömen mit ihren Waren und ihrem Gemüse nach 15 Uhr, der von der Regierung verordneten Sperrstunde, in den Central Business District. Täglich kann man beobachten, wie diese informellen Händler*innen Katz und Maus mit der Polizei und den Soldaten spielen, die im Namen der Durchsetzung der Verordnungen ihre Verkaufswaren konfiszieren. Ungestraft treiben diese Ordnungshüter wahllos unschuldige Bürger*innen in Einkaufszentren zusammen, verprügeln sie und verlangen dabei Schmiergelder von ihnen. Da fragt man sich schon, ob die Regierung die Pandemie bekämpft oder ihre Bevölkerung, die sie eigentlich vor der Pandemie schützen sollte.

Was besonders schmerzt, ist, dass es sich bei den am meisten Betroffenen um eine Bevölkerung handelt, die von der Hand in den Mund lebt. Es ist eine verzweifelte Bevölkerungsgruppe, die nur begrenzten Zugang zu den Grundbedürfnissen wie Nahrung, Wasser, Kleidung und Unterkunft hat, ganz zu schweigen vom Zugang zu sozialen Diensten, insbesondere zur Gesundheitsversorgung und Bildung.

All diese traurigen Ereignisse ereignen sich, nachdem das Welternährungsprogramm im Dezember 2019 mitgeteilt hatte, dass Simbabwe, das seit der Jahrtausendwende auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen ist, vor der schlimmsten Hungerkrise seit einem Jahrzehnt steht, mit 7,7 Millionen Menschen, die sich nicht ernähren können. Laut dem International Food Policy Research Institute (IFPRI) könnte der wahrscheinliche Rückgang des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 5 Prozent im Jahr 2020 das

weltweite Armutsniveau um 20 Prozent erhöhen und weitere 147 Millionen Menschen in extreme Armut stürzen, wobei mehr als die Hälfte der gefährdeten Menschen – 79 Millionen Menschen – in Afrika südlich der Sahara leben.

Instrumentalisierung von Nahrungsmittelhilfe

Die politische Instrumentalisierung der Nahrungsmittelhilfe durch die regierende Zanu-PF ist nichts Neues in der Geschichte des Landes, aber das Traurige ist, dass es diesmal geschieht, während die hungernde Nation gleichzeitig mit der Pandemie zu kämpfen hat. Hierzu gab es beunruhigende Berichte von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Menschenrechtsverletzungen beobachten und aufzeichnen. Danach knüpft die Zanu-PF die Nahrungsmittelhilfe für Hungerleidende, die sich nicht selbst ernähren können, weil sie durch den Covid-19-bedingten Lockdown ihre Arbeitsplätze verloren haben, an politische Loyalität. Die Regierung von Präsident Emmerson Mnangagwa tut dies, um sich vor allem in den ländlichen Gebieten Unterstützung zu sichern. Laut dem Novemberbericht des Zimbabwe NGO Forum haben die Fälle von parteiischer Verteilung von Nahrungsmittelhilfe landesweit zugenommen. So sollen in Sakubva, Mutare, ca. 200 Menschen von der Jugendversammlung der Zanu-PF Manicaland in der Sakubva Beit Hall zusammengerufen worden sein, um eine Liste von Nahrungsmittelempfängern zu erstellen, wobei diejenigen absichtlich ausgeschlossen wurden, die nicht der Partei angehören. Ähnliche Berichte gab es aus Beitbridge in der Provinz Matabeleland. Das Zimbabwe Peace Project (ZPP) bezog sich in seinem Monatsbericht vom April 2020 zudem auf eine Ankündigung der Regierung, 600 Millionen ZIM-Dollar an eine Million bedürftige Haushalte auszahlen zu wollen. Dabei werde die Erstellung der Liste der bedürftigen Familien, die monatlich umgerechnet etwa 5 US-Dol-

lar erhalten sollen, durch das Department of Social Welfare vorgenommen.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten politischer und wirtschaftlicher Unruhen, die auch die Landwirtschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen haben, waren viele Menschen in Simbabwe auf die Unterstützung von Verwandten, Familien und Freund*innen in der Diaspora angewiesen, die vor den gleichen miserablen wirtschaftlichen Bedingungen geflohen sind. Der Zugang zu den Überweisungen der simbabwischen Diaspora ist jedoch ein Alptraum, der durch die Nichtverfügbarkeit von Bargeld bei Banken und Fremdwährungsgeschäften wie World Remit sowie durch die Covid-19-Bestimmungen noch verschlimmert wurde.

Einem Bericht von ZPP vom November zufolge arbeiten die Schwarzmarkt-Geldwechsler, die in den Straßen von Bulawayo, Harare und Mutare tätig sind, inzwischen von zu Hause aus, da sie es sich nicht leisten können, sich an den Lockdown zu halten. Die verzweifelte Kundschaft würde sie immer wieder auf ihren Mobiltelefonen anrufen. Die Geldwechsler stehen auch im Visier von Ordnungskräften, die Bestechungsgelder verlangen, um sie „frei“ arbeiten zu lassen.

Covid-19-Statistik

Während die Covid-19-Fälle weltweit weiter ansteigen, hat Simbabwe, das bisher über praktische Möglichkeiten zur Eindämmung der Pandemie geschwiegen hat, bekannt gegeben, dass es durch eine Spende 200.000 Dosen Corona-Impfstoff aus China bezogen hat und außerdem mit Russland über eine weitere Impfstoff-Spende verhandelt. Zum 3. März 2021 hatte Simbabwe 36.148 bestätigte Covid-19-Fälle und 1472 Todesfälle zu verzeichnen. Die hohe Zahl von Covid-19-Fällen im Januar geht auf die Öffnung des Grenzpostens Beitbridge zum benachbarten Südafrika während der Feiertage zurück, als Tausende von Simbabwe*innen über die Feiertage nach Hause kamen. Die meisten von ihnen



Ein Wasserwerfer versprüht Desinfektionsmittel in Bulawayo. Foto: ILO / cc:by-nc-nd

missachteten dabei die Covid-19-Reisebestimmungen, um ohne die erforderlichen Tests ins Land zu gelangen. Südafrika ist das am stärksten betroffene Land auf dem Kontinent, und die Rückkehrenden, insbesondere diejenigen, die sich durch Bestechung den Weg über die Grenze bahnen, setzen Simbabwe einem großen Risiko eines Fallanstiegs aus. Eine Sorge, die auch vom WHO-Vertreter für Simbabwe, Dr. Alex Gasira geteilt wird. Er warnte die Behörden in Harare vor Selbstgefälligkeit und sagte, dass die Fälle wieder ansteigen könnten, wenn die Schutzmaßnahmen gelockert werden.

Korruption mit Schutzausrüstung

Spitzenbeamte der Regierung und solche, die mit Präsident Emmerson Mnangagwa in Verbindung stehen, haben die durch die Pandemie entstandenen Geschäftsmöglichkeiten ausgenutzt und das System auf korrupte Weise infiltriert. Zu diesen Personen gehören Mnangagwas Sohn Collins, Ex-Gesundheitsminister Obediah Moyo, ein enger Freund der Präsidentenfamilie, Delish Nguwaya, und der oberste Leibwächter des Präsidenten, Valdano Brown. Nguwaya wurde wegen eines Korruptionsfalls um persönliche Schutzausrüstung im Wert von umgerechnet 1 Mio. US-Dollar verhaftet und anschließend gegen Kaution freigelassen. Obediah Moyo, engster Verbündeter von Präsident Mnangagwa, wurde im Juli 2020 als Minister entlassen, nachdem es einen öffentlichen Aufschrei wegen seiner Beteiligung an der Vergabe der Ausschreibung für Covid-19-Schutzausrüstung an Nguwaya gegeben hatte.

Valdano Brown erhielt ebenfalls einen lukrativen Auftrag für die Lieferung von Covid-19-Ausrüstung an das Gesundheitsministerium, ohne dass er ein Ausschreibungsverfahren durchlaufen hatte. Der Top-Leibwächter des Präsidenten wurde allerdings nicht verhaftet. Die Firmen von beiden, Nguwaya und Brown, die sich die Aufträge haben zuschustern lassen, gehören zu einer Gruppe von Firmen, die mit Mnangagwa in Verbindung stehen sollen. In den gleichen Skandal wurde auch der Finanzminister George Guvamatanga verwickelt, der die Regierung ermächtigt haben soll, der Firma Drax International eine Lieferung im Wert von 987.720 US-Dollar zu überlassen. Drax gehört Delish Nguwaya und seinem Geschäftspartner, dem Präsidentensohn Collins Mnangagwa.

Andere Top-Vertraute des Präsidenten wie Finanzminister Mthuli Ncube oder der Chefsekretär des Präsidenten und des Kabinetts, Misheck Sibanda, wurden in diesen Beschaffungsbetrug hineingezogen. Laut einem durchgesickerten Memo der Regierung gehörten zu den Artikeln der medizinischen Schutzausrüstung, deren Preise von Nguwaya überhöht wurden, 5040 N95-Masken, 15.000 Covid-19-Testsätze zu je 34 US-Dollar und 3740 Overalls für je 90 US-Dollar. Die Masken, die mit 28 US-Dollar pro Stück berechnet werden sollten, kosten nur etwa 5 US-Dollar pro Stück in der Anschaffung und könnten in Dubai, wo die Scheinfirma Drax registriert ist, sogar noch weniger kosten, während Overalls durchschnittlich 30 US-Dollar kosten. Schnelltest-Kits, die von einem namibischen Lieferanten, Jaji Investments, gekauft wurden, kosteten im März jeweils 15 US-Dollar, wie eine Untersuchung der Online-Publikation ZimLive ergab. Mit diesen überhöhten Preisen wollte Drax einen Gewinn von etwa einer halben Million US-Dollar aus der Lieferung erzielen. Nguwaya, der dafür bekannt ist, dass er jedes Mal, wenn er in Betrugsfälle verwickelt ist, den Namen Mnangagwa fallen lässt, ließ sich Anfang dieses Jahres mit dem Präsidenten im State House ablichten, als er Covid-19-Ausrüstung im Wert von etwa 200.000 US-Dollar spendete. Ebenfalls viral gegangen sind mehrere Bilder von Nguwaya, der ein umfangreiches Strafregister hat, in Gesellschaft von Mnangagwas Söhnen.

Verhaftungen von kritischen Stimmen und Menschenrechtsaktivist*innen gehören in Simbabwe zur Tagesordnung. Die jüngsten Opfer sind Hopewell Chin'ono, ein investigativer Journalist, und der Oppositionspolitiker Jacob Ngarivhume (vgl. afrika süd Nr. 1, 2021). Chin'onos professionell recherchierte Berichte über den Beschaffungsbetrug im Gesundheitsministerium haben zur Verhaftung und Entlassung von Gesundheitsminister Moyo geführt. Für das Mnangagwa-Regime Anlass genug, die wiederholte Verhaftung von Chin'ono anzuordnen. Seine Verhaftung und die von Ngarivhume, der zu Demonstrationen gegen die Korruption der Regierung aufrief, ist nach Ansicht kritischer Stimmen ein konzertierter Schachzug, um Kritik an der Regierung zu ersticken.

>> **Garikai Chaunza**

Der Autor ist unabhängiger simbabwischer Journalist, Hörfunkredakteur und Medienmanager.



Foundations for Farming

SANFTE LANDWIRTSCHAFT IN SIMBABWE. Wer zur internationalen Zentrale von Foundations for Farming (FFF) am Stadtrand von Harare, Simbabwe einbiegt, dem fallen zwei Dinge sofort angenehm ins Auge. Zum einen sind es die vorbildlich angelegten Gemüsebeete und Felder, die sich, angepasst an die jeweilige Jahreszeit, im optimalen Zustand von Blüte, Wachstum oder Reife befinden. Zum anderen: Nirgendwo sind landwirtschaftliche Maschinen oder deren tiefe Reifenspuren zu sehen.

Und genau das ist auch schon die Idee, die hinter dem Konzept der pfiffigen Landwirte steckt: Um einen optimalen landwirtschaftlichen Ertrag zu erzielen, sollen sich Mensch und Natur auf den natürlichen Kreislauf von Wachstum und Verfall einlassen, ihn verstehen und lediglich sanft steuern. Notwendig sind „nur“ Grundkenntnisse, eine gute Vorbereitung des Bodens, das richtige Timing entlang der verschiedenen Wachstumsphasen und der zielgerichtete Einsatz von eigenen, buchstäblich „naturgegebenen“ Ressourcen.

„Wie ernähre ich meine Familie – langfristig?“ FFF beantwortet diese allumfassende, existenzbedrohende Frage innerhalb nur eines Wachstumszyklus. In verschiedensten Trainings ab einem Tag Länge vermittelt FFF das notwendige Wissen je nach (Pflanzen-) Thema und Bedarf vor Ort in Harare, per digitalem Fernunterricht, auf Youtube oder WhatsApp. Denn Simbabwe ist in allen Bevölkerungs- und Altersgruppen bestens mit einem Smartphone ausgerüstet, kann mit

den Funktionen umgehen und das Mobilfunk-Netz ist in der Regel besser als in vielen Regionen Deutschlands.

Schritt-für-Schritt-Plan für gesunde Ernährung inklusive Klimaschutz

In dem eintägigen Grundkurs lernen die Teilnehmer*innen eine ganz einfach umzusetzende Theorie und auch Praxis. Ausgestattet mit diesem Wissen, einem Schritt-für-Schritt-Plan in allen landestypischen Sprachen sowie der passenden Menge von hochwertigem, gentechnikfreiem, klimaresistentem Saatgut verfügen Männer wie Frauen nach acht Stunden über das komplette Handwerkzeug, um mit der ersten Ernte eine fünfköpfige Familie mindestens ein halbes Jahr zu ernähren. Es gibt zudem Blogs, Video-Tutorials oder WhatsApp-Gruppen, durch die FFF ständig ansprechbar ist und die die Teilnehmer*innen nutzen, um Netzwerke zu knüpfen, z.B. für den gesammelten Transport der überschüssigen Produkte zum Verkaufsort.

Es gibt zahlreiche praktische Seminare rund um Obst, Gemüse, (Heil-)Kräuter, deren Anbau und Lagerung, Fruchtfolge zur Erhaltung der Bodenqualität und der Herstellung natürlicher Pestizide. Im Fokus ist vor allem das Thema Komposthaufen, der, richtig bearbeitet, nicht nur den optimalen Dünger liefert, sondern sogar Wasser erwärmen kann, so dass es während der kühlen Winter für ein warmes Baby-Bad reicht. Organisatorische und finanzielle Themen zur sinnvollen Planung und Budgetierung runden das Angebot von FFF ab.

Eine grundsätzliche Nahrungsmittelsicherheit ist das primäre Ziel von Foundations for Farming. Es geht aber vor allem um eine langfristige Zukunft und eine planbare Existenz möglichst vieler Menschen. Und zwar umgehend, denn die Folgen des Klimawandels sind in Simbabwe schon seit Jahren deutlich zu spüren und werden von Saison zu Saison für Mensch, Natur und Tier bedrohlicher. Weiterhin soll den Interessent*innen vermittelt werden, einen Mikro-Farmbetrieb



aufzubauen, der über den Eigenbedarf hinaus produziert und idealerweise Überschüsse erwirtschaftet. Dieses „Plus“ soll so hoch sein, dass es für die wichtigen Dinge wie Medikamente oder Schulgeld im Leben reicht.

Foundations for Farming ist, wie in Simbabwe üblich, auf christlich-religiösen Werten aufgebaut. Der Untertitel der Organisation lautet „Farming Gods Way“. Wörtlich übersetzt bedeutet dies „Landwirtschaft nach Gottes Vorbild“. Für diejenigen, die weltliche Philosophie bevorzugen, heißt es nichts anderes als „Schaut genau hin, lernt von der Natur und behandelt sie mit Umsicht und Respekt.“

Mit „Pfumvudza – Ernähre deine Familie“ gibt Foundations For Farming vielen Menschen den nötigen Rückenwind hin in eine selbstbestimmte, unabhängige Zukunft. Und da man hierbei völlig auf das Pflügen des Bodens verzichtet, trägt diese sanfte, effiziente Landwirtschaft dazu bei, Bodenerosion zu stoppen, wichtige Organismen im wertvollen Mutterboden zu schützen und die Qualität der Bodenbeschaffenheit deutlich zu erhöhen. Schnittabfall und Blätter werden nicht mehr wie üblich verbrannt, sondern als Dünger, Schattenspender und Wasserfilter genutzt.

Von Basis-Workshops bis hin zu internationalen Seminaren

Wer tiefer und professioneller einsteigen will, für den bietet FFF Seminare zu integrierter Schädlingsbekämpfung ebenso wie zu Schädlingsbekämpfung mit Hausmitteln, Herstellung von Komposttees, Flüssigdünger und Beinwelltees, Fruchtfolgen und alternative Anbaukulturen, Gründüngung und Deckfrüchte, offen befruchtete Sorten, Getreidelagerung, Klimawandel, Betriebsplanung, Feldkartierung und Budgetierung, Kalibrierung und Anwendung von Rückentragespritzen, Pestizid-Risikoreduktion, Tierhaltungstraining mit Schwerpunkt auf Legehennen, Masthähnchen und Kaninchen sowie die Bewirtschaftung von großen, trockenen Arealen mit Landwirtschaft und Viehhaltung.

Sogar für internationale Gäste gibt es einwöchige Angebote, angepasst an die klimatischen Vorausset-

zungen im Heimatland. Foundations for Farming hat Büros in Simbabwe, Malawi, Südafrika, Sambia, Mosambik, Kanada, USA, Mexiko, Indien und bald auch in Namibia.

Gegründet wurde Foundations for Farming vor vielen Jahren von Brian Odreive. Er musste mehr und mehr Geld in seine Farm im Norden von Simbabwe pumpen, um Schäden durch Buschfeuer, vor allem Bodenerosion oder Dürre zu kompensieren. Dies führte ihn fast in den Bankrott.

Er veränderte seinen Blickwinkel weg von westlicher Landwirtschaft und lenkte seine Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass in naturbelassenen Gebieten Pflanzen, große Bäume und ganze Wälder gedeihen, ohne vom Menschen getrimmt, gepflügt und gefegt zu werden. Er übertrug diese neuen Erkenntnisse auf sein Farmland und konnte innerhalb weniger Jahre von 1.000 sehr pflegeintensiven Hektar auf 3.500 höchst ertragreiche Hektar erweitern.

FFF fördert und fordert Eigeninitiative und Eigenverantwortung, aus diesem Grund kostet ein Kurs auch 50 Dollar. Im Gegenzug erhält man nach erfolgreicher Teilnahme ein Saatpaket im Wert von 50 Dollar (Mais, Tomaten, Kartoffeln, etc.). Nur so, glaubt man bei FFF, kann sich ihre Bevölkerung aus dem verhängnisvollen Verhältnis zwischen Geldgeber und Bittsteller befreien.

Angesichts der viel zu heißen und zu trockenen Sommer in unserer Region sollte auch hierzulande dieser Methode mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Foundations for Farming ist nur ein Beispiel von vielen, dass in Afrika nicht nur eine große Fachkompetenz herrscht, sondern auch Werte und Ethik eine wichtige Rolle spielen. All das sind Themen, über die wir in den westlichen Ländern noch eine Menge zu lernen haben.

In der letzten Dekade, so CEO Greg Deall, konnten über 55.000 Menschen direkt und wahrscheinlich über 120.000 indirekt mit der „FFF“-Methode vertraut gemacht werden.

>> **Petra Keller-Langen**

Alle Fotos: Fff, Zimbabwe 2016

Die Autorin ist Journalistin, sie lebte und arbeitete längere Zeit in der Nähe von Harare.

Weitere Informationen unter: <https://foundationsforfarming.org>

Blutbad mit Ansage

DAS MASSAKER VON CAFUNFO. Sicherheitskräfte haben in der Diamantenprovinz Lunda Norte ein Massaker unter Demonstrierenden angerichtet, die mehr Rechte für die Volksgruppe der Chokwe sowie bessere Lebensbedingungen für die nordöstlichen Provinzen Angolas forderten. Die Polizei, die von einem bewaffneten Aufstand durch Separatisten spricht, setzt auf Rambo-Rhetorik und Gewalt. Seitdem erfasst eine Welle der Repression die Provinz und richtet sich vor allem gegen eine bislang fast unbekannt Organisation.



*Bereits 2017 unterdrückten Sicherheitskräfte in Lunda Norte Proteste der Bevölkerung.
Foto: MPPLT*

Am frühen Samstagmorgen fallen die ersten Schüsse. Ein Demonstrationszug, ein paar Dutzend Menschen nur, zieht durch eine Wohngegend. Man hört kämpferische Gesänge, doch die Demonstrierenden sind, von einzelnen Knüppeln abgesehen, unbewaffnet. Plötzlich krachen Schüsse in der Dämmerung, ein paar Menschen rennen panisch über die Straße. Dann weitere Schüsse, von hinten getroffen fallen einige Flüchtende hin und stehen nicht mehr auf. Gut eine Stunde später, die Sonne ist inzwischen aufgegangen, werden Menschen, gleichgültig ob tot oder verletzt, wie nasse Säcke über Asphalt und Erde geschleift. Am Ziel liegen bereits weitere Verletzte auf der Straße, dazu Tote und Verblutende, die von Uniformierten bewacht und verhöhnt werden. Unter ihnen ist ein junger Mann, der sich ins Sitzen aufrichtet, um mit den Polizisten zu sprechen. Doch einer der Beamten tritt den Mann kurzerhand wieder zu Boden. Mit seinem schweren, glänzenden Stiefel tritt er dem Verletzten auf den bloßen Schädel, beiläufig, so als würde er ein Insekt zertreten oder eine leere Dose.

Diese verstörenden Szenen, aufgenommen von Nachbar*innen und den Polizisten selbst, kursierten als Videos nach dem 30. Januar in zahlreichen WhatsApp-Gruppen

in Angola. Sie stehen im krassen Kontrast zur offiziellen Version der Ereignisse, wie sie von Polizei, Behörden und Regierung vertreten wird. Diese Version geht so: Eine Gruppe von etwa 300 bewaffneten Mitgliedern der separatistischen MPPLT (Movimento do Protectorado Português da Lunda Tshokwe) habe um 4 Uhr früh eine Polizeistation in der Minenstadt Cafunfo überfallen. Die Stadt mit 90.000 Einwohner*innen liegt nahe der kongolesischen Grenze in der nordöstlichen Provinz Lunda Norte, wo die Ethnien Chokwe und Lunda in der Mehrheit sind. Ziel des Überfalls sei eine Besetzung der Station gewesen, um Macht zu demonstrieren und um dort inhaftierte Gefangene der Bewegung zu befreien. Die Beamten hätten sich gewehrt, nachdem zwei Polizisten durch einen selbstgebastelten Brandsatz schwer verletzt worden seien, und hätten sechs Angreifer im Gefecht getötet.

Rambo-Rhetorik des Polizeikommandanten

Innenminister Eugénio Laborinho lobte das Vorgehen der Sicherheitskräfte angesichts eines bewaffneten Aufstands. Die Gruppe der Angreifer sei mit Feuerwaffen sowie mit spitzen, stumpfen und scharfen Gegenständen bewaffnet gewesen. Er wei-

gerte sich, mit „diesen Leuten“ zu verhandeln, die sich auf dem Holzweg befänden. Ihr Interesse gelte einzig „dem Diamantenabbau, wo die Ausländer dominieren, die die Angolaner, die dort leben, herumkommandieren“. Unter den Demonstrierenden seien vier Staatsangehörige der Demokratischen Republik Kongo gewesen, deren Absicht eine Destabilisierung der Region sei. Es ist übrigens der gleiche Innenminister, der die Tötungen von Jugendlichen durch die Polizei wegen vermeintlicher Verstöße gegen die Covid-19-Beschränkungen mit dem Satz kommentierte, die Polizei sei eben nicht dafür da, Schokolade zu verteilen.

Noch martialischer äußerte sich der Kommandant der Nationalpolizei, Paulo de Almeida: „Wenn du mit einem Messer angreifst, antwortet dir der angolische Staat mit einer Pistole. Wenn du mit Pistolen angreifst, antworten wir dir mit Kalaschnikows. Wenn du mit Kalaschnikows angreifst, antworten wir dir mit Bazookas!“ In einer bizarren Wutrede steigerte er sich schließlich in Fantasien über Interkontinental-Raketen hinein, die er seinen Feinden auf den Hals jagen würde.

Auf Grundlage dieser Äußerungen reichte die NRO Observatório para a Coesão Social e Justiça (OCSJ) Klage gegen Laborinho und Almeida wegen Anstiftung zu Straftaten ein. Misereor und Brot für die Welt reichten eine von der Angola-Runde deutscher NROs vorbereitete Beschwerde beim UN-Hochkommissariat für Menschenrechte ein. Auch die CEAST, die Bischofskonferenz für Angola und São Tomé, forderte in einer gemeinsamen Stellungnahme, die Vorkommnisse zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Auch von Vertreterinnen der EU und UNO gab es diplomatische Kritik sowie die Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung.

Präsident João Lourenço äußerte sich erst Anfang März zu den Ereignissen. In ein paar dünnen Sätzen beklagte er die „traurigen Ereignisse“ und sagte, er erwarte die

Ergebnisse einer laufenden internen Untersuchung, um das Fehlverhalten einiger Beamter aufzuklären, die die „Uniformen, die sie trugen, entehrt haben“. Doch diese Sätze blieben die Ausnahme in einer langen Rede, die sich zwar im Ton, nicht aber im Inhalt von den Aussagen seines Innenministers und Polizeichefs unterschied. Auch er blieb bei einer Zahl von sechs Toten, verteidigte das Vorgehen der Polizei, betonte die Unteilbarkeit des Staats und kritisierte seinerseits die Opposition für ihr Verhalten nach dem Massaker.

Wege zur Aufklärung versperrt

Tatsächlich ist es noch immer unmöglich, sich ein genaues und objektives Bild der Geschehnisse zu machen. Allerdings scheint zumindest das entstandene Videomaterial authentisch zu sein und bislang konnten Polizei und Behörden noch keine glaubhaften Beweise für einen ernstzunehmenden Angriff auf eine Polizeistation liefern. Das Sammelsurium an Knüppeln, Macheten, Talismanen und Gewehren, das Polizeichef Almeida am Tag nach dem Massaker den Fernsehkameras präsentierte, mag von den Demonstrierenden stammen oder auch nicht. Bände spricht allerdings der Umgang des Staates mit jenen, die sich Klarheit verschaffen wollten. So wurde eine Delegation der NROs Mosaiko und Rede de Defensores de Direitos Humanos bei ihrer Ankunft in Cafunfo von der Polizei bedroht und praktisch unter Hausarrest gestellt. Die vier Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, die u.a. vorhatten, die Betroffenen in Cafunfo juristisch zu vertreten, mussten schließlich unverrichteter Dinge abreisen – mit Polizeieskorte. Ähnlich erging es wenige Tage nach dem Massaker einer Delegation von Abgeordneten der Opposition, die sich nach Cafunfo aufmachte. Die Abgeordneten wurden von der Polizei abgefangen und tagelang auf dem offenen Feld ohne Wasser und Verpflegung festgehalten.

In ihrem Bericht erheben die Parlamentarier der Unita und der Casa-CE schwere Vorwürfe gegen die Polizei und sprechen von 28 Toten, 21 Verletzten und 10 Vermissten durch die Gewalttat. Mehrere traditionelle Autoritäten der Region sprechen sogar von insgesamt 176 Toten. Außerdem seien am Tag

nach dem Massaker zahlreiche Leichname aus der Leichenhalle in Cafunfo verschwunden, mutmaßlich um das Ausmaß des Massakers zu vertuschen. Einige Tote seien später in Flüsse und Schluchten geworfen oder an entlegenen Stellen verscharrt worden. Die insgesamt nur 93 Demonstrierenden seien in der Mehrzahl ehemalige Arbeiter der staatlichen Diamantenfirma Endiama gewesen, die mit der Demonstration gegen ihre Entlassung protestieren wollten. Alle Berichte, die nicht von offizieller Seite stammen, stimmen zudem darin überein, dass die Repression in Cafunfo spätestens seit dem Massaker deutlich zugenommen habe und es zu zahlreichen willkürlichen Festnahmen gekommen sei.

Angst vor Sezession

Verschiedene Äußerungen von Regierungsmitgliedern weisen darauf hin, dass Teile der Exekutive nervös auf die Ereignisse in Mosambiks Nord-Provinz Cabo Delgado schauen. Analog zum dortigen Konflikt befürchtet man weitere separatistische Tendenzen in Angola, zusätzlich zum bestehenden Sezessionskonflikt in der Exklave Cabinda. Getreu dem Motto „um só povo, uma só nação“ („ein einziges Volk, eine einzige Nation“) beschwören daher das Politbüro der MPLA und zahlreiche Amtsträger*innen

mantraartig die Unteilbarkeit und Unverletzlichkeit der angolanischen Nation. Zwar ist die Betonung der nationalen Identität als verbindendes Element im Vielvölkerstaat Angola verständlich, zumal der jahrzehntelange Bürgerkrieg, der auch entlang ethnischer Grenzen verlief, noch nicht allzu lang zurückliegt. Gleichwohl klingen die Phrasen von der nationalen Einigkeit hohl, wenn sie aus den Mündern einer MPLA-Elite kommen, die sich überwiegend aus Mbundu zusammensetzt, die zusammen nur etwa ein Viertel der Bevölkerung ausmachen.

Die Provinz Lunda Norte, von der Fläche vergleichbar mit der ehemaligen DDR und besiedelt von nur etwa einer Million Menschen, ist ausgesprochen reich an Bodenschätzen, vor allem an Diamanten und Gold. Doch leider trifft auch die klassische Erzählung des Ressourcenfluchs auf die Region zu. Denn die Bevölkerung hat, zugespitzt formuliert, ziemlich wenig von ihren Reichtümern, abgesehen von vielen illegalen, prekären und oftmals gefährlichen Jobs im Kleinbergbau. Die Region, zwei Tagesreisen von Luanda entfernt, ist schlecht angebunden und verfügt auch im Bildungs- und Gesundheitswesen über eine schwache Infrastruktur. Der in Angola besonders stark ausgeprägte Zentralismus und das damit einhergehende große Ungleichgewicht zwischen Zentrum





Traditionelle Autoritäten der Lunda-Chokwe. Foto: MPPLT

und Peripherie tun ihr Übriges, um den Frust der Menschen in den ländlichen Gegenden zu befeuern.

Angesichts der zunehmenden Repression in Lunda Norte verwundert es daher nicht, dass der Vorsitzende der Bewegung MPPLT in Luanda wenige Tage nach dem Massaker festgenommen wurde. José Mateus Zecamutchima wurde nach Lunda Norte überstellt, wo die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen ihn aufgenommen hat. In einem Interview kurz vor seiner Festnahme machte Zecamutchima den Behörden schwere Vorwürfe. Dem Massaker vom 30. Januar seien unter fadenscheinigen Argumenten verschiedene Demonstrationsverbote und ausgeschlagene Gesprächsangebote vorausgegangen. Als die Demonstration schließlich dennoch einseitig angekündigt wurde, hätten die Behörden seit dem 20. Januar massiv Sicherheitskräfte in den Städten Cuango und Cafunfo zusammengezogen. Lautsprecherwagen seien durch die Straßen gefahren und hätten mit einer deutlichen Botschaft die Bevölkerung davor gewarnt, am fraglichen Datum auf die Straße zu gehen: „Wer nach draußen geht, stirbt.“ Wenn das stimmt, war es ein Massaker mit Ansage.

Viel Konfliktpotenzial

Zecamutchimas Organisation, die seit 2006 besteht und die er seit 2011 leitet, beruft sich auf ein Protektorsratsstatut aus dem Jahr 1894. Die damalige Kolonialmacht Portugal unterzeichnete in diesem Jahr einen Schutzvertrag mit den traditionellen Autoritäten in Lunda, in denen sie ihnen eine gewisse Autonomie zusicherte. Weniger aus kolonialer Großmütigkeit denn aus Kalkül heraus diente der Vertrag dazu, die portugiesischen Ansprüche gegenüber der britischen Expansion im heutigen Sambia und dem Kongo-Freistaat abzusichern, der unter der Gräuelherrschaft des belgischen Königs Leopold II. stand. Seit der Berliner Kongo-Konferenz von 1884 galt zur Rechtfertigung kolonialer Herrschaft der Grundsatz der „effektiven Okkupation“, der die Kolonialmacht gewissermaßen verpflichtete, in den von ihr beanspruchten Gebieten auch eine tatsächliche Herrschaft auszuüben. Ohne diese konnten sich Legitimierungsprobleme und damit einhergehend auch die Ansprüche konkurrierender Großmächte ergeben. Selbstverständlich diente die Beherrschung von Kolonien in erster Linie

der wirtschaftlichen Ausbeutung, auch wenn das Streben nach Prestige sowie religiöses und „zivilisatorisches“ Sendungsbewusstsein ebenfalls wichtige Triebfedern darstellten. Da Portugal gleichzeitig nur punktuell in der Lage war, im Landesinneren eine militärische, wirtschaftliche und administrative Präsenz aufrechtzuerhalten, stellten Schutz- und Autonomieverträge eine pragmatische Lösung dar, die die „fehlende“ Durchdringung auf eine Weise zu bemänteln, die die eigenen territorialen Ansprüche wahrte. Denn die Portugiesen schielten noch lange auf eine Landverbindung zwischen Angola und Mosambik.

Der MPPLT zufolge sind die vier östlichen Provinzen (Lunda Norte, Lunda Sul, Moxico und Cuando Cubango) bis 1975 nie vollständig administrativ in das portugiesische Kolonialreich integriert gewesen und seien mit der Unabhängigkeit illegal durch Angola annektiert worden. Dazu passt, dass sich die Chokwe nie besonders stark im Unabhängigkeitskrieg engagiert haben. Für die vier Provinzen, die zusammen etwa 48 Prozent des angolanischen Territoriums ausmachen, fordert die Bewegung daher in einer Erklärung einen Autonomie-Status, vergleichbar mit dem der portugiesischen Atlantikinsel Madeira. Genau legt sich die MPPLT jedoch diesbezüglich nicht fest, fordert sie doch gleichzeitig die vollständige Unabhängigkeit und die Autonomie nur als Geste „des guten Willens“ auf dem Weg dorthin.

Vor dem Massaker war die MPPLT eine kleine, weitgehend unbekanntere Organisation aus einem entlegenen Winkel Angolas mit bescheidenen Mitteln und ohne eigenen Wikipedia-Eintrag. Doch die Polizei hat sich entschlossen, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen und der Bewegung, um es zynisch auszudrücken, Märtyrer und Helden geschenkt. So wurde Zecamutchima nicht müde, den „heroischen“ Mut der Gefallenen zu betonen. Fassen wir zusammen: Armut, eine abgehangene Region, ethnische Animositäten, Diamanten als Treibstoff. Es liegt alles bereit, die Erde ist fruchtbar für einen schwierigen Konflikt. Gut möglich, dass sich die MPLA durch ihr unmäßiges und grausames Vorgehen jetzt genau den Feind erschaffen hat, den sie eigentlich verhindern wollte.

>> Daniel Düster



Die Flüchtlingswelle nimmt zu

DIE SOZIALE SEITE DER KONFLIKTS IN CABO DELGADO – TEIL 2. In der letzten Ausgabe haben wir über die Mitverantwortung der mosambikanischen Regierung an der humanitären Krise im Norden des Landes sowie über die Fluchtursachen und -schicksale berichtet. Der größte Teil der geflüchteten Menschen aus den umkämpften Gebieten kam nicht in Auffanglagern unter, sondern bei anderen Familien in Pemba, Mueda oder in den Nachbarprovinzen. Sie sind nicht registriert, erhalten keine oder unregelmäßige Lebensmittelhilfe und haben kaum sanitäre Einrichtungen zur Verfügung. Teil 2 des Berichts beschreibt die Probleme bei der Versorgung, die agierenden Organisationen sowie die Siedlungspläne der Regierung.

Wie befürchtet, hat sich die Lage im Krisengebiet Cabo Delgados weiter verschärft: OCHA, das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, meldete Ende Februar 2021 erschreckende Zahlen für die Provinz: 670.000 Binnenflüchtlinge, 242.000 unterernährte Kinder, 468.000 Menschen, die mit dem HI-Virus leben und von denen ein großer Teil auf antiretrovirale Medikamente (deren Lieferketten durch die Corona-Epidemie teilweise unterbrochen sind) angewiesen ist, sowie 4.900 Cholera-Fälle. Insgesamt leben 950.000 Menschen in den drei Nordprovinzen Cabo Delgado, Niassa und Nampula in schwerer Ernährungsunsicherheit, der Löwenanteil von ihnen in Cabo Delgado (665.000). Amnesty International berichtet von 1.300 Menschen, die im Konflikt getötet wurden.

Missbrauch der Nothilfe

Doch zunächst noch einmal zurück zur Studie von CIP (Centro de Integridade Pública) vom Oktober 2020: Für die „Kenneth“-Nothilfe 2019 wurden in Pemba die Strukturen des UN-Cluster-Systems aktiviert und die vor Ort präsenten UN-Strukturen sowie die Caritas begannen aus eigenen Mitteln mit der Versorgung von Geflüchteten aus der Provinz. Laut CIP-Bericht beteiligten sich

die zuständigen Provinzbehörden anfangs nur sporadisch an der Organisation. Der staatliche Krisenstab CENOE (siehe Kasten) wurde bis dahin offensichtlich nicht aktiviert. So wurden die Listen der begünstigten Familien, das Kernstück jeglicher Nothilfe, anfangs vom Welternährungsprogramm (WEP/WFP) sowie der Caritas für die Personengruppen erstellt, für die sie Nothilfe beschaffen konnten.

Später aber wurde die Identifizierung und Listung der Geflüchteten an „Chefs von 10 Häusern“, „Chefs eines Quartiers“ oder „Stadtteil-Sekretäre“ gegeben – wer immer in der Regierungspartei irgendeine Funktion ausübte. Die meisten verfügten über keinerlei berufliche Ausbildung, und sie wurden weder qualifiziert noch kontrolliert. Auch wurden die Listen nicht von weiteren neutralen Autoritäten, wie z.B. Kirchen- oder Moscheenvorständen, gegengezeichnet, und es gab keinen offiziellen Beschwerdemechanismus.

Die Umsetzung der heiklen Aufgabe der Listenerstellung erfolgte nicht mehr dem Grundsatz „do no harm“ entsprechend transparent und von neutralen Personen. Sie wurde den qualifizierten und neutralen Hilfsorganisationen entzogen und an Nichtqualifizierte und nicht qua Amt autorisierte Personen übergeben. So wurde politisch mo-

tiervierter Missbrauch der wenigen zur Verfügung stehenden Nothilfe möglich.

Sexuelle Nötigungen und Manipulation der Listen

Trotzdem wurden Mängel bekannt: In einem Beschwerdekasten der Caritas fanden sich Hinweise von Frauen, die bei ihrer Registrierung für die Nothilfe sexuell genötigt wurden. Andernfalls wären sie nicht auf die Verteilungslisten gekommen. Obwohl konkrete Orte dieses Missbrauchs benannt wurden, begann keine staatliche Stelle mit der Ermittlung oder Ahndung der Täter. Auch die informierten UN-Institutionen reagierten nicht, zumindest wurde davon nichts bekannt.

Die gelieferten Mengen der Hilfsgüter reichten nicht für alle bereits Registrierten (noch weniger für die jeden Tag neu Ankommenden!). Die Verteilung erfolgte analog der Nummerierung der Haushaltsvorstände auf den Listen. Die Aufgerufenen erhielten Lebensmittel und Hygieneartikel, waren aber oft keine Geflüchteten, sondern Ortsansässige. Es kam zu Tumulten. Was war passiert? Mehrere Beteiligte berichteten, dass die ersten fünf Namen auf den Listen die der „Chefs“ und enger Verwandter waren. Diese hatten ihre Machtposition für sich und ihre Familien ausgenutzt. Diese unlautere Praxis

DIE STRUKTUR DER KRISENINTERVENTION



Foto: Luis Padeiro

Grundsätzlich haben die Staatsorgane die Planungs- und Weisungshoheit. Im Katastrophenfall wird das Innenministerium (Administração Estatal) durch seine besondere Einheit, das INGC (Instituto Nacional de Gestão de Calamidades), aktiv. Dieses ruft den Krisenstab zusammen, in das alle relevanten Ministerien Vertreter*innen entsenden. Der Krisenstab heißt abgekürzt CENOE und verfügt über drei regionale (Süd, Mitte, Nord) sowie Provinz- und Distriktstrukturen. CENOE kooperiert mit den

UN-Institutionen sowie nationalen und internationalen NRO im von der UN entwickelten und erprobten Cluster-Modell. Die thematischen Cluster (Ernährungssicherung, WASH, Logistik, Bildung, etc.) werden je nach Kapazität von staatlichen oder UN-Einheiten geleitet. In diesem System sind alle Organisationen mit Kontaktdaten erfasst. Sie werden im Katastrophenfall informiert und zu den Sitzungen eingeladen. Das System funktioniert auch außerhalb von Krisen, informiert über die Notfallpläne (Contingency-Plan) und gibt Wettervoraussagen weiter. Das INGC entwickelte sich mit viel fachlicher Unterstützung aus Lateinamerika, aber auch aus Deutschland zur einst bestfunktionierenden Einheit des Landes. Aber schon bei den Wirbelstürmen Idai und Kenneth wurde Kritik laut, dass Nothilfemittel nicht bei den Zielgruppen ankommen. Dies wird auch in der CIP-Studie deutlich.

sei im Land bekannt, werde aber von den Regierungsstellen toleriert, weil die „Chefs“ wichtige Unterstützer bei der Parteimobilisierung seien. Dass es auch anders gehen kann, zeigte die Distrikt-Administration von Mueda: Um Missbrauch zu verhindern, stellte sie den ca. 12.000 Geflüchteten einen Ausweis aus (Cartão de Deslocado) und erntete viel weniger Reklamationen.

Auch in den vier Auffanglagern, die der Distrikt Metuge errichtete, klappten Registrierung und Verteilung besser, weil die 12.500 Menschen in vier Schulgebäuden untergebracht wurden. Trotzdem gab es gravierende Mängel: Die Gebäude waren nicht für die Unterbringung von Flüchtlingen ausgestattet und boten keine Privatheit. Es mangelte an Kochmöglichkeiten und sanitären Anlagen, die gerade in Corona-Zeiten notwendig wären. Die widrigen Umstände erhöhen auch die Risiken anderer Infektionskrankheiten wie Malaria, weil es an Moskitonetzen fehlt.

In der Provinz Nampula lief es besser. Dort waren die staatlichen Organe präsenter und die Zahl der zu Versorgenden geringer: 25.000 Geflüchtete (ca. 5.000 Familien) verteilten sich auf 17 Distrikte, von denen ca. 10.000 in der Stadt Nampula „strandeten“, ca. 7.000 in Meconta und knapp 3.000 in Nacala. Die restlichen 5.000 verteilten sich auf weitere 14 Distrikte.

Ca. zwei Drittel der nach Nampula Geflüchteten wurden von Familienmitgliedern, Freunden oder Bekannten aufgenommen. Ca. 1.000 mieteten Häuser und nur etwa 1.300 Menschen zogen in das Auffang-

zentrum in Namialo im Distrikt Meconta. Dort wurden sie in vier Schulgebäuden untergebracht, die wegen der Corona-Pandemie nicht für Unterricht benutzt wurden, nach Schulöffnung aber dringend wieder gebraucht werden.

In den Distrikten erfassten die Verwaltungen die Geflüchteten nach den Regularien der staatlichen Kriseneinheit INGC und erstellten die Listen der Berechtigten. Manche Distrikte wurden dabei durch die Provinzverwaltung kontrolliert, andere nicht.

Frühehen und Frühschwangerschaften

Neben den oben erwähnten Fällen sexueller Nötigung von Frauen leiden besonders die Mädchen und jungen Frauen. So berichtet die Organisation CARE, dass bereits elfjährige Mädchen von ihren Eltern verheiratet werden – an Männer zwischen 40 und 50 Jahren. Die Eltern täten dies, um Lobolo, den Brautpreis, zu erhalten oder „um eine Esserin weniger versorgen zu müssen“. Andere Mädchen verlieren bei den Überfällen oder auf der Flucht ihre Eltern, müssen dann für die jüngeren Geschwister sorgen und willigen unter diesen Umständen aus Sorge vor alleiniger Verantwortung in solche Ehen ein.

In Mosambik laufen seit einigen Jahren Aufklärungsaktionen über die schädlichen Folgen von Frühehen und frühen Schwangerschaften. Diese sind gerade in den ländlichen Gebieten für Mädchen zwischen 12 und 17 Jahren nicht selten. In der Krisensituation in Cabo Delgado zeigt sich nun, dass noch jüngere Mädchen darunter zu leiden haben. Zumindest in den Auffanglagern

kann CARE mit den Frauen und Mädchen arbeiten, sie über ihre Rechte aufklären und sie trainieren, wie und wo sie Missbrauch anzeigen, aber auch wie sie sich verteidigen können.

Regierung plant 100 Dörfer zur Neuan-siedlung

Die mosambikanische Regierung setzt bei Nothilfe darauf, Flüchtlinge nicht lange in Auffanglagern zu belassen, sondern ihnen Grundstücke und Material für den Hausbau zur Verfügung zu stellen. Diese Praxis bewährte sich z.B. in Gebieten, die immer wieder überschwemmt wurden. So wurden neue Dörfer in sicheren Gebieten gegründet, Dorfgemeinschaften zogen gemeinsam in die Neubaugebiete und nahmen ihre sozialen Strukturen mit.

Diese Lösung strebt die Regierung nun offensichtlich auch für Geflüchtete aus Cabo Delgado an. 100 neue Dörfer sollen laut Staatssekretär Armindo Ngunga entstehen. Im Distrikt Ancuabe soll im Ort Mesa ein neuer Stadtteil (Bairro) entstehen. 950 Grundstücke sowie entsprechende Grundstücke für Schulen, Gesundheitszentren, Kirchen und eine Polizeistation werden parzelliert. Allerdings liegen weder Finanzierungs- noch Zeitpläne vor. Laut CIP wollten alle Befragten so ein Grundstück und Ackerland, um sich niederzulassen und rasch wieder in Frieden zu leben und unabhängig zu werden.

Konkreter wird es im Ort Corrane im Distrikt Meconta/Provinz Nampula. Dort sollen 1.000 Grundstücke zu je 600 qm sowie

BISCHOF VON PEMBA NACH BRASILIEN VERSETZT

Die Kirche versuche stets, auf der Seite der Wahrheit zu stehen und den einzelnen Menschen zu verteidigen. „Meistens ist das unbequem“, sagte Bischof Dom Luis Fernando Lisboa gegenüber Rádio Renascença aus Brasilien. Dom Luis war seit 2013 Bischof von Pemba und hat sich seitdem unermüdlich für die Menschen seiner Diözese eingesetzt, die unter dem Wirbelsturm „Kenneth“ und mehr noch unter den terroristischen Anschlägen litten. Im Februar 2021 hat Papst Franziskus die Versetzung von Bischof Dom Luis Fernando Lisboa nach Brasilien verkündet. Hat sich der Papst dem Druck der mosambikanischen Regierung gebeugt? Schließlich scheute der Bischof nie davor zurück, die mosambikanischen Behörden für ihre Ineffizienz im Umgang mit der Krise zu kritisieren. Er wurde zum Ziel andauernder Verleumdungskampagnen durch Regierungskreise. Die Versetzung galt aber auch der Sorge um sein Leben. Bischof Luiz Fernando Lisboa hat wiederholt eindeutige Drohungen erhalten. Er selbst hätte „niemals“ darum gebeten, Pemba zu verlassen. Doch die Angst um sein Leben könnte hinter der Entscheidung des Papstes gestanden haben, ihn in die Diözese Cachoeiro de Itapemirim in seiner brasilianischen Heimat zu versetzen. „Wir sind ja nicht naiv“, meinte der Bischof. Journalisten, Menschenrechtsaktivisten, Mitglieder der Kirche, sie alle erhielten Drohungen. „Das passiert überall, und es passiert auch in Mosambik.“

In Pemba wird er schmerzlich vermisst. Sein Nachfolger wird der Weihbischof von Maputo, D. António Juliasso Ferreira Sandramo. Eine gute Wahl, meinte Dom Luiz, er sei furchtlos und die Kirche werde die Hilfe für die Vertriebenen fortsetzen.

1,5 ha Ackerland vermessen und übergeben werden – zuerst an Familien aus den Auffanglagern und erst danach an diejenigen, die bei Familienangehörigen oder sonstwo leben. Die ökumenische Organisation CEDES aus Maputo hat in Corrane bereits mit Mitteln vom Tearfund UK im Oktober/November 2020 an 1.000 Familien Haushalts- und Hygieneartikel (auch Moskitonetze und Seife) sowie Saatgut, Hacken und Buschmesser verteilt. Die Liste der Begünstigten erhielten sie vom INGC, Behördenvertreter waren bei den Verteilungen anwesend. CEDES konnte weitere Mittel einwerben und wird – von der DKH finanziert – den Hausbau nach Vorgaben der Regierung unterstützen. Für das Neubaugebiet Corrane waren zu dem Zeitpunkt allerdings erst 453 Familien ausgewählt, so dass die anderen Kits an geflüchtete Familien gingen, die sich im Ort Namialo im gleichen Distrikt niederlassen werden.

Als positive Erfahrungen schildert CEDES die Informationsveranstaltungen vor der Verteilung, an der viele Organisationen der Region teilnahmen. Es wurde über Konfliktprävention und über Covid-19 informiert und die Rahmenbedingungen des Projekts – was an wen verteilt werden kann – transparent gemacht. Für die Mithilfe bei der Verteilung wurden Leute eingestellt und ausgebildet und es trug zur Akzeptanz bei, dass einige aus der Gruppe der Begünstigten dafür ausgewählt wurden.

Resümee

Mosambik verfügt eigentlich über ein gut funktionierendes Katastrophenhilfe-System. Das INGC war in guten Zeiten eine hervorragend arbeitende Behörde. Eingebunden in internationale und regionale Frühwarnsysteme hat der staatliche CENOE-Mechanismus mit dem UN-Cluster, in dem auch alle NRO eingebunden waren, koordiniert auf Krisen reagieren können.

Für das gute Funktionieren ist es aber notwendig, dass bestimmte Regeln eingehalten werden. Dazu gehört Transparenz bei der>Listenerstellung, Validierung durch mehrere neutrale Stellen/Akteure, Anwesenheit neutraler Personen bei der Verteilung sowie ein Beschwerdemechanismus und die Anlage von Reserven.

Es muss dringend an die internationale Gemeinschaft appelliert werden, die Ausmaße der Humanitären Katastrophe anzuerkennen und die dringend notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit alle Geflüchteten angemessen versorgt werden können. Die mosambikanische Reaktion, Hilfsorganisationen an der Unterstützung der geflüchteten Menschen zu hindern, verletzt die Allgemeinen Menschenrechte aufs Schwerste. Der Staat kommt seiner Fürsorgepflicht nicht nach.

Die Strategie der 100 neuen Dörfer für je 1.000 Familien zeigt einerseits die Akzeptanz des Exodus, reicht aber bei weitem nicht aus, denn es sind nun schon 670.000 Geflüchtete unterzubringen – einschließlich benötigter Gesundheitseinrichtungen, Schulen, Kirchen, Friedhöfen und Arbeitsmöglichkeiten. Wo sollen die Fischer fischen, wenn sie nicht wieder in Küstennähe leben können?

Es müssen partizipative Wiederaufbau-Strategien entwickelt werden, in denen die grundlegenden Rechte wie die traditionellen Landrechte sowie die Lebensbedürfnisse der Menschen berücksichtigt werden. Auch dafür müssen Finanzmittel her. Schuldenstreichung bei gleichzeitiger Umleitung des Schuldendienstes in einen Aufbau- und Entwicklungsfonds könnte eine Möglichkeit sein. Ein transparentes und faires Schiedsverfahren, in das auch private Gläubiger und China einbezogen werden, würde die Mittel dafür frei stellen.

>> Petra Aschoff

Aller Anfang ist schwer

MALAWI NACH DEM REGIERUNGSWECHSEL

Foto: LaLuh Luhanga / cc: by-sa



Die MCP hat ihre ethnische Machtbasis vor allem in der Zentralregion. Für einen Wahlsieg aus eigener Kraft hätte das nicht gereicht. Mit Chakwera kam deshalb als Koalitionspartner der Vizepräsident Saulos Chilima, Chef des United Transformation Movement (UTM), ins Amt. Chilima, der bereits als Vizepräsident unter dem abgewählten Staatschef Peter Mutharika gedient hatte und schließlich wegen seiner Machtambitionen von diesem kaltgestellt wurde (2014-2020), gilt als das unkalkulierbare Stabilitätsrisiko für die Regierungskoalition. Das eher zeremonielle Vizepräsidentenamt

Mitte des vergangenen Jahres schrieb Malawi Geschichte: Nach der aufgrund weitreichender Unregelmäßigkeiten gerichtlich annullierten Präsidentschaftswahl von Mai 2019 kam es bei der Wiederholungswahl am 23. Juni 2020 zu einer Überraschung: Der Kandidat der Opposition, Lazarus Chakwera, gewann mit einem deutlichen Vorsprung von fast 20 Prozent der Stimmen. So ein Vorgang ist in Afrika bisher einzigartig.

Mit Chakwera kam erstmals seit dem Ende der Diktatur unter Hastings Banda (1994) ein Politiker der ehemaligen Einheitspartei Malawi Congress Party (MCP) an die Regierung. In den vergangenen 25 Jahren hatte sich die MCP durchweg als verfassungstreue größte Oppositionspartei im Parlament behauptet. Die demokratische Grundausrichtung der Partei wurde auch durch einen umfassenden Generationswechsel vollzogen. Der Theologe und Pastor Chakwera kam als politischer Seiteneinsteiger 2013 an die Spitze der MCP und gilt in Hinblick auf die Diktatur als unbelastet. Allerdings hat die MCP mit ihrem Gründungsvater, dem Diktator Banda, nicht gebrochen. Im Gegenteil: Er wird als Staatsgründer weiter offiziell verehrt und glorifiziert. Abgesehen davon ist die heutige MCP mit der Einheitspartei nicht mehr vergleichbar.

ist nur mit so viel Macht ausgestattet, wie es dem Präsidenten beliebt. Nur im Falle eines Ausscheidens Chakweras aus dem Amt würde der Vize als Staatspräsident die restliche Wahlperiode zu Ende bringen. Aber auch Chilima kann vom Präsidenten nicht entlassen werden. Das ginge nur über ein aufwendiges, juristisch begründetes Amtsenthebungsverfahren, was kaum realistisch erscheint. Das Zweckbündnis scheint bisher noch einigermaßen gut zu funktionieren. Ob es bis zum nächsten Wahltermin 2025 hält, gilt eher als unwahrscheinlich. Der mittelfristige Interessenskonflikt ist quasi nicht aufzulösen. Chilima strebt 2025 in das Präsidentenamt. Anscheinend war ihm dieses vor der Wahl in Aussicht gestellt worden, aber später machte Chakwera deutlich, dass er eine zweite Amtszeit anstrebe. Chilima kann wegen der Amtszeitbegrenzung nicht über 2025 hinaus Vizepräsident bleiben. Somit sehen sich beide ambitionierte Politiker als (zukünftige) Konkurrenten.

Labiles Bündnis zwischen Chakwera und Chilima

Chakwera bietet bisher seinem Vize gewisse Freiräume. Ihm wurde zwar das einflussreiche Amt des Finanzministers, das er anscheinend verlangt hatte, nicht über-

tragen. Dafür bekam er das Ressort Wirtschaftsplanung und Entwicklung, das bis dahin Teil des Finanzministeriums war. Sein Lieblingskind, die Public Sector Reform, ist er zumindest verbal energisch angegangen. In einer vielbeachteten öffentlichen Lesung im Oktober 2020, an der auch Chakwera als Zuhörer teilnahm, forderte er von den Malawiern einen Bewusstseinswandel, um das Land zu entwickeln. Schlüsselpolitiker des UTM haben Kabinettsposten erhalten. Das Kabinett wirkt mit 21 Ministern, davon vier Ministerinnen, und 8 Stellvertretern etwas aufgebläht. Eine Leistungskontrolle der Minister wollte Chakwera im Dezember 2020 vornehmen, was sich coronabedingt bisher verzögert.

Wenn Chilima erkennbar erfolgreich arbeitet und den Präsidenten öffentlich in den Schatten stellt, wird Chakwera das in Hinblick auf seine eigenen Ambitionen vermutlich nicht lange tolerieren, sondern seinen Vize, den er im Zweifelsfall nicht braucht, kaltstellen, genauso wie Mutharika es getan hatte. Erschwerend kommt hinzu, dass Chilimas UTM nur 4 Parlamentssitze gewonnen hat. Als politisches Druckmittel ist das trotz einiger Eintritte unabhängiger Abgeordneter zu wenig.

Deutliche Risse zeigte die MCP/UTM-Koalition bei umkämpften Nachwahlen um einen bis dahin von der MCP gehaltenen Parlamentssitz in Karonga. Beide Parteien gingen mit einem eigenen Kandidaten ins Rennen und lieferten sich eine wahre Schlamm-schlacht. Erst nach langem Zögern und später Intervention Chilimas akzeptierte der UTM-Kandidat seine (knappe) Niederlage und verzichtete auf eine angekündigte Anfechtungsklage.

Inhaltlich unterscheidet sich die neue Regierung wenig von der Mutharika-Administration. Die Parteien sind eher Wahlvereine ihrer Führung als ideologische oder stark programmatisch ausgerichtete Bewegungen. Die neue Regierung war mit einer ganzen Reihe kaum finanzierbarer Wahlversprechen ins Rennen gegangen. Dazu gehörten die Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen, zuverlässige Energieversor-

gung, ambitionierte Korruptionsbekämpfung, Steuerensenkungen für Niedrigverdienende und deutlich erhöhte Agrarsubventionen für bedürftige Haushalte.

Den hohen Erwartungen ihrer Wählerinnen und Wähler konnte die Regierung bisher nicht gerecht werden. Die Corona-Pandemie und die daraus resultierende massive Verschärfung der Wirtschaftskrise belastet den ohnehin auf Kante genährten Staatshaushalt 2020/21 mit einem Volumen von gerade einmal umgerechnet gut 2,1 Mrd. Euro. Ein Drittel davon soll durch Kreditaufnahme finanziert werden. Die Lohnsteuerbefreiung eines Grundbetrages von monatlich 100.000 Kwacha (110 Euro) entlastet nur die relativ wenigen Beschäftigten im formellen Sektor. Die deutlich erhöhten und auf 3,8 Mio. bedürftige Haushalte ausgeweiteten Subventionen für Dünger und Saatgut rissen ein weiteres Loch in den Haushalt. Die Implementierung war anfänglich gekennzeichnet von großen logistischen Problemen, ist insgesamt aber als deutlicher Erfolg zu verbuchen. Bis Anfang Februar 2021 hatten ca. 90 Prozent der Zielgruppe die verbilligten Inputs bereits gekauft.

Herausforderung Korruption und Corona

Die Korruptionsbekämpfung konzentrierte sich auf die medienwirksame zeitweilige Verhaftung von ehemaligen Funktionsträgern der Mutharika-Regierung. Dabei kam heraus, wie stark die abgewählte Regierung in Veruntreuung, Korruption und Machtmissbrauch verstrickt war. Bisher hat kaum ein Fall zu einer rechtskräftigen Verurteilung geführt. Das war aber auch in der kurzen Zeit nicht zu erwarten.

Ein prominentes Beispiel ist der sog. Cement Gate-Skandal. Hier geht es um den zollfreien Import von Zement im Volumen von 5 Milliarden Kwacha unter Missbrauch des Zollfreiheitsprivilegs Mutharikas durch seinen Sicherheitschef Norman Chisale. Der Zement soll mit ordentlichem Gewinn weiterverkauft worden sein. Nach dem Gesetz steht dem amtierenden Präsidenten das Privileg zu, alles für seinen Privatgebrauch Bestimmte zollfrei importieren zu dürfen. Bankkonten Mutharikas und seiner engsten Familie wurden auf Antrag des Antikorruptionsbüros eingefroren. Ob der abgewählte Präsident selbst involviert war oder von seinen eigenen Leuten hintergangen wurde, muss das Gericht feststellen. Sein neu errichtetes Privathaus am Malawi-See war jedenfalls nach seiner Abwahl, als er dort einziehen wollte, zunächst nicht bezugsfertig, da angeblich auch Zement fehlte.

Unterdessen besuchte Chakwera kurz nach Weihnachten 2020 seinen Amtsvorgänger in dessen Privathaus. Diese symbolträchtige Geste sollte vor allem den jeweiligen Parteianhängern zeigen, dass politische Rivalität nicht Feindschaft bedeutet.

Außenpolitisch sorgte Chakwera Anfang September 2020 mit der Ankündigung, eine Botschaft in Jerusalem eröffnen zu wollen, für Irritationen. Der Plan wurde auf einer Israelreise des Außenministers Eisenhower Mkaka im November 2020 konkretisiert. Damit wäre Malawi der derzeit einzige afrikanische Staat mit einer Botschaft in Jerusalem. Das löste ein weltweites Echo und zum Teil massive Kritik aus. Bisher werden die langjährigen diplomatischen Beziehungen ohne Botschaften vor Ort gepflegt. Die Beweggründe für diesen Schritt hat die Regierung bisher nicht klar kommuniziert.

Seit Anfang 2021 hat sich die Corona-Pandemie durch das Eindringen der mutierten Virusform aus Südafrika in Malawi massiv verschärft. Nach dem Tod zweier Kabinettsminister innerhalb eines Tages, unter ihnen der einflussreiche 1. Vizepräsident der MCP, Sidiq Mia, rief der sichtlich schockierte Präsident am 12. Januar den Katastrophennotstand aus. Die Verfügung eines Lockdowns war nicht möglich, da ein Gericht gegen einen im April 2020 noch von Mutharika ausgerufenen Lockdowns eine einstweilige Verfügung erlassen hatte, die noch Bestand hat. Ironischerweise verlangte jetzt ausgerechnet die Human Rights Defenders Coalition, die seinerzeit die einstweilige Verfügung erstritten hatte, einen strengen Lockdown. Ob ein solcher überhaupt umsetzbar ist, hängt auch von wirkungsvoller staatlicher Unterstützung für die städtischen Armen und Bedürftigen aus dem informellen Sektor und kleine Unternehmer ab. Die Minibusbetreiber protestierten bereits. Sie können keine Gewinne mehr erwirtschaften, wenn coronabedingt nur ein Teil der (Sitz-)plätze belegt werden darf. Ihr Vorschlag: Die Benzinkosten für Minibusse zu senken.

Mittlerweile wird der Präsident in den (sozialen) Medien wegen seiner zahlreichen eloquent vorgetragenen Ankündigungen als „Mr. Talk-Talk“ und aufgrund seiner Reiselust als „Siku Transport“ verspottet. Die Spedition Siku fährt unter dem Motto „Here Tonight – There Tomorrow“. Viele Wählerinnen und Wähler hatten sich nach dem etwas verschlafenen wirkenden Mutharika einen dynamischen „Macher“ gewünscht. Dieses Image ist Chakwera bisher schuldig geblieben.

>> Heiko Meinhardt

Der Autor ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Consultant und Wahlexperte. Zahlreiche Publikationen, u. a. zu Malawi.



Freundschaftlich verbunden: Kongos Präsident Félix Tshisekedi und seine Frau Denise mit dem US-Botschafter im Kongo, Mike Hammer, beim Besuch Nationalfriedhofs Arlington. Foto: Elizabeth Fraser / Arlington National Cemetery

Punktsieg für Tshisekedi

WIE KONGOS PRÄSIDENT FÉLIX TSHISEKEDI DAS KRÄFTEVERHÄLTNIS ZU JOSEPH KABILA UMKEHRTE. Mit Unterstützung der USA ist es dem kongolesischen Präsidenten gelungen, sich von der Vormundschaft seines Vorgängers Joseph Kabila zu lösen. Aus einer Position der Stärke heraus ernannte er Jean-Michel Sama Lukonde, einen engen Vertrauten, zum Premierminister, um seine Macht und Autorität zu konsolidieren. Allein am Ruder in Kinshasa sollte er sich gelassen der Zukunft stellen können. Doch seine Macht bleibt wegen der verschiedensten Wünsche seiner Verbündeten zerbrechlich.

Präsident Félix Tshisekedi hat den 43-jährigen Jean-Michel Sama Lukonde Kyenge am 15. Februar 2021 zum Premierminister der DR Kongo ernannt. Der ehemalige Minister für Jugend, Sport und Freizeit unter der Regierung von Ex-Präsident Joseph Kabila war 2015 von seinem Amt zurückgetreten und hatte sich dem Oppositionspolitiker Moïse Katumbi angenähert. Im Vorfeld der Wahlen von Dezember 2018 distanzierte er sich von Katumbi und unterstützte die Kandidatur von Félix Tshisekedi. Einmal an der Macht, ernannte ihn Tshisekedi zum Generaldirektor von Gécamines, der staatlichen Bergbau-gesellschaft des Kongo. „Er ist ein Kind des Hauses“, sagte ein Vertrauter des kongolesischen Staatsoberhauptes.

Die Ernennung von Sama Lukonde Kyenge ist ein bedeutender Wendepunkt in der politischen Geschichte der Demokratischen Republik Kongo. Sie markiert das Ende einer politischen Ära, die von Joseph Kabilas Parteienbündnis FCC (Front commun pour le Congo) dominiert wurde. Sie ist zugleich Höhepunkt der politischen Konfrontation zwischen den beiden Verbündeten, die seit den Dezember-Wahlen eine Regierungskoalition aus der FCC und dem Parteienbündnis von Félix Tshisekedi, CACH (Cap pour le changement), bildeten.

In weniger als drei Monaten hat die DR Kongo einen großen politischen Umbruch erlebt, wie man ihn in diesem Land selten gesehen hat. Innerhalb weniger Wochen konnte Félix Tshisekedi, der im Parlament wie im Senat nur über eine sehr kleine Minderheit verfügt, das Kräfteverhältnis gegen seinen Verbündeten Joseph Kabila umkehren, der beide Kammern über die FCC mit absoluter Mehrheit kontrollierte.

Lange Zeit als „Marionette“ seines Vorgängers betrachtet, kann sich Tshisekedi rühmen, sich aus der erdrückenden Vormundschaft Kabilas befreit zu haben, ohne größeren Schaden anzurichten. Wer hätte das vor sechs Monaten noch gedacht? Aus einer Position der politischen Stärke heraus hat Félix Tshisekedi nun den nötigen Handlungsspielraum, um die von ihm angestrebten politischen Reformen voranzutreiben. Als kongolesischer Staatsoberhaupt mag er zwar optimistisch in die Zukunft blicken, doch seine Macht bleibt noch recht fragil.

Auflösung der Regierungskoalition

Die Beziehungen zwischen den beiden in einer Koalition vereinten Bündnissen (FCC-CACH) verliefen alles andere als reibungslos. Seit Félix Tshisekedi an die Macht kam, war die Koalition von Tiefschlägen, gegen-

seitigem Misstrauen und Streitigkeiten gekennzeichnet. Die Spannungen zwischen beiden Seiten erreichten im Oktober 2020 ihren Höhepunkt, als Premierminister Sylvestre Ilukamaba, Parlamentssprecherin Jeanine Mabunda und Senatssprecher Alexis Thambwe Mwamba, alle von der FCC geprägt, die Amtseinführungszereemonie der von Félix Tshisekedi ernannten Verfassungsrichter boykottierten. Frustriert beschloss Tshisekedi, die Koalition zu beenden und sich neue Mehrheiten über eine, wie er es nannte, „union sacrée“ („heilige Vereinigung“) der Nation zu sichern.

Vor dem Hintergrund der drohenden Auflösung der Nationalversammlung, aber auch und vor allem dank einer gut geführten Abwehrreaktion gelang es dem Tshisekedi-Lager, eine bedeutende Anzahl von FCC-Mitgliedern davon zu überzeugen, der „union sacrée“ beizutreten. Für ein paar Dollar und Versprechungen aller Art verließen etwa hundert von ihnen das Schiff, um sich dem Lager des Präsidenten anzuschließen. Über Nacht schwenkte die Mehrheit im Parlament zu Gunsten von Félix Tshisekedi um. Am 11. Dezember 2020 stimmten die Abgeordneten mit 281 zu 200 Stimmen bei einer Enthaltung und einer leer abgegebenen Stimme für die Absetzung von Parlaments-

sprecherin Jeanine Mabunda, Schützling von Joseph Kabila. Ihre Entlassung markierte einen wichtigen Wendepunkt in der Innenpolitik der DR Kongo, sie wirft ein Licht auf die Zerrissenheit der FCC und zeigt ihre Zerbrechlichkeit.

Ende Januar 2021 stimmte die neu gewonnene Mehrheit der Abgeordneten mit deutlicher Mehrheit für einen Misstrauensantrag gegen Premierminister Sylvestre Ilunga Ilukamba, einem engen Vertrauten von Ex-Präsident Joseph Kabila. Nach vergeblicher Gegenwehr reichte Ilukamba, der nach eigenen Angaben die Konsequenzen aus der veränderten politischen Situation des Landes gezogen hatte, schließlich seinen Rücktritt bei Tshisekedi ein. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, versetzte das Tshisekedi-Lager dem, was von der FCC übrig geblieben war, den Todesstoß, indem es am 6. Februar den Rücktritt der Nummer Zwei des Kongo erwirkte, dem engen Kabila-treuen Senatssprecher Alexis Thambwe Mwamba. Mit dessen Rücktritt ist die Festung des Kabila-Lagers in sich zusammengebrochen.

Eine diskrete, aber sehr effektive Hilfe

Ein radikaler Perspektivwechsel, der viele Beobachter*innen sowohl in der DR Kongo als auch im Ausland überrascht hat. Wie konnte Félix Tshisekedi das FCC-Gebäude so einfach einreißen? Wie ist es ihm gelungen, das Kräfteverhältnis umzukehren angesichts eines Joseph Kabila, der in Bezug auf Sicherheit und Politik die wichtigsten Hebel der Macht behalten hatte?

Ein Teil der Antwort auf diese Fragen liegt bei den USA. In der Tat hat Washington seit dem Machtantritt von Félix Tshisekedi, der unter katastrophalen Bedingungen stattfand, immer wieder versucht, die Schlinge um den kongolesischen Staatschef zu lockern. Im Herzen der amerikanischen Strategie steht der US-Botschafter in Kinshasa, Mike Hammer, der sich gerne Mike „Nzita“ Hammer, bisweilen auch „Amani Hammer“ („Frieden“ auf Suaheli) oder „Elikia“ Hammer („Hoffnung“ auf Lingala, wie Suaheli eine Verkehrssprache in Teilen des Kongo) zu nennen beliebt.

Hammer kam im Dezember 2018 in Kinshasa an, nur wenige Tage vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Am Tag nach der Bekanntgabe des umstrittenen

Sieges von Félix Tshisekedi begab er sich diskret ins Hotel Béatrice, wo Tshisekedi sein Hauptquartier eingerichtet hatte. Der US-Botschafter bekundete seine Unterstützung für das neue kongolesische Staatsoberhaupt, auch wenn sich einige westliche Regierungen zurückhaltend zum Wahlergebnis äußerten.

Ohne sich Illusionen über die derzeitigen Machtverhältnisse der kongolesischen Regierung zu machen, die das Ergebnis eines Deals zwischen Félix Tshisekedi und seinem Vorgänger Joseph Kabila sind, beschloss Mike Hammer, Félix Tshisekedi zum zentralen Element der amerikanischen Strategie im Kongo zu machen. Als Befürworter des Bruchs mit Kabila übte er subtil starken Druck auf den neuen kongolesischen Präsidenten aus, um ihn dazu zu bringen, Entscheidungen zu treffen, die den Status quo allmählich in Frage stellen. Er war es, der Tshisekedi dazu veranlasst hat, Veränderungen in der Armee und den Sicherheitsdiensten vorzunehmen.

Aus zivilen und sicherheitspolitischen Quellen erfuhr der Autor dieses Textes, dass Mike Hammer, der heute in Kinshasa als eine Art „Zusatz-Präsident“ betrachtet wird, Dreh- und Angelpunkt der jüngsten Verschiebung auf der politischen Bühne des

Kongo war. „Er hat mit vielen Leuten hier gesprochen; sowohl in der FCC als auch im Militär“, so eine anonyme Quelle.

Ein weiterer Grund für den erfolgreichen Coup des US-Vertreters ist, dass die FCC Félix Tshisekedi so herablassend behandelte, dass dieser sich gezwungen sah, sich den US-Vertretern auszuliefern, um die Demütigung zu beenden, denen er seit seiner Machtübernahme ausgesetzt war. Einige Quellen in Kinshasa behaupten, dass der kongolesische Staatschef, der mit Kabila durch einen Geheimvertrag verbunden bleibt, dennoch einen sehr diskreten Kommunikationskanal mit seinem Vorgänger unterhält. Das würde vom US-Botschafter, für den Kabila unbedingt von der kongolesischen politischen Bühne verschwinden sollte, wiederum gar nicht gerne gesehen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die USA unauffällig im Hintergrund agieren, um den Lauf der Geschichte in der DR Kongo zu verändern. 1996 hatte Washingtons Botschafter in Kinshasa, Dan Simpson, mit einer Unterwanderungsstrategie intensiv daran gearbeitet, einige hochrangige Armeeoffiziere dazu zu bringen, das Regime von Präsident Mobutu fallenzulassen, das sich damals einer bewaffneten Rebellion gegenüber sah,



Foto: Elizabeth Fraser / Arlington National Cemetery

BIDEN-REGIERUNG VERHÄNGT ERNEUT SANKTIONEN GEGEN BERGBAU-MAGNATEN DAN GERTLER

Es gehörte zu den letzten Last-Minute-Untaten von Donald Trump: Die Aufhebung der Sanktionen gegen den israelischen Bergbaumagnaten Dan Gertler. Das US-Finanzministerium hatte im Dezember 2017 und Juni 2018 Sanktionen gegen Gertler verhängt und ihn beschuldigt, seine Freundschaft mit dem ehemaligen Präsidenten der DR Kongo, Joseph Kabila, ausgenutzt zu haben, um sich „Sweetheart“-Bergbaugeschäfte im Wert von mehr als einer Milliarde US-Dollar zu sichern. Die Trump-Administration hat die Sanktionen in ihrer letzten Amtswoche im Januar in einer geheimen Aktion gelockert. Dafür hatten auch von Gertler teuer bezahlte Lobbyisten wie Alan Dershowitz, der Trump in seinem ersten Amtsenthebungsverfahren vertrat, der ehemalige FBI-Direktor Louis Freeh oder der Anwalt Boaz Ben Zur gesorgt, zu dessen Klienten der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu und David Friedman, der damalige US-Botschafter in Israel, gehören.

Die willkürliche Aufhebung der Sanktionen empörte kongolesische und internationale Menschenrechtsgruppen sowie mehrere US-Gesetzgeber, die einen Brief an US-Finanzministerin Janet Yellen schrieben und die Biden-Regierung drängten, die Aufhebung der Sanktionen rückgängig zu machen. Am 8. März setzte die Biden-Regierung die finanziellen Sanktionen gegen Gertler wieder in Kraft. Dieser dürfte die sanktionsfreien Tage dazu genutzt haben, einen großen Teil seines Vermögens aus den USA abzuziehen.

Der „Sergei Magnitsky Rule of Law Accountability Act“ von 2012 ermächtigt die US-Regierung, Menschenrechtsverletzer zu sanktionieren, ihr Vermögen einzufrieren und ihnen die Einreise in die USA zu verbieten. Gertler war die erste Person, die 2017 unter das Gesetz fiel. Damals begründete das Finanzministerium seine Entscheidung damit, dass er „sein Vermögen durch undurchsichtige und korrupte Bergbau- und Ölgeschäfte in der Demokratischen Republik Kongo im Wert von Hunderten von Millionen Dollar angehäuft“ habe. Allein seine unterbewerteten Bergbauanlagen sollen die DR Kongo zwischen 2010 und 2012 1,36 Milliarden US-Dollar gekostet haben. Der größte Teil der Korruption geschah in Absprache mit der früheren Regierung von Präsident Joseph Kabila. Der aktuelle Präsident Félix Tshisekedi gilt dagegen als Partner der USA.

Der Autor ist ein kanadischer Politikwissenschaftler kongolesischer Herkunft und Spezialist für geopolitische Fragen in der Region der Großen Seen in Afrika. Er ist Verfasser mehrerer Bücher, darunter „Le Canada et le Pouvoir Tutsi du Rwanda: Deux décennies de complicité criminelle en Afrique centrale“ (2012) und „Stratégie du chaos et du mensonge: Poker menteur en Afrique des Grands Lacs“ (2014, gemeinsam mit Honoré Ngbanda Nzambo). Sein neuestes Buch „Objectif Kadhafi“ ist 2016 bei Libre-Pensée erschienen.

die von Ruanda, Uganda und – den USA unterstützt wurde. Kongolesische Offiziere, die sich weigerten mitzuspielen, wurden geradezu bedroht. Die Ereignisse der letzten Wochen in Kinshasa zeigen, dass einige bewährte Rezepte immer noch funktionieren.

Herausforderungen für Tshisekedi

Nun, da er mit US-amerikanischer Unterstützung aus einer Position der Stärke agiert und sich das Blatt für Joseph Kabila gewendet hat, kann Félix Tshisekedi zumindest für den Moment hoffen, in aller Ruhe regieren zu können. Mit der Ernennung eines Premierministers, auf dessen Loyalität er vertrauen kann, darf er sich sicher sein, seine Wünsche umsetzen zu können, ohne dabei vor Störmanövern Angst haben zu müssen, wie es zu Zeiten der FCC-CACH-Koalition der Fall war.

Die kongolesische Regierung bleibt jedoch fragil. Die Partei des Präsidenten, die UDPS (Union pour la démocratie et le progrès social), ist in einer sehr kleinen Minderheitenposition, weswegen er sich mit einer Vielzahl von politischen Parteien auseinandersetzen muss, von denen die überwiegende Mehrheit aus der FCC stammt. Die aktuelle parlamentarische Mehrheit spiegelt diese Realität wider. Eine Mehrheit, die nur Bestand haben kann, wenn Félix Tshisekedi

seinen Teil der Abmachung einhält und die Wünsche aller Seiten befriedigt.

Auf den ersten Blick deutet alles darauf hin, dass die „Union sacrée“ den Test der Zeit und der kongolesischen Politik nicht überstehen wird. In diesem kongolesischen politischen Habitat, in dem sich alle Mitstreiter entsprechend den ihnen versprochenen Posten und finanziellen Vorteilen bewegen, wird Félix Tshisekedi viel zu tun haben, um seine Mehrheit zu halten. Die Erwartungen derjenigen, die beschlossen haben, die FCC zu verlassen, um die „Union sacrée“ zu unterstützen, sind sehr hoch. Die Bildung der nächsten Regierung unter Führung von Premierminister Jean-Michel Sama Lukonde, bei der jeder ein Wörtchen mitzureden hofft, wird sicherlich ein Test für die regierende parlamentarische Koalition sein.

Tshisekedi mag unbesorgt regieren, doch die Dauerhaftigkeit seiner Macht bleibt doch abhängig von den Bündnissen, die er mit den ehemaligen Kabilaisten, aber auch mit dem Ensemble von Moïse Katumbi und der MLC (Mouvement de Libération du Congo) des Opponenten Jean-Pierre Bemba geschmiedet hat. Er wird also den gefräßigen Appetit seiner neuen Verbündeten stillen müssen, wenn er bis zu den Wahlen 2023 durchhalten will. Das ist alles andere als eine ausgemachte Sache.

>> Patrick Mbeko



Bauer Andreas Hawano vor seinem Sorghum-Feld, auf dem sich jetzt das Firmengelände von ReconAfrica befindet. Foto: John Grobler

(K)ein Selbstläufer im Okavangobecken

DAS WELTBERÜHMTE ÖKOSYSTEM IST VON FRACKING BEDROHT. Weitgehend unbemerkt erwarb das kanadische Unternehmen ReconAfrica Explorationsrechte, um in mehr als 35.000 Quadratkilometern des Okavango-Beckens nach Öl und Gas zu bohren. Dem stellen sich zunehmend lokale und internationale Aktivist*innen entgegen.

Es sind pathetische Aussagen, mit denen das kanadische Unternehmen ReconAfrica für sein Vorhaben wirbt: „In Anbetracht der Beschaffenheit dieses Beckens und der enormen Mächtigkeit ist dies so ziemlich ein Selbstläufer... es wird produktiv sein und ich erwarte hochwertiges Öl.“ Oder: „Wir glauben, dass das Kavango-Becken ein weiteres Weltklasse-Perm-Becken ist, analog zum Perm-Becken in Texas.“ Texas ist der größte Produzent fossiler Brennstoffe in den Vereinigten Staaten. Texas steht für Öl, Gas und Fracking. Das könnte auch Namibia und Botswana bald blühen.

2015 erwarb das kanadische Unternehmen ReconAfrica, formell „Reconnaissance Energy Africa Ltd.“, von Namibia Explorationsrechte, um nach Öl und Gas zu bohren. Vage Ankündigungen und wenige Fortschritte in den vergangenen Jahren schienen kaum Aufmerksamkeit zu wecken. Und wo kritisches Interesse von Umweltaktivist*innen vorlag, fehlten schlicht Informationen von Seiten der Regierungen und ReconAfrica. Doch langsam lichtet sich der Nebel und das Ausmaß der geplanten Aktivitäten wird sichtbar – und die sind durchaus beängstigend.

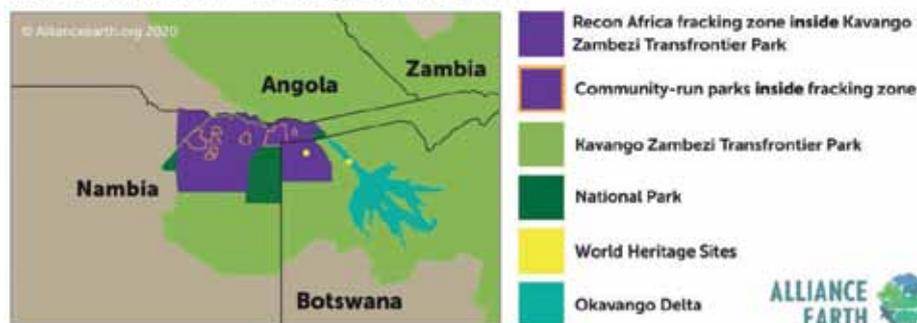
Die Explorationslizenz umfasst die Erlaubnis, über vier Jahre drei stratigraphische Bohrungen durchzuführen. Mitte

Januar 2021 führte ReconAfrica mit einer Multimillionen-Dollar-Bohranlage aus dem texanischen Houston die erste von drei geplanten Testbohrungen in Namibia durch. Diese liegt in Kawe, im ephemeren (episodisch wasserführenden) Flussbett des Omatako im nordöstlichen Namibia. Viele Kritiker*innen betonen, dass das Unternehmen auf der Grundlage einer fehlerhaften und voreingenommenen Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorgeht. Die UVP zeigt auch, dass die Bohrstellen verschoben werden können, wenn dies vom Unternehmen gewünscht wird. Das ist überraschend, erfordert eine UVP normalerweise Studien über die standortspezifischen Auswirkungen, etwa auf den Wasserhaushalt oder die Biodiversität. Neben der unzureichenden

UVP ist ein weiteres typisches Vorgehen vieler extraktiver Projekte sichtbar: Konsultation und öffentliche Meetings betroffener Gemeinschaften und Gemeinden werden zwar durchgeführt, aber sie sind weder umfangreich in Anzahl noch ausreichend in den Aussagen.

In der Zwischenzeit besitzt ReconAfrica nach dem Petroleum Act auch für Botswana eine vierjährige Explorationslizenz. Sie gilt seit dem 1. Juni 2020 für den North West District. Der Staatssekretär des Bergbauministeriums, Mmetla Masire, ließ kürzlich verlauten, das Unternehmen befände sich „in der Vorphase der Exploration, die sich auf den Erwerb und die Verarbeitung von Informationen, die Analyse und Interpretation geologischer Daten und die Beauftragung

Map of Recon Africa's oil and gas fracking zone



Sources: Recon Africa, Botswana Ministry of Mines, Ministry of Mines and Energy Namibia



der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sowie die Einholung der erforderlichen Genehmigungen vor der Durchführung von Bohraktivitäten konzentriert“. In Botswana hat Recon noch nicht mit Probebohrungen begonnen. Hier wird frühestens in zwei Jahren damit gerechnet, ließ Bergbauminister Lefoko Moagi auf einer Pressekonferenz Ende Februar verlauten.

Kapitalistische Akkumulation mit oder ohne Fracking

Auf der gleichen Pressekonferenz nahm die botswanische Regierung wiederholt Stellung zu den widersprüchlichen Aussagen, dass ReconAfrica Fracking-Technologie – also die Gewinnung von Erdöl und Erdgas durch den Einsatz eines Wasser-Sand-Chemikalien-Gemischs mit Risiken für das Grundwasser – einsetzen könnte. Hier wird überwiegend den Medien und kritischen Aktivist*innen gegenüber der Vorwurf erhoben, irreführende Artikel und Meinungen zu lancieren. Sowohl in einer offiziellen Pressemitteilung als auch auf der Pressekonferenz wurde betont, dass Fracking nicht Teil des genehmigten Explorationsprogramms sei. Das betonten ebenso die Meldungen der beiden namibischen Ministerien für Umwelt und für Bergbau. Dabei greifen Aktivist*innen und die Medien lediglich die widersprüchlichen Aussagen von ReconAfrica selbst auf.

Offiziell betont das Unternehmen immer wieder, auf Fracking verzichten zu wollen, und bestreitet anderslautende Berichte vehement in der Öffentlichkeit – oder weicht, wie auf einer öffentlichen Anhörung in Windhoek, der Frage schlicht aus. Gegenüber Investoren ist das Unternehmen jedoch nicht so kategorisch. Hier verweisen

Aktivist*innen auf Aussagen von 2019 und 2020, in denen von „modern frac simulations“ und „unkonventionellen Methoden“ gesprochen wird. Hinter der zweiten Aussage vermuten die kritischen Stimmen schlicht Fracking. Dazu wird angebracht, dass die geplante Förderdauer von 25 Jahren – wenn die Exploration die zu erwartenden Ergebnisse liefert – nicht ohne den umfangreichen Einsatz von Fracking stattfinden könnte. Ferner muss aufhorchen lassen, dass die namibische und botswanische Regierung immer betonen, dass Fracking von der Exploration – also der Erkundung – ausgenommen ist. Kritiker*innen bringen noch einen weiteren Grund an: ReconAfrica hat Vertreter aus dem Who is Who der internationalen Fracking-Technologie angeheuert. Dazu gehört Nick Steinsberger, ein amerikanischer Experte. Er ist nach Informationen der „National Geographic“ verantwortlich für das Bohrprogramm.

ReconAfrica kann als sogenannter Wildcatter bezeichnet werden. Hier handelt es sich um kleinere Unternehmen, deren Fokus auf Erkundungen liegt und die später oft, aber nicht ausschließlich, die Lizenzen an größere, finanziell potentere Ölunternehmen verkaufen. Es ist schon auffällig, dass ein kleines und in der internationalen Szene weitgehend unbekanntes Unternehmen solch ein großes Projekt stemmt. Für das Unternehmen zeichnen sich bereits Vorteile ab. Zwar liegt die Aktie noch auf einem geringen Niveau von knapp mehr als nur drei Kanadischen Dollar, jedoch ist das ein Anstieg um fast 100 Prozent in den letzten Monaten. Auf einschlägigen Internetseiten wird die Aktie bereits als Geheimtipp gehandelt.

Wenig überraschend sind die Narrative der namibischen Regierung: Sie treffen auf die von ReconAfrica und ähneln denen anderer Staaten mit erwarteten Öl- und Gasfunden. Beide argumentieren, dass mit einer erfolgreichen Öl- und Gasindustrie Arbeitsplätze, Energieunabhängigkeit, kommunale Wasserversorgung und Infrastruktur ge-

schaffen werden. Jedoch zeigen Erfahrungen anderer Länder des gegenwärtigen Öl- und Gasrausches wie Mosambik oder Uganda, dass Investoren auf Steuererleichterungen und geringe Abgaben bestehen und Vertreibungen, Landnahme und Gewalt weit mehr als nur „Kollateralschäden“ sind.

Ferner erscheint noch unklar, ob die Öl- und Gasförderung für den Rohstoffexport ausgerichtet sein soll. Sollte dem so sein, greift ein Klassiker der vergangenen Jahre: die Externalisierung der ökologischen Folgen durch aggressiven Extraktivismus im Globalen Süden. Selbst wenn es zu keinem Rohstoffexport kommen sollte, wären soziale Verwerfungen und irreversible Umweltschäden die Folgen. Die kapitalistische „Akkumulation durch Enteignung“, wie sie der marxistische Geograph David Harvey vor zwanzig Jahren in die politisch-ökonomische Diskussion einbrachte, wird deutlich sichtbar.

In die Mangel genommen

Von Seiten der Zivilgesellschaft gab es in den letzten Wochen vermehrt Aktionen, um auf das Unternehmen aufmerksam zu machen. Die Tageszeitung „The Namibian“ sprach von einem „in die Mangel nehmen“ der namibischen und botswanischen Regierungen durch Initiativen in den vergangenen Wochen. Vereint – unter anderem in der Allianz SOUL (Save the Okavango's Unique Life) – treffen sich hier drei lokale und internationale Bewegungen und schaffen es, Druck aufzubauen und Proteste – wie am 25. Februar in Windhoek – auf die Straße zu bringen:

Erstens die Bewegung betroffener Gemeinschaften. Besondere Aufmerksamkeit erhielt der San-Aktivist Q7 Beckett, der 1.500 Kilometer durch Südafrika lief, um eine Petition an das namibische Konsulat

in Kapstadt zu übergeben. Danach schloss sich eine Tour durch Namibia an. Viele San-Gemeinschaften machen geltend, dass sie in dem Erkundungsgebiet leben, aber nicht konsultiert wurden und schon gar keine Zustimmung gegeben haben. Auf die unzureichenden Konsultationen und die nicht absehbaren Auswirkungen machen auch Vertreter*innen der Conservancies, der kommunalen Hegegebiete in der Region, aufmerksam.

Zweitens die Klimagerechtigkeitsbewegung, unter anderem repräsentiert von Fridays for Future Windhoek. Vertreterinnen wie Ina Maria Shikongo kritisieren, dass eine Öl- und Gasförderung die Klimaziele Namibias und des Pariser Klimaabkommens ad absurdum führen würde. Zunehmend versucht die internationale Gas- und Ölindustrie, fossiles Gas als klimaneutrale und saubere Energie zu bewerben. Dabei zeigte erst wieder eine jüngere Studie von Oilchange International, dass die größten Öl- und Gasunternehmen trotz aller Rhetorik keinen Beitrag zu den Klimazielen erreichen (wollen).

Drittens die Umweltgerechtigkeits- und Naturschutzbewegung. Sie zielt auf die ökologische Sensitivität des Gebietes. Sie sehen die Wasserwege, das Grundwasser und die Trockensavannen des Okavango-Beckens durch ökologische Degradation bedroht. Die Gegend gilt als Heimat der größten Elefantenpopulation der Welt und einer großen Anzahl von gefährdeten Wildtieren. In Namibia liegen die Explorationsgebiete innerhalb des Kavango-Zambezi Transfrontier Park (KAZA) – des größten grenzüberschreitenden Naturschutzgebietes der Welt, das geschütztes und kommunales Land in Angola, Botswana, Namibia, Sambia und Simbabwe umfasst. Auch wenn in Namibia Naturparks wie der Mangti National Park ausgespart sind, sind Migrationsrouten von Elefanten und sechs kommunale Conservancies bedroht. In Bots-

wana sind lediglich die Kern- und Pufferzonen für das Okavango-Delta und die Tsodilo Hills Heritage Sites ausgenommen. Letztere, ein UNESCO-Welterbe, wurden anscheinend erst nach Berichterstattung durch die „National Geographic“ ausgenommen.

Alle Kritiker*innen argumentieren mit fehlenden Konsultationen und den zu erwartenden Umweltschäden ähnlich, aber doch mit unterschiedlichen Forderungen. Während einige Aktivist*innen den sofortigen Stopp oder ein Moratorium fordern, veröffentlichte der WWF Namibia Anfang Februar eine ganzseitige Erklärung im „Namibian“ und der „New Era“ und forderte eine grenzüberschreitende strategische Umweltprüfung, bevor weitere Erkundungsbohrungen genehmigt werden.

ReconAfrica selbst reagiert zunehmend gereizt auf Kritik, etwa auf einer öffentlichen Veranstaltung in Windhoek, die von Teilnehmer*innen als aggressiv gewertet wurde, ebenso wie auf kritische Medienberichte. Wurde zuerst die Zeitschrift „National Geographic“, die zweimal umfangreich über die Pläne berichtete und unter anderem von den ursprünglichen Absichten berichtete, in den botswanischen Tsodilo Hills zu explorieren, bereits von einer Klage bedroht, ereilte Anfang Februar den „Namibian“ das gleiche Schicksal. Das Unternehmen störte sich an dem verwendeten Bild und den angegebenen Details in einem Artikel. Damit wäre die Berichterstattung „irreführend für die Öffentlichkeit“, sagte das Unternehmen durch seinen Vertreter. An den kritischen Medienberichten und den zivilgesellschaftlichen Interventionen zeigt sich, dass die Exploration nicht der Selbstläufer wird, auf den ReconAfrica hofft.

Und die KfW?

Abschließend ist nochmals der Schwenk in drei weitere Länder notwendig: Gegner*innen versuchen in Kanada auf die Vorgehensweise von ReconAfrica hinzuweisen. Rob Parker, ein in Namibia lebender

kanadischer Verbraucherschützer, hat dazu die „Canada Ombudsperson for Responsible Enterprise“ (CORE) kontaktiert. Bisher steht eine Antwort aus, weil das Büro geschlossen sei. Auch führte Parker kritisch an, dass die Möglichkeiten des CORE bei Interventionen der kanadischen Industrie sehr begrenzt sind. So kann die Ombudsperson nur noch Dokumente anfordern statt rechtlich zu erzwingen und nur die Einhaltung von „verantwortlichem Handeln“ verlangen, ohne dies schließlich juristisch durchzusetzen.

Der zweite Schwenk muss nach Deutschland folgen. ReconAfrica ist nicht nur an der Börse in Toronto gelistet, sondern auch an der Stuttgarter Börse. Wichtiger in dem Fall ist jedoch die Rolle der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Hier wurde die Umweltorganisation Earthlife Namibia aktiv. Sie hat die lokale KfW-Vertretung in Windhoek kontaktiert und auf die Zahlungen verwiesen, die über die finanzielle Zusammenarbeit der KfW in den KAZA-Park geflossen sind und für den Ausbau von Infrastruktur, Ausbildung der Game Ranger und deren Unterkunft und Equipment genutzt wurden. Earthlife zeigte sich enttäuschend von dem Gespräch, da die KfW auf die Nichteinmischung in innernamibische Entscheidungen verwies und betonte, die Situation zu beobachten und Behörden entsprechend zu konsultieren. Konsequenzen wie den Abzug von Geldern schloss die KfW zum jetzigen Zeitpunkt aus.

Und der dritte Schwenk muss nach Angola gehen: Hier zeigen die Diskussion ebenfalls erste Auswirkungen. So wurde Mitte Februar ein Verbot der Exploration von Erdöl und Erdgas in geschützten Naturreservaten, darunter das Okavango-Flussbecken, aufgehoben. Hier ähneln sich die Argumente, in denen die Öleinnahmen den lokalen Gemeinden und den Parks zugutekommen sollen, wie Bergbauminister Diamantino Azevedo verlauten ließ. Jedoch formiert sich auch hier bereits erster Widerstand.

>> Andreas Bohne

Der Autor arbeitet als Politischer Referent beim Berliner Entwicklungspolitischen Ratschlag, u.a. zu Klima- und Ressourcengerechtigkeit.

Der Beitrag gibt den Stand Anfang März 2021 wieder. Der Autor dankt Rob Parker, Ina Maria Shikongo und Bertchen Kohrs für Hinweise.

Eine rülpssende Kröte bedeutet Regen

DIE SMARTPHONE-APP ITIKI. „Eine rülpssende Kröte bedeutet Regen“ ist eine tansanische Bauernweisheit. „Mitte November muss der Maissamen gelegt werden“, lautet eine Bauernregel aus Simbabwe. Viele dieser tradierten Bauernregeln stimmen und beruhen auf jahrhundertelangen Beobachtungen. Eine Smartphone-App kombiniert jetzt aktuelle Wetterstationsdaten mit dem traditionellen Wissen afrikanischer Bäuer*innen. Ziel ist es, Dürreperioden relativ genau vorherzusagen.



Die ITIKI-App (ITIKI = Information Technology and Indigenous Knowledge with Intelligence) ist eine Software zur Dürrevorhersage, die das reichhaltige indigene Wissen Afrikas über Natur und Umwelt nutzt und es mit drahtlosen Sensornetzwerken, künstlicher Intelligenz und Mobiltelefonen kombiniert. ITIKI beeinflusst und verändert das Leben von Kleinbäuer*innen bereits in Kenia, Mosambik und Südafrika. Das zentrale Element von ITIKI sind Smartphones, die ihnen relevante, zeitnahe und genaue Vorhersagen anbieten.

Afrikanischen Kleinbäuer*innen werden regelmäßig vor allem durch Dürren bedroht, die zumeist durch den globalen Klimawandel hervorgerufen werden und zu Ernährungsunsicherheit führen. Das hat erhebliche wirtschaftliche Auswirkungen. Die Landwirtschaft trägt laut einem UN-Bericht von 2017 etwa 15 Prozent zum gesamten BIP Afrikas bei und macht laut der Afrikanischen Entwicklungsbank etwa die Hälfte der Beschäftigung auf dem Kontinent aus.

ITIKI beschäftigt junge Leute in landwirtschaftlichen Gemeinden, um Fotos und Beobachtungen über das Verhalten der Tiere und den Wuchs der lokalen Vegetation zu sammeln. So wird z.B. erfasst, welche Bäume gerade blühen. Ihre Beobachtungen fließen in den ITIKI-Rechner, der diese Daten mit den Informationen von lokalen Wetterstationen kombiniert. Daraus wird dann Monate im Voraus ein Wettermuster modelliert. Landwirte können den Dienst für einen geringen Betrag abonnieren und erhalten regelmäßige Updates in ihrer jeweiligen Landessprache, was ihnen hilft, frühzeitig Entscheidungen darüber zu treffen, welche Pflanzen sie anbauen und ob und wie sie ihre Produkte verkaufen können.

Entwickelt wurde die App von der kenianischen Informatikerin Muthoni Masinde, die die Landwirte auf die Auswirkungen des Klimawandels vorbereiten will. Obwohl die App

aktuelle meteorologische Daten als Basis der Vorhersage verwendet, vertrauen viele afrikanische Bäuer*innen laut Masinde immer noch dem traditionellen Wissen, das auch für die Formulierung der Vorhersagen der ITIKI-Plattform verwendet wird.

„Ich bin in einem Dorf aufgewachsen und habe bemerkt, dass die meisten Bäuer*innen keine wissenschaftlichen Fakten nutzen, um eine Pflanzenauswahl für die Felder zu treffen oder den Aussaatzeitpunkt zu bestimmen“, sagte Masinde gegenüber einem Fernsehsender. „Sie beobachten Insekten, sie beobachten das Verhalten von Tieren und dann treffen sie eine Entscheidung: ‚Ich glaube, in zwei Wochen wird es endlich regnen.‘“

Afrikanische Regierungen, so die Informatikerin, neigen dazu, auf Dürren und Extremwetter nur zu reagieren, anstatt proaktiv zu planen. „Wir bereiten uns nicht auf Dürren vor“, konstatiert sie. „Es ist, als würden wir einfach aufwachen und verblüfft feststellen, dass die Menschen im ländlichen Kenia verhungern, dass die Menschen auf der einen Seite des Landes keinen Regen haben.“

ITIKI wird aktuell von über 10.000 Farmer*innen in Kenia, Mosambik und Südafrika genutzt. Seitdem sie die App einsetzen, sind ihre Ernteerträge nach Angabe von Masinde um durchschnittlich 11 Prozent gestiegen. Der Ansatz, moderne Technologie und Tradition zu mischen, scheint zu überzeugen. ITIKI hat deshalb Ende 2020 von USAid und dem staatlichen südafrikanischen Wetterdienst weitere 750.000 US-Dollar erhalten. Beide Organisationen haben bereits die grundlegenden Forschungen und die Software-Entwicklung ko-finanziert.

Muthoni Masinde ist im südlichen Afrika eine der erfolgreichsten Hochtechnologie-Spezialistinnen. Die Regierungen der SADC-Staaten holen gerne ihren Rat ein. Sie hat einen BSc, einen Master of Business und einen PhD-Abschluss in Informatik von der Universität von Nairobi, der Freien Universität Brüssel und der Universität von Kapstadt. Sie verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung in der Informatik, die sich sowohl auf den rein akademischen als auch auf den angewandten Bereich erstreckt. Zudem hat sie zahlreiche Publikationen veröffentlicht und Master- und Promotionsstudenten betreut.

Masinde ist derzeit in leitender Funktion als außerordentliche Professorin am IT-Departement der Central University of Technology, Free State (CUT), tätig. Aufgrund ihres Interesses an der Betreuung von Frauen im Bereich MINT hat sie die Organisation Women in Engineering and IT (WEIT) ins Leben gerufen, deren Schirmherrin sie jetzt ist. Sie ist Vorbild und Mentorin für eine junge Generation von Afrikanerinnen.

>> Jürgen Langen



„Project Loon“ – ein Übergangprojekt

ALPHABET-INTERNETBALLONS ÜBER AFRIKA. „Loon“ – hinter diesem Namen verbirgt sich die Idee, über einen Ring von heliumgefüllten Ballons, die bis in die Stratosphäre aufsteigen, schnelles Internet per Funk auch in die entlegensten Regionen der Welt zu bringen. 2019 startete „Project Loon“ ein erstes kommerzielles Netzwerk in Subsahara-Afrika. Betreiber Google wird das Ballon-Forschungsprojekt zwar jetzt einstellen, doch die Entwicklung von Breitband-Satelliten für ein globales Internet hat neuen Schub bekommen.

Für die meisten von uns, die täglich mit dem Smartphone im Internet surfen, ist es fast unvorstellbar, dass für rund die Hälfte der Menschheit ein verlässlicher Zugang zum Internet ein kaum erreichbarer Luxus ist. In vielen Regionen sind es geographische Gegebenheiten wie Gebirgsketten oder Dschungel, die ein terrestrisches Netz nahezu unmöglich machen. „Project Loon“ versucht, diese Gegebenheiten zu umgehen.

Schon seit 2011 experimentiert der US-amerikanische Mutterkonzern von Google, „Alphabet Inc.“, mit den Ballons. Damit soll

flächendeckende Konnektivität insbesondere für Regionen erzielt werden, in denen dies aus geographischen oder infrastrukturellen Gründen bisher nicht möglich war. Heliumgefüllte, etwa tennisfeldgroße Ballone steigen dazu in 20 Kilometer Höhe, etwa doppelt so hoch wie Passagier- und Verkehrsflugzeuge, an den Rand der Stratosphäre auf.

Daran hängen Geräte zur Datenübertragung und zur Steuerung der Ballone. Über Solarzellen werden sie mit Energie versorgt, die den Verbleib in der Stratosphäre über mehrere Monate ermöglichen. Dabei wer-

den sie mittels GPS zu jeder Zeit überwacht, sodass auch die für die Wartung zurückkehrenden Ballone keine Gefährdung für Flugzeuge darstellen.

Die integrierte und lernfähige Software in den Ballonen wertet laufend Daten wie etwa Windgeschwindigkeit und Windrichtung aus und setzt dementsprechend Gase in den Ballon frei oder pumpt sie ab. Durch die Veränderung der Dichte kann ein Ballon zwischen den Luftschichten in unterschiedlichen Höhen wechseln und so kontrolliert navigieren.

Die Heliumballons können untereinander Daten per Laser austauschen, wodurch eine Art mobiles Funknetzwerk entsteht. Antennen am Erdboden lassen sich nun auf dieses schwebende Netzwerk ausrichten und sind nicht mehr auf Kabel und/oder Mobilfunkmasten angewiesen. Ein einzelner Ballon soll so einen Radius von 40 km abdecken und mit stabilem LTE-Internet versorgen können.

Zusammen mit dem Telekommunikationsunternehmen „Telkom Kenya“ setzt Loon die Ballone seit 2019 erstmals als kommerzielles Netzwerk ein. Im Mai 2020 unterzeichnete Loon zusätzlich einen Vertrag mit „Telco Vodafone Moçambique“. Der Loon-Dienst will somit langsam die bestehende Versorgungslücke auf dem afrikanischen Markt schließen.

Kontrolle der sozialen Medien

Doch was bedeutet das für die politische Entwicklung der Länder? Gerade für autoritäre Regime ist die Kontrolle über die digitale Infrastruktur ein zentraler Machtfaktor. Insbesondere bei Wahlen oder Demonstrationen kam es in der Vergangenheit zu Beschränkungen des Internets und der Nutzung bestimmter Apps seitens der Regierung. So wurde zum Beispiel über die vergangenen Wahlen in Tansania berichtet, dass die amtierende Regierung am Wahltag nur einen eingeschränkten Zugang zu sozialen Medien wie Twitter oder Facebook zuließ, so dass die Oppositionskandidaten ungleichen Wettbewerbsbedingungen ausgesetzt waren und Wahlbeobachtung nur sehr eingeschränkt möglich war. Auch bei der Präsidentschaftswahl in Mali wurden am Wahlabend die sozialen Medien blockiert und gesperrt. In manchen Staaten Subsahara-Afrikas gehört routinemäßige Zensur im Internet zur Tagesordnung.

Diese Möglichkeit der Machtausübung werden sich die autoritären Regime wohl auch in Zukunft nicht nehmen lassen wollen. Wahrscheinlicher ist es, dass die Regierungen auf weniger technische Formen der Zensur zurückgreifen werden. Schon jetzt entstehen vermehrt neue Gesetze, die dazu beitragen sollen, soziale Medien zu regulieren. Oftmals werden Betreiber von Internetseiten mit regierungskritischen Inhalten dazu gezwungen, die entsprechenden Daten zu löschen, ansonsten drohen strenge rechtliche Konsequenzen. Die Folge: eine Art der Selbstzensur.

Auch der Zugang zu Internetquellen wird zunehmend erschwert. In Uganda kam es bereits 2018 zur Einführung einer Social-Media-Steuer für die Nutzer*innen. Andere Staaten könnten dem nun folgen. Ein Großteil der Bevölkerung könnte sich die Nutzung somit schlicht und einfach nicht mehr leisten.

Dennoch können Projekte wie das des Internets über Heliumballone der afrikanischen Bevölkerung die Möglichkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung eröffnen. Ferner wird gerade in Zeiten einer globalen Pandemie bewusst, wie wichtig eine flächendeckende Konnektivität und der Zugang zu Wissens- und Informationsquellen ist.

Den Breitband-Satelliten gehört die Zukunft

Im Januar 2021 meldete Google allerdings, das „Projekt Loon“ nach neun Jahren zu beenden, weil die Finanzierung nicht langfristig gesichert sei. Alastair Westgarth, Chef von Loon, sagte, man habe zwar eine Reihe bereitwilliger Partner, aber noch keinen Weg gefunden,

die Kosten niedrig genug zu halten, um ein langfristiges, nachhaltiges Geschäft aufzubauen.

Das Google-Unternehmen Alphabet plant nun, einen Teil der Loon-Technologien weiterzuentwickeln und diese in neuen Projekten zu implementieren. Geplant ist nun die Zusammenarbeit in Afrika südlich der Sahara mit erfahrenen Partnern wie dem Telekommunikationskonzern ECONET beim „Projekt Taara“, das auch in Kenia starten soll. Ziel der Partnerschaft ist es, drahtlose optische Kommunikationsverbindungen in Breitbandnetzwerken aufzubauen, um schnelles und erschwingliches Internet auf dem Kontinent anzubieten.

Das Projekt Taara, früher bekannt als „The FSOC Project“, soll nun Schlüssel zur Überbrückung der immer noch bestehenden digitalen Kluft auf dem Kontinent sein. Entwickelt wird eine drahtlose optische Kommunikationstechnologie, die mithilfe von Laserstrahlen Hochgeschwindigkeitsverbindungen mit hoher Kapazität über große Entfernungen gewährleisten soll. Die Erfahrungen mit den Loon-Ballons kommt dem Projekt zugute.

Taara ist ein weiterer Ansatz, um die Reichweite von Breitbandnetzen auf Teile der Erde auszudehnen, die normalerweise keinen Zugang oder keine Hochgeschwindigkeitsverbindungen hatten, hauptsächlich aufgrund von Infrastrukturproblemen.

Zukünftig werden jedoch andere Systeme das Projekt Loon ablösen. Das Satellitennetzwerk Starlink, das von dem US-Raumfahrtunternehmen SpaceX betrieben wird, soll künftig weltweiten Satellitenempfang anbieten. Seit Ende 2020 befindet es sich im Betatest. Zum Kerngeschäft von Starlink werden der Internetzugang in ländlichen Gebieten und das Online-Gaming gehören. Mit aktuell fast 1.000 Starlink-Satelliten im Orbit ist SpaceX der mit Abstand größte kommerzielle Satellitenbetreiber. Insgesamt bestehen bis zum Jahr 2027 Genehmigungen für den Start von maximal 12.000 Satelliten.

Elon Musk hat Genehmigungen für den Start von insgesamt bis zu 30.000 Micro-Satelliten erhalten. Die Endgeräte werden wahrscheinlich anfangs für ca. 500 US-Dollar angeboten werden. Mit Starlink erfolgt der Internetanschluss sowohl für den Downstream wie auch für den Upstream über die Satellitenverbindung. Das macht die zukünftigen Nutzer*innen komplett unabhängig vom Wohlwollen der jeweiligen Regierungen.

Neben SpaceX arbeiten auch OneWeb, Telesat und Amazons Projekt Kuiper an Breitband-Internetkonstellationen. OneWeb plant ein Netzwerk aus 588 Satelliten, bei Telesat sind mindestens 292 Satelliten vorgesehen und bei Amazon 3236. Übrigens kommunizieren auch die SpaceX-Satelliten untereinander per Laser. Man greift dabei auf Loon-Technologie zurück.

Auch der Alphabet-Konzern selbst hat weiterhin seinen Fuß bei Kommunikations-Technologie für Afrika in der Türe. Die Verlegung von Unterseekabeln, die Afrika an den Rest der Welt anschließen, ist ein weiteres Geschäftsfeld. Über tausende Kilometer führt eines der Kabel des Konzerns bereits an der ostafrikanischen Küste von Frankreich durch den Suez-Kanal bis nach Südafrika. Ein zweites, von Portugal ausgehend die Westküste entlang, ist aktuell in der Endplanung.

>> Christina Hoffmann



Foto: Rob Verhoeven / cc-by-nc

Freier Handel für wen?

DAS AFRIKANISCHE FREIHANDELSABKOMMEN soll dem ganzen Kontinent Wohlstand bringen. Doch es droht ein Unterbietungswettbewerb bei Löhnen und Umweltstandards.

Seit dem 1. Januar ist das afrikanische Freihandelsabkommen (African Continental Free Trade Agreement, kurz Afcfta) offiziell in Kraft. 54 der 55 Länder des Kontinents – alle außer Eritrea – sind bisher beigetreten, 34 haben das Abkommen bereits ratifiziert. Gemessen an der Zahl der Beitrittsstaaten schafft das Afcfta die größte Freihandelszone der Welt und verknüpft nach Angaben der Weltbank den Wirtschaftsraum von 1,3 Milliarden Menschen mit zusammengerechneten Bruttoinlandsprodukten von 3,4 Billionen US-Dollar (rund 2,8 Billionen Euro). Es herrscht Aufbruchsstimmung zwischen Kairo und Kapstadt. Seit Jahren ist nicht nur von den Bretton-Woods-Institutionen, sondern auch von den politischen und ökonomischen Eliten afrikanischer Staaten überschwengliches Lob auf das Freihandelsabkommen zu hören. „Fundamental verändern“ werde das Afcfta das „wirtschaftliche Schicksal unseres Kontinents“, erklärte Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa in seiner jüngsten Neujahrsansprache.

Der Staatschef der am stärksten industrialisierten Volkswirtschaft Afrikas hat noch bis Februar den jährlich rotierenden Vorsitz der Afrikanischen Union (AU) inne und

fungiert als wichtiges Bindeglied zwischen der das Abkommen vorantreibenden Politik und der Wirtschaft. Als Anfang der 1990er-Jahre die Tage des alten Apartheidregimes gezählt waren, agierte Ramaphosa für den African National Congress (ANC) als eine Art Chefunterhändler. Der einstige Generalsekretär der National Union of Mineworkers war maßgeblich involviert in die Neugestaltung Südafrikas, die schließlich zur politischen Befreiung der unterdrückten schwarzen Bevölkerungsmehrheit führte – bei gleichzeitiger Beibehaltung des ökonomischen Status quo. Das Resultat dieser Verhandlungslösung hat bis heute Bestand: Obwohl die einstige Befreiungsbewegung ANC seit 1994 ununterbrochen regiert, ist Südafrika das Land mit der weltweit stärksten Ungleichverteilung von Einkommen und Reichtum geblieben.

Postkoloniale Elitenbildung

Schon lange bevor er zum Präsidenten aufstieg, zählte Ramaphosa zu den Gewinnern dieser Neuordnung. Doch wurde zunächst, nach den ersten freien Wahlen 1994, Nelson Mandela Präsident, was innerhalb des ANC unumstritten war. Ramaphosa

wollte sich als dessen Nachfolger in Stellung bringen, unterlag intern aber Thabo Mbeki, der schließlich von 1999 bis 2008 als zweiter Staatschef des demokratischen Südafrika amtierte. Es war der Beginn der Wirtschaftskarriere des heutigen Staatsoberhaupts. Mit unzähligen Unternehmensbeteiligungen stieg Ramaphosa zum Rand-Milliardär auf. Er profitierte dabei von einer Regelung, die es Konzernen vorschrieb, Anteile an schwarze Geschäftspartner zu veräußern. Vorgeblich sollte mit jenem Black Economic Empowerment (BEE) ein gesellschaftlicher Wandel in der Wirtschaft erreicht werden, um die Vorherrschaft der Weißen zu durchbrechen. Tatsächlich wurde dadurch eine neue, schwarze Elite geschaffen, deren Wohlergehen nun untrennbar an die Interessen des alten Kapitals gebunden war. Viele Repräsentanten der Befreiungsbewegung wurden vom Kapital kooptiert.

Aufgrund der Besiedlung durch eine relativ große weiße Bevölkerung und der Apartheidära ist Südafrika ein Sonderfall auf dem Kontinent. Die enge Verknüpfung zwischen altem Kapital und neuer politischer Führung unterscheidet das Land jedoch kaum von den meisten postkolonialen Gesellschaften Afri-



Foto: UK Aid / cc:by

kas. Als aber der BEE-Kuchen aufgeteilt war, mussten die neuen politischen Unternehmer andere Wege finden, um zu schnellem Reichtum zu kommen. In Südafrika geschah dies in der Ära von Ramaphosas Vorgänger im Präsidentenamt, Jacob Zuma, unter dem Schlagwort Radikale Ökonomische Transformation (Radical Economic Transformation, RET). Doch radikal war daran kaum etwas. Das RET diente als politisches Mittel, um Aufträge von Regierungsinstitutionen und Staatskonzernen zu schwarzen Unternehmern zu lenken, die allerdings oft nur als Fassade für globale Konzerne agierten. Das Modell führte zu schamloser Selbstbereicherung einiger weniger politisch vernetzter Geschäftemacher, ausufernder Korruption und schließlich zu leeren Staatskassen und hochverschuldeten Staatskonzernen. Präsentiert wurde das seitens der damaligen Regierung, in der Ramaphosa bereits seit 2014 als Zumas Stellvertreter diente, dennoch jahrelang als emanzipatorisches Projekt, das für eine gerechtere Gesellschaft sowie die Überwindung der alten kolonialen Wirtschaftsstrukturen sorgen sollte. Antikoloniale Rhetorik dient Afrikas Wirtschaftseliten dabei als Vorwand, um die Durchsetzung ihrer eigenen Interessen voranzutreiben.

Fokus auf Produktion

„Das neue Abkommen, das heute in Kraft tritt, wird einige Zeit benötigen, bis es voll funktionsfähig ist, aber es hat das Potenzial, transformativ für Afrika zu sein und unsere Abhängigkeit von einer neokolonialen Handelsstruktur aufzubrechen, die den Handel

bisher charakterisiert hat“, begrüßte Südafrikas Handelsminister Ebrahim Patel in einer Stellungnahme seiner Behörde vom 1. Januar das Afcfta. Die Beschreibung des Status quo ist durchaus korrekt, Afrika ist gefangen in einer ausbeuterischen Weltwirtschaftsordnung, die den Einzelstaaten kaum Handlungsspielraum lässt. „Unser Kontinent exportiert Rohstoffe und importiert fertige Güter“, erklärte Patel das Offensichtliche. Auch sein Chef dürfte das noch wissen. Ramaphosa war jahrelang Großaktionär und für Gemeindeentwicklung zuständiger Aufsichtsrat beim inzwischen vom Branchenriesen Sibanye-Stillwater geschluckten Bergbaukonzern Lonmin, der in Südafrika hauptsächlich für die deutsche BASF Platin förderte. Im August 2012 erschoss die Polizei an Lonmins Marikana-Mine innerhalb weniger Minuten 34 streikende Bergarbeiter, Dutzende weitere wurden schwer verletzt. Ramaphosa, eigentlich zuständig für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Hüttenstädten, die die Kumpel neben Lohnerhöhungen forderten, hatte tags zuvor bei der Polizeiführung ein „entschiedenes Durchgreifen“ gegen die „kriminellen Elemente“ gefordert. Vier Monate später begann mit der Wahl zum ANC-Vizepräsidenten sein neuerlicher Aufstieg in der Politik.

Die Ausbeutung von Bodenschätzen für außerafrikanische Märkte unter oft menschenunwürdigen Bedingungen ist auf dem Kontinent keine Ausnahme, sondern die Norm und lässt sich auch in den Handelsbilanzen ablesen. Nur zwölf Prozent der

Importe afrikanischer Staaten kamen einem Bericht des südafrikanischen Thinktanks Institute for Security Studies im Jahr 2019 aus anderen Ländern des Kontinents. Bei den Exporten sah es entsprechend kaum besser aus: Lediglich 14,4 Prozent der offiziellen Ausfuhren afrikanischer Länder, so rechnete die Financial Times in einem Artikel vom 29. Dezember unter Berufung auf Zahlen des Kairoer Handelsfinanzierungsinstituts Afreximbank vor, fanden ihr Ziel 2019 auf dem eigenen Kontinent. Zum Vergleich: Innerhalb der Europäischen Union liegen diese Werte vier- bis fünfmal so hoch. Die unterschiedliche Zusammensetzung der Exporte liefert ein noch klareres Bild: Bei den Ausfuhren in andere Länder des Kontinents liegt der Anteil der Industriegüter nach Zahlen der OECD mehr als doppelt so hoch wie bei Exporten, die den Kontinent verlassen. Zugleich ist der Anteil von Rohstoffen bei den Ausfuhren nach Übersee dreimal höher als im Handel innerhalb Afrikas.

„Die politischen Entscheidungsträger haben verstanden, dass obwohl das Handelsvolumen auf dem Kontinent begrenzt ist, dies Handel mit Wertschöpfung ist“, zitierte die Financial Times David Luke, der bei der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) Handelspolitik koordiniert. „Das ist es, wo die Arbeitsplätze entstehen, im Gegensatz zum Handel mit dem Rest der Welt, der hauptsächlich auf Rohstoffen basiert.“ Das neue Freihandelsabkommen soll nun einen wesentlich größeren gemeinsamen Markt schaffen und so einen Anreiz für Investoren bereiten, Produktionskapazitäten für Indus-

triegüter in Afrika aufzubauen. Die Logik ist klar: Kann ein Unternehmen in einem afrikanischen Land für den gesamten Kontinent produzieren, so lohnt sich das eher, als wenn – wie bisher – für die Ausfuhr in die anderen afrikanischen Staaten Zölle anfallen. Ramaphosa sprach in seiner Neujahrsrede gar vom „Beginn einer neuen Ära des Handels zwischen afrikanischen Staaten, in welcher der Kontinent die Güter und Dienstleistungen produzieren wird, die er benötigt, in der seine Volkswirtschaften wachsen, sich industrialisieren und sich diversifizieren werden, in der er das großartige Potenzial seiner reichhaltigen natürlichen Ressourcen ausschöpfen wird“.

Rosige Prognosen, kaum Kritik

30 Millionen Menschen, so prophezeit es die Weltbank, könnten durch das Afcfta bis zum Jahr 2035 aus der extremen Armut herauskommen. Weitere 68 Millionen Afrikaner sollen die „moderate Armut“, also ein Leben mit weniger als 5,50 US-Dollar (4,50 Euro) pro Tag, hinter sich lassen. Um 450 Milliarden US-Dollar (rund 369 Milliarden Euro) könne das Gesamteinkommen auf dem Kontinent demnach im selben Zeitraum steigen. Profitieren sollen davon, so zumindest wurde es während des im Internet abgehaltenen Gipfeltreffens der Afrikanischen Union Anfang Dezember sowohl von Ramaphosa als auch von Afcfta-Generalsekretär Wamkele Mene mehrfach unterstrichen, vor allem „Frauen, junge Afrikaner sowie kleine und mittlere Unternehmen“, die laut Mene im Mittelpunkt der Umsetzung des Abkommens stehen müssten.

Armutsbekämpfung, besserer Zugang zum wirtschaftlichen Leben für bisher benachteiligte Gruppen, Arbeitsplatzsicherung und ein Gegenpol zur neokolonialen Handelsordnung – gegen Kritik haben die politischen Entscheidungsträger ihr Freihandelsabkommen damit nahezu immun gemacht. „Der starke politische Rückhalt für

das Afcfta und die Begeisterung über sein schnelles Vorankommen haben dazu geführt, dass einige Behauptungen zu dessen potenziellem Nutzen nicht hinterfragt wurden, insbesondere rund um die Zuwächse im innerafrikanischen Handel. Die meisten Kommentatoren scheinen ein populäres panafrikanisches Projekt nicht öffentlich in Frage stellen zu wollen, selbst wenn diese Analyse konstruktiv sein könnte“, schrieb Archie Matheson, seinerzeit Leiter der Abteilung für Politik und Analyse beim auf Entwicklungsmärkte spezialisierten Wirtschaftsberatungsunternehmen Botho Emerging Markets Group, bereits Mitte 2019 auf dem Portal African Arguments. Matheson machte dies konkret an der damals kursierenden Zahl eines erwarteten Zuwachses des innerafrikanischen Handels um 52,3 Prozent bis 2022 fest, die internationale Institutionen von Afrikanischer Union bis UNECA kolportierten und die von Medienhäusern weltweit weitergetragen wurde. Matheson zeigte auf, dass der Wert einer Präsentation zweier UNECA-Experten aus dem Jahr 2012 entstammte, die ihre Schätzung ausgehend

vom Handelsvolumen im Jahr 2010 auf der Annahme basierten, dass ab 2017 eine den gesamten Kontinent abdeckende, vollständig „liberalisierte“ Handelszone bestünde, in der ab 2019 sämtliche Zölle „harmonisiert“ sein sollten. Nichts davon war Mitte 2019 eingetreten, die deshalb vollkommen unrealistische Wachstumsschätzung wurde dennoch weiterverbreitet.

Auch heute ist noch weitestgehend unklar, wie genau die Ziele des Freihandelsabkommens insbesondere bei der wirtschaftlichen Förderung bisher benachteiligter Gruppen realisiert werden sollen. Ramaphosa sprach vom Afcfta als einer „Möglichkeit, die Frauen Afrikas durch besondere Handelsvereinbarungen, finanzielle Inklusion und bevorzugten Zugang bei der Auftragsvergabe durch Regierungen und den privaten Sektor zu fördern“. Konkret ausgestaltete Regelungen wurden in der Hinsicht bisher allerdings nicht bekanntgemacht.

Es ist bei weitem nicht die einzige Lücke in der Umsetzung des Abkommens. „Die meisten afrikanischen Länder sind noch nicht in der Lage, die Regeln der Afrikanischen Frei-



Foto: Jasmine Halki / cc:by

handelszone umzusetzen“, schrieb die Financial Times am 29. Dezember unter Berufung auf Mene. „Wir werden noch eine sehr lange Zeit brauchen“, zitierte das Finanzblatt den Afcfta-Generalsekretär, der detailliert schilderte, woran es ganz praktisch hapert: „Wenn Sie die Straßen nicht haben, wenn Sie nicht die richtige Ausstattung für die Zollbehörden an den Grenzen haben, damit sie eine schnelle und effiziente Güterabfertigung ermöglichen können (...) wenn Sie die Infrastruktur nicht haben, sowohl harte als auch weiche, dann reduziert das die Bedeutung dieses Abkommens.“

Doch auch auf politischer, zwischenstaatlicher Ebene bleibt vieles ungeklärt. Einem Bericht der südafrikanischen Wirtschaftszeitung Business Day vom 11. Januar zufolge haben bisher erst 41 der 54 Afcfta-Beitrittsländer ihre Zollreduzierungspläne beim Sekretariat der Freihandelszone hinterlegt. Dieselbe Zahl hatte Mene bereits

am 5. Dezember während des AU-Gipfels genannt – in der Zwischenzeit ist also kein weiteres Land dazugekommen. Auch über die Ursprungsregeln, in denen geklärt wird, ab welchem Weiterverarbeitungsgrad eine Ware als in einem Teilnehmerland hergestellt gilt, besteht noch keine vollständige Einigkeit. Silver Ojakol, Stabschef im Afcfta-Sekretariat, das erst im August vergangenen Jahres offiziell in Ghanas Hauptstadt Accra eröffnet wurde, sagte dem Business Day nun, dass bisher knapp 90 Prozent der Ursprungsregeln vereinbart worden seien. Die restlichen gut zehn Prozent sollten demnach ebenso wie die ausstehenden Zollreduzierungspläne bis Ende Juni dieses Jahres eingereicht werden. Für den tatsächlichen Abbau der Zölle ist noch wesentlich mehr Zeit vorgesehen: Für 90 Prozent der Güter sollen sie innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre wegfallen, für weitere sieben Prozent der als sensibler kategorisierten Waren ist ein

Zeitfenster von zehn bis 15 Jahren vorgesehen. Für drei Prozent der Importrichtlinien, die insgesamt nicht mehr als zehn Prozent des Wertes der Gesamteinfuhren ausmachen dürfen, kann ein Staat nach den Afcfta-Regeln auch danach noch Zölle erheben.

Momentan jedenfalls scheint ein uneingeschränkter Verkehr von Gütern und Personen auf dem Kontinent noch in weiter Ferne. Wie lang der Weg noch ist, zeigte sich erst jüngst wieder. Am 11. Januar verkündete Ramaphosa mit sofortiger Wirkung die Schließung sämtlicher Grenzübergänge Südafrikas, zunächst befristet bis zum 15. Februar, und begründete den Schritt mit der Gefahr einer Ansteckung mit dem Coronavirus in den langen Schlangen dort. Der Güterverkehr ist von der Regelung zwar ausgenommen, unzähligen Wanderarbeitern, die jetzt aus den Weihnachtsferien in ihren Heimatländern nach Südafrika zurückkehren wollten, drohen jedoch Jobverlust und finanzieller Ruin. Für Beschäftigte dürften die Grenzen auch weiter ein Hindernis bleiben: Ein gemeinsamer AU-Pass, bereits 2016 mit großen Ambitionen als einheitliches Dokument für kontinentweites visafreies Reisen vorgestellt, soll zwar noch in diesem Jahr eingeführt werden – aber zunächst nur für Diplomaten, Regierungsangehörige und AU-Offizielle. Und auch beim Warenaustausch hakt es. Mit genau zwei Staaten, so schrieb der Handelsberater Donald MacKay ebenfalls am 11. Januar in einem Gastbeitrag für das südafrikanische Portal Daily Maverick, habe die Zollunion des Südlichen Afrika, der neben Südafrika die Nachbarländer Namibia, Botswana, Lesotho und Eswatini angehören, die Afcfta-Regeln bisher umgesetzt: mit Ägypten sowie dem Inselzwerstaat São Tomé und Príncipe. Auf alle sonstigen Anfragen seiner Klienten nach präferentiellen Zollregularien, die nun in Kraft treten sollten, sei seine Antwort dagegen stets „Ich weiß es nicht“, so MacKay.



Foto: Simone D. McCourtie / World Bank / cc:by-nc-nd

Kein Schutz für die Kleinen

Doch selbst wenn die Zölle auf dem Kontinent eines Tages gefallen sein sollten und die Infrastruktur einen regen Warenaustausch ermöglicht, bleibt schleierhaft, wie dies der in Armut lebenden Bevölkerungsmehrheit helfen soll. „Wir wollen Zölle nicht mehr als Mittel zur Generierung von Staatseinnahmen sehen. Wir wollen, dass Zölle ein Instrument zur industriellen Entwicklung werden“, erklärte Afcfta-Generalsekretär Mene in der Financial Times. Doch der wirtschaftspolitische Handlungsspielraum der Staaten wird selbstverständlich in exakt dem Maße eingeschränkt, in dem die Möglichkeit wegfällt, eigene, im Aufbau befindliche Industrien durch Zölle zu schützen. Vergrößert wird dieses Dilemma noch durch die Tatsache, dass die Mehrzahl der afrikanischen Staaten ohnehin bereits an Strukturanpassungsprogramme der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds gebunden ist, in die sie während der zahlreichen Schuldenkrisen der vergangenen Jahrzehnte einwilligen mussten.

Für lokale Unternehmen wird das Afcfta so zunächst mehr zur Bedrohung als zur Chance. Das produzierende Gewerbe in seinem Land sei größtenteils schlicht nicht darauf vorbereitet, im kontinentalen Wettbewerb zu bestehen, so der Generaldirektor der Handelskammer in der nigerianischen Metropole Lagos (Lagos Chambers of Commerce and Industry, LCCI), Muda Yusuf, Anfang des Monats der dortigen Tageszeitung This Day. Die meisten Betriebe „überleben aufgrund unserer protektionistischen Regularien“, erklärte Yusuf. „In anderen Worten: Entweder haben wir sehr hohe Zölle, oder wir haben komplette Importverbote, um sie zu schützen. Das ist es, was die meisten von ihnen am Leben hält, insbesondere in der Kategorie der kleinen und mittelgroßen Unternehmen. Für Multinationale und Konzerne sind die durchschnittlichen Kosten aufgrund von deren Größe und Produktionsvolumen wesentlich niedriger, und sie können wettbewerbsfähiger agieren. Für kleine und mittlere Unternehmen gibt es ein hohes Risiko.“

Dass der weitgehend unbeschränkte Wettbewerb auf dem Kontinent gerade für kleinere Unternehmen zur Gefahr werden könnte, gestand selbst das Weltwirtschaftsforum in einer bereits 2018 veröffentlichten Analyse ein. Als erster potenzieller Ver-

lierer werden dort Bauern genannt, die von großen Agrarunternehmen verdrängt würden. „In der Folge könnten sie ihre Farmen verlieren, was zu hoher Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Armut führt“, heißt es in dem Text wörtlich. Besonderes hellseherisches Geschick ist für diese Erkenntnis nicht notwendig, da genau diese Prozesse bereits seit Jahren in etlichen afrikanischen Ländern ablaufen. Die Freihandelszone könnte die Krise noch verschärfen. Des weiteren wird in der Analyse des Weltwirtschaftsforums davor gewarnt, dass kleinere, lokal produzierende Unternehmen im offenen Preiskampf mit Massenproduzenten ins Hintertreffen geraten können. Auch die Gefahr eines Unterbietungswettbewerbs bei Löhnen, Umweltstandards sowie anderen Arbeits- und Lebensbedingungen für Beschäftigte legt das Weltwirtschaftsforum dar, untermauert gar mit einer Einschätzung des nigerianischen Gewerkschaftsbunds (Nigerian Labour Congress, NLC), der das Afcfta bereits 2018 als „extrem gefährliche und vergiftete neoliberale Gesetzesinitiative“ geißelte.

Der Teufel liegt nun wortwörtlich im Detail. Lassen die politischen Entscheidungsträger ihren vollmundigen Ankündigungen zur Förderung von Kleinunternehmen, jungen Menschen und Frauen keine entschlossenen und effektiven Programme folgen, ist die Gefahr groß, dass hauptsächlich internationale Konzerne und afrikanische Wirtschaftseliten vom neuen Freihandelsabkommen profitieren. Dass Konzernen im Rahmen des Afcfta kein direktes Klagerecht eingeräumt wird und Konflikte ausschließlich zwischen Staaten geklärt werden sollen, garantiert zwar eine gewisse Restsouveränität und erscheint gegenüber manch anderem Freihandelsabkommen progressiv. Durch die enormen regionalen Diskrepanzen bei Einkommen und Lebensstandards bleiben Großunternehmen aber dennoch enorme Möglichkeiten, Staaten gegeneinander auszuspielen. Mancherorts und möglicherweise sogar im Gesamtdurchschnitt des Kontinents kann dieser Wettbewerb durchaus zu Wirtschaftswachstum führen, vielerorts aber auch zum Niedergang ganzer Industrien. Zudem dürfte die Position von Lohnabhängigen und Subsistenzbauern weiter geschwächt werden. Ein lohnendes Projekt wird das Afcfta so wohl nur für Afrikas Eliten.

>> **Christian Selz**

ANZEIGE

***Teste die beste*
linke, überregionale
Tageszeitung
Drei Wochen gratis.
Das Probeabo muss
nicht abbestellt
werden.
[www.jungewelt.de/
testen](http://www.jungewelt.de/testen)**

Der Autor ist seit 2009 als freiberuflicher Südafrika-Korrespondent für etliche regionale und überregionale deutsche Zeitungen tätig.

Seinen Beitrag entnehmen wir mit freundlicher Genehmigung der Tageszeitung junge welt vom 20.01.2021.

<https://www.jungewelt.de/artikel/394599-freihandel-deckmantel-antikolonialismus.html>

Musik als Waffe

JONAS GWANGWA VERKÖRPERTE SÜDAFRIKAS KAMPF UM EINE NATIONALKULTUR



Foto: Jürgen Schadeberg

Musik, das ist kein Nullsummenspiel mit nur einem „Besten“. Aber wenn man einen Musiker nennen möchte, dessen Leben den Kampf des südafrikanischen Volkes für eine nationale Kultur verkörpert, dann ist es der Posaunist, Komponist und Kulturaktivist Jonas Mosa Gwangwa, der am 19. Oktober 1937 in Orlando East, Johannesburg, geboren wurde und am 23. Januar 2021 im Alter von 83 Jahren in der gleichen Stadt starb.

In seinen 65 Jahren auf der Bühne trug Gwangwa mit seinem Spiel zu jedem Genre des südafrikanischen Jazz bei. In Übersee wurde er als Musiker, Produzent und Komponist gefeiert. Dennoch zog er es vor, sich zehn Jahre lang vom Mainstream-Erfolg zurückzuziehen. In dieser Zeit leitete er das Amandla Cultural Ensemble des African National Congress (ANC), um überall die Herzen für den Anti-Apartheid-Kampf zu gewinnen und eine Vision davon zu präsentieren, was eine nationale Kultur nach der Apartheid sein könnte.

Er kämpfte mit schmerzhaften Verletzungen (Unfälle zertrümmerten dreimal denselben Oberschenkelknochen), wurde von den Schergen des Regimes verfolgt, die

ihm nach dem Leben trachteten, und erlebte sowohl die Blütezeit der südafrikanischen Befreiungskultur als auch die weitaus ambivalenteren Zeiten danach. Während der ganzen Zeit pflegte er eine über ein halbes Jahrhundert andauernde Liebesbeziehung zu seiner Frau Violet und brachte seine Familie – die über den halben Globus verstreut war – unversehrt nach Hause in ein freies Südafrika. Violets Tod, nur wenige Wochen vor seinem, ließ ihn und den Rest der Familie am Boden zerstört zurück.

Der kleine Bebopper

Gwangwa begann seine Karriere in den 1950er-Jahren in der Father Huddleston Jazz Band am St. Peter's College in Johannesburg. Bei der Zuteilung der Instrumente hoffte er auf eine Klarinette, lehnte aber die angebotene Posaune aus Schüchternheit nicht ab. Musik zu hören gab es in der Familie, im Musikunterricht in der Schule und von amerikanischen Jazzern auf der Lichtspieleinwand im Odin-Kino in Sophiatown. Von Dizzy Gillespie lieh sich der Schuljunge Gwangwa sein lebenslanges Markenzeichen: eine kecke schwarze Baskenmütze. So wurde er, wie

er selbst sagte, zu „diesem kleinen Bebopper“.

Auch die Politik prägte Gwangwa. Der Bantu Education Act von 1953 bereitete dem St. Peters Collage von Father Huddleston zwei Jahre später ein Ende, jedoch nicht bevor die Band bei der Verabschiedung der Freedom Charter am 26. Juni 1955 in Kliptown gespielt hatte. Jeder, sagte er, teilte eine Perspektive – ohne dass man es überhaupt als „politisch sein“ klassifizierte, niemand trennte die Musik von der Politik.

Da die Posaune in afrikanischen Jazzbands ein rarer Sound war, fielen Gwangwas trickreiche Bebop-Sounds den etablierten Jazz-Größen ins Ohr. Seine Vision erweiterte sich mit den Jazz Epistles, deren Album „Jazz Epistles: Verse One“ das erste moderne Jazz-Album einer schwarzen südafrikanischen Band wurde. Das war die erste von mehreren Premierien. Gwangwa war Co-Komponist für das erste rein schwarze südafrikanische Bühnenmusical King Kong, reiste mit der Show nach London und begann eine lebenslange Liebesaffäre mit dem Bühnenmusikformat: „Worte, Handlung und Musik! Ich war einfach fasziniert davon, wie man all diese Teile zusammenfügt.“

Siebenmal Vorhang auf

Londoner Kontakte verhalfen Gwangwa zu einem Studienplatz an der Manhattan School of Music in New York. Dort teilte er sich eine Wohnung mit dem Trompeter Hugh Masekela, und seine karge Vergütung ging ebenso oft für Konzertkarten wie für Essen drauf, wobei er sowohl die Mainstream-Klassiker als auch den neuen „Free Jazz“ aufzog. Ebenso aktiv war er in der Politik, half bei der Organisation südafrikanischer Studierender in Amerika und konnte als erster einen kritischen Blick auf den Text werfen, den sein alter Schulfreund, der Dichter Keorapetse Kgositsile, für Miriam Makebas Anti-Apartheid-Rede vor der UNO 1963 entworfen hatte. Er arbeitete mit Makeba und Harry Belafonte zusammen, am bekanntesten war er dabei als Arrangeur, Bearbeiter und Diri-

gent für das Album „An Evening with Harry Belafonte and Miriam Makeba“, das 1965 mit einem Grammy in der Kategorie Best Folk ausgezeichnet wurde: Auch dies eine weitere Premiere. Es folgten Gastaufenthalte, Filmmusiken, mehrere Aufnahmen quer durch die Genres, musikalische Leitung und Tourneen; mit Masekelas „Union of South Africa“ und mit dem US-Trompeter Herb Alpert, als der Posaunist mit einem mitreißenden Solo bei seinem eigenen Stück Foreign Natives ganze sieben Mal wieder auf die Bühne gerufen wurde. Trotz der schmerzhaften Unterbrechung durch den rücksichtslosen Autofahrer, der ihm zuerst das Bein zertrümmerte, ging Gwangwas Jazzstern in den USA auf. Aber er hatte Loyalitäten, die größer waren als die Bühne.

Das ist eine Befreiungsbewegung!

1980 folgte Gwangwa dem Ruf des ANC-Präsidenten Oliver Tambo, die Militärlager Angolas nach jungen Talenten zu durchforsten, um das Amandla Cultural Ensemble für Agitationskampagnen zu gründen. Der Ruf war politisch zu wichtig, um ihn zu ignorieren, und die Möglichkeit, eine ganze Bühnenshow zu kreieren, erregte Gwangwa so sehr, dass er „manchmal nicht schlafen konnte“. Den größten Teil des nächsten Jahrzehnts verbrachte er zwischen Amandla (mit Proben in Angola und Welttourneen) und Botswana (mit seiner Familie und einem Beitrag zur lokalen Kulturszene mit dem Medu Arts Ensemble). In beiden Umgebungen war er ein Innovator. Botswanische Musiker sagen, er habe ihnen geholfen, ihre Professionalität aufzubauen und ihren Fokus auf einheimische Inspirationen zu verlagern. In Amandla hat er die Traditionen bewusst neu interpretiert, indem er weibliche Darstellerinnen in die Rollen traditioneller Tänze setzte, die zuvor ausschließlich Männern vorbehalten waren: Warum nicht? Das ist schließlich eine Befreiungsbewegung!

Einige zynische Analysten behaupten, dass Amandlas gewinnende musikalische Arrangements und dramatische Bühneneinlagen die Kultur des Kampfes für das Publikum in Übersee einfach etwas aufgehübscht haben, doch sie begreifen nicht das Wesentliche. Gwangwas Liebe für den Kampf war echt und tief, niemals kosmetisch – und er hätte keine unattraktive Melodie schreiben können, wenn er es versucht hätte. Gwangwa glaubte, dass politisches Theater genau die gleichen hohen ästhetischen

Standards verdiente wie jede andere Bühnenaufführung, und nach den Erinnerungen anderer Amandla-Darsteller*innen setzte er diese bei den Proben unerbittlich durch. Das Publikum reagierte überall auf diese Kombination aus Leidenschaft und Professionalität. Der Einfluss von Amandla brachte das Haus der Familie Gwangwa auf die Abschussliste der südafrikanischen Streitkräfte beim Angriff auf Botswana 1985. Es wurde zerstört (zum Glück waren die Bewohner woanders), doch die Jagd des Regimes hörte nicht auf. Die Zelte wurden abgebrochen und wieder hochgezogen, erst in London, dann in den USA. Während dieser unruhigen Zeit erzielte Gwangwa eine weitere Premiere: Eine Oscar-Nominierung (unter anderem) für seine Filmmusik zu „Cry Freedom“, die er gemeinsam mit George Fenton komponierte.

Endlich zu Hause

1991 war er endlich wieder zu Hause und erhielt einige Anerkennung: Ikhamanga-Orden für ihn und Amandla, Aufträge für verschiedene offizielle und panafrikanische Anlässe, Ehrentitel und mehr. Dennoch kämpfte er ständig damit, mit Tourneen, Auftritten und Aufnahmen Geld zu verdienen, hatte Probleme mit Plattenlabels wegen Materials, das als „politisch“ galt – und auch ein „Staatskomponist“ war nicht das, was er sein wollte. Obwohl er sich für das neue Südafrika engagierte und gerne seinen Beitrag leistete, wollte er am liebsten „mit den Jungs vor Ort sein“, wie er 2019 vom Krankenbett aus erzählte, „um etwas Bedeutsames zu machen.“ Er war traurig über die globalisierte, kommerzialisierte offizielle Sichtweise auf die Künste und darüber, dass alles, was Amandla aufzubauen versucht hatte, ins Abseits geriet. Seine Musik war immer explizit seine Waffe gewesen, und wir befinden uns immer noch in einer Ära des Kampfes.

Im Juni 2019 wurde Gwangwa von einer schweren Krankheit heimgesucht, die ihn bettlägerig werden ließ. Er kämpfte tapfer um seine Genesung und verbitterte nie. Als ich ihn für seine bald erscheinende Biografie interviewte, fragte ich ihn, worauf er am stolzesten sei. „Amandla! Weil es all die Dinge in der Musik enthielt, die mich am meisten begeisterten, und weil es mir die Möglichkeit gab, sie zusammenzubringen ... aus dem denkbar wichtigsten Grund: Es war für die Menschen.“ Hamba Kahle umkhonto – Lebe wohl, Speer!

>> Gwen Ansell

Die Autorin ist Mitarbeiterin des Gordon Institute for Business Science an der Universität Pretoria und schreibt als freie Journalistin u.a. über Jazz. Sie ist Autorin der geplanten Biografie von Jonas Gwangwa. Ihr Originalbeitrag erschien am 23. Januar 2021 in „The Conversation“. <https://theconversation.com/jonas-gwangwa-embodied-south-africas-struggle-for-a-national-culture-135633>



Kwela, Kwaito, Jazz und Rap – und eine Popsensation

SÜDAFRIKAS MUSIK ENTZIEHT SICH EINER KATEGORISIERUNG. Es gibt zahlreiche Stile, Richtungen, Einflüsse und Überraschungen: Mit 65 Jahren schaffte es eine Frau in die Pop-Charts – GeeSixFive. Sie verstarb kurze Zeit nach der Veröffentlichung ihres Song an Covid-19.

Wer eine „typisch südafrikanische Musik“ sucht, wird sie nicht finden. Die lange Geschichte des Subkontinents und seiner Kulturen, die ständigen Migrationsbewegungen, unterschiedlichen Kultur- und Glaubensrichtungen, die Isolationspolitik der Apartheid-Ära und die nachfolgende historische Entwicklung Südafrikas zur „Regenbogennation“ spiegeln sich in der Geschichte und der daraus entstandenen heutigen Musikszene wider. Vor diesem Hintergrund ist es natürlich kaum verwunderlich, dass es die typisch südafrikanische Musikrichtung nicht gibt. Bis heute vermischen sich traditionelle mit importierten, populären Musikstilen. Eine herausragende Stellung nimmt jedoch immer noch der Jazz ein.

Die Basis für diese vitale und sich ständig ändernde Musikrichtung – bis hin zum Acid Jazz –, bildete die Musik von Louis Armstrong oder Duke Ellington. Auch die weißen südafrikanischen Musiker ließen sich hauptsächlich aus Amerika und Europa inspirieren. In den 1970er-Jahren entdeckte die Arbeiterklasse Punk aus Großbritannien, wie etwa Wild Youth, für sich. Blues und Soul, in den Jahren der Apartheid insbesondere durch „Mama Afrika“ Miriam Makeba

weltweit bekannt geworden, hatte danach eine Sinnkrise zu überwinden. Denn hauptsächlich die Jugendlichen hatten ihre eigenen Probleme, sie gaben sich nicht mit Vergangenen ab und es entstand der Kwaito als ihre eigene Musikrichtung.

Heute sind neben den genannten auch Rock und Pop, Rap, Soul, Reggae, Gospel, Karoo Kitaar Blues, Boere-Musiek, Mbaqanga, House, Techno, R&B, aber auch die Klassik beliebte Musikrichtungen. Relativ einzigartig sind die Musikstile Kwela und Kwaito.

Kwela und Kwaito

Kwela ist eine in den 1950er-Jahren in den Townships, z.B. Sophiatown, entstandene Musikrichtung, die vor allem vom Jazz beeinflusst wurde. Eine der erfolgreichsten Gruppen ist Mango Groove, die in den 1980er-Jahren während der Apartheid gegründet wurde und aus Musikern unterschiedlicher Hautfarbe besteht. Mit ihrer Kombination aus Kwela, Pop, Jazz, Swing und Blues sind sie seit Jahrzehnten erfolgreich. Im südafrikanischen Jazz, der in der Underground-Bewegung als Ausdruck der schwarzen Identität seinen Ursprung hat, werden heute moderne Elemente mit Folk,

traditionellen Klängen, aber auch Klassik verbunden. Kwaito ist vorwiegend die Musik junger schwarzer Südafrikaner*innen und kombiniert Jazz, Hip-Hop und Township-Musik zu einem neuen, mitreißenden Stil.

Traditionelles Liedgut in Kombination mit Gospelklängen hat die Gruppe Ladysmith Black Mambazo zu unglaublicher Vokal-kunst vereint. Bekannt geworden sind sie durch ihre Zusammenarbeit mit Paul Simon bei seinem Album „Graceland“. Auch Johnny Clegg mit seinen Bands Juluka (bis 1984), der ersten multiethnischen Gruppe in Südafrika, und Savuka (1985–1994) sowie der früh verstorbene Reggae-Interpret Lucky Dube haben die Musik Südafrikas weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt gemacht. (Zu Ladysmith Black Mambazo und Johnny Clegg vgl. afrika süd Nr. 2, 2020.)

Einige Musiker*innen sind nach dem Ende der Apartheid aus dem Exil zurückgekehrt. Miriam Makeba (gestorben 2008), bekannt durch ihr „Pata-Pata“ und den Click-Song, war auf Drängen von Nelson Mandela wieder nach Südafrika zurückgekommen. Der nun in Kapstadt lebende Jazz-Musiker Abdullah Ibrahim, vor seiner Konvertierung zum Islam bekannt als Dollar Brand, hat

die Jazz-Szene in Kapstadt maßgeblich beeinflusst. Aus dem Exil und während seines kurzen Aufenthalts in Kapstadt in den 1970er-Jahren hat er Aufnahmen und Konzerte bekannter Jazzmusiker in Südafrika organisiert. Nach seiner Rückkehr gründete Ibrahim eine Musikakademie, die es sich zur Aufgabe macht, südafrikanische Talente zu fördern. Der 2018 verstorbene Trompeter Hugh Masekela war ein weiterer weltbekannter Jazzmusiker aus Südafrika (vgl. *afrika süd* Nr. 1, 2018).

Hauptsächlich durch afrikanische, englische und afrikanisch-amerikanische Balladen beeinflusst werden die lebhaften Folksongs der Kaapse-Klopse-Musiker. Ihre Feiern zum Neuen Jahr im Rahmen des Coon Carnival in den Winelands rund um Kapstadt werden von Einheimischen und Touristen gleichermaßen genossen, wenn sie in Kostümen in farbenprächtigen Paraden durch Stadien ziehen.

Es sind immer wieder herausragende Persönlichkeiten, die auf die quicklebendige südafrikanische Musikszene aufmerksam machen. Im letzten Jahr eroberte eine ungewöhnliche Musikerin die Charts und erhielt auch internationale Aufmerksamkeit. Eine Erfolgsgeschichte, die aber leider tragisch endete.

Die Popsensation GeeSixFive

Sie war bereits 65 Jahre alt, als sie zur südafrikanischen Popsensation wurde. Nkosinophile Olpha Selepe hatte sich zum Entsetzen ihrer Familie in den Kopf gesetzt, ihren eigenen Popsong zu veröffentlichen. Olphas Geschwister drängten sie, die Idee fallen zu lassen. Es wäre peinlich für die ganze Familie. Doch Selepe ließ sich nicht beirren. Der Song war bereits ein viraler Hit, als die Familie davon erfuhr. Unter ihrem Künstlernamen GeeSixFive wurde Selepe im ganzen Land schnell berühmt. Der Song „Obani Lababantu“ wurde überall in den sozialen Medien geteilt, er erreichte in kürzester Zeit die Spitze der südafrikanischen iTunes-Charts und die Menschen im ganzen Land hielten sie für ein Beispiel dafür, dass es nie zu spät ist, seine Träume zu verwirklichen. Doch am 7. Dezember 2020, nur wenige Wochen nach

der Veröffentlichung des Songs, wurde Selepe positiv auf Covid-19 getestet. Zwei Tage später, während sie sich mit ihrer Familie in Durban selbst isolierte, starb sie. „Meine geliebte Tante MumNcane, die viele von Ihnen als GeeSixFive kennen, ist nicht mehr unter uns. Sie zeigte ihr ganzes Leben lang Führungsqualitäten, war ein Inbegriff von Furchtlosigkeit und inspirierte viele mit ihrem Song Obani Lababantu“, teilte ihre Nichte Sbu Mpungose am 9. Dezember auf Twitter mit.

Seit ihrem Tod wird Olpha Selepe als „Heldin“ und Vorbild verehrt. Als Kind erkrankte sie an Kinderlähmung. Während der Apartheid war die Prophylaxe gegen Kinderlähmung für Schwarze nicht erlaubt. Aufgrund der Erkrankung konnte sie zeitlebens nur einen Arm benutzen. Als sie in Eshowe in der Provinz KwaZulu-Natal (KZN) aufwuchs, sagte ihre Mutter ihr, dass sie immer darauf achten müsse, exzellente akademische Leistungen zu erbringen, da sie nicht in der Lage sein würde, wegen ihrer Behinderung manuelle Arbeiten zu verrichten. Sie folgte dem Rat ihrer Mutter, lernte fleißig und wurde Grundschullehrerin in Township Madadeni bei Newcastle in KwaZulu-Natal. Später wurde sie zur leitenden Schuldirektorin befördert.

Ihre Nichte Sbu Mpungose erzählte während eines Fernsehinterviews, dass Selepe „immer sehr streng, aber fair“ war und dass sie gerne außergewöhnliche und elegante

Kleidung trug. „Sie trug immer zweiteilige Anzüge. Sie war stets akkurat und passend gekleidet, sie liebte es wirklich, gut auszusehen. Aber mehr als alles andere wollte sie, dass die Dinge korrekt und richtig gemacht werden. Sie war immer eine sehr mutige Person.“ Auch ihre einfache „Township-Hütte“ wurde akribisch zu einem Haus aus Ziegeln und Mörtel ausgebaut, das „immer wirklich gepflegt“ war, wie Mpungose sagte. In der Schule und zu Hause führte ihre Tante ein strenges Regiment, doch die Musik war Ort der Entspannung und Selbstverwirklichung. Als Katholikin sang sie viele Jahre lang im Kirchenchor. Außerdem veröffentlichte sie ein Album mit Kinderliedern.

„Sie war immer diejenige, die in der Kirche aufstand und den Chor dirigierte“, sagt Mpungose und lacht. „Sie war immer die Leadsängerin oder diejenige, die ein Lied intonierte. Führen und Leiten war wirklich ihr Ding ... und das hat sich nie geändert.“

Von 2002 bis 2005 verbrachte Selepe drei Jahre in Großbritannien und unterrichtete dort an einer Grundschule in East London. Aber nachdem sie nach Südafrika zurückgekehrt war, erlebte sie eine familiäre Tragödie: Ihre Tochter, eines ihrer vier Kinder, starb an den Folgen von HIV. „Danach sah ich, wie sie weicher wurde“, sagt Mpungose.

Am 28. März 2018 erreichte Selepe endlich ein weiteres lang gehegtes Ziel: Sie schloss ihr Studium mit dem Master of Education ab. Sie war zu diesem Zeitpunkt 63





Olpha Selepe feiert mit ihrer Nichte Sbu Mpungose den Dokortitel. Foto: Sbu Mpungose

Screenshots S. 40/41:
<https://youtu.be/T5spKlpaBDg>

Jahre alt. Kurz darauf bewarb sie sich für einen PhD (Dissertationsstudium) in Pädagogik. Während ihres PhD-Bewerbungsgesprächs fragte das Gremium sie: „Wenn die Leute über Frau Selepe sprechen, woran sollen sie dann denken?“ Sie antwortete – ohne lange Worte zu machen: „Musik.“ Selepe wurde für den PhD angenommen – aber die Musik ging ihr nicht aus dem Kopf.

Ab Februar 2020 wurde die Welt durch die Coronavirus-Pandemie fast zum Stillstand gebracht. Überall auf der Welt begannen die Menschen, neue Wege für ihre Kreativität zu finden und sich mit neuen Hobbys zu beschäftigen. Wie Millionen andere saß auch Selepe während des Lockdowns zu Hause fest und hatte plötzlich viel freie Zeit.

Und genau die war jetzt gekommen, entschied sie. Sie erzählte ihren Kindern und Geschwistern, dass sie jetzt ihre eigene Single aufnehmen und veröffentlichen wollte. Diese waren gekränkt. Zum einen war Popmusik etwas für junge Leute, nicht für 65-jährige Schuldirektorinnen. Was, wenn sich die Leute über sie lustig machten?

Aber die Schuldirektorin gab nicht auf. „Ich werde diesen Traum von mir verfolgen, und es ist egal, was ihr denkt“, erinnert sich Mpungose. „Sie hat es hinter dem Rücken aller getan, weil sie es wirklich tun und sich nicht entmutigen lassen wollte. Sie ließ sich nicht beirren und sagte: ‚Wenn ihr ihn nicht mögt, tut es mir wirklich leid... aber ich glaube, die Südafrikaner werden diesen Song lieben.‘“

Nkosingiphile Olpha Selepe gab sich den Künstlernamen GeeSixFive (G65) – eine Anspielung auf „Gogo“, was Großmutter bedeutet, und ihr Alter. In einem von ihr auf YouTube veröffentlichten Musikvideo, in dem sie in einem ihrer seriösen zweiteiligen Anzüge auftrat, tanzt sie zu einem Amapiano-Beat und singt „Obani Lababantu“ – „Wer sind diese Leute?“ Ein schlichter Text, eine eingängige Melodie. Amapiano ist eine Art von House-Musik, die in den frühen 2010er-Jahren in den südafrikanischen Townships entstanden ist.

Ihre Familie war schockiert, aber Selepe sollte Recht behalten. Die Menschen liebten den Song. Sie verstanden die Botschaft: „Wer sind diese Leute, dass sie sich über einen lustig machen? Lasst euch von den Leuten

nicht davon abhalten, eure Träume zu verwirklichen“, wie Selepe in einer Fernsehsendung aufklärte. Plötzlich waren das Lied und Selepe überall zu sehen. Die sozialen Netzwerke waren voll. Menschen in ganz Südafrika sprachen über sie, und während einige anfangs verwirrt waren, wich dies schnell der Bewunderung. Ihre ehemaligen Schüler twitterten „das ist Mrs. Selepe!“, wann immer sie das Lied gepostet sahen, und ihre zweiteiligen Anzüge wurden zur Ikone. In fast allen südafrikanischen Zeitungen wurde über sie geschrieben, und sie wurde zu Fernsehauftritten eingeladen.

„Keine nackten Mädchen, keine Geldscheine, mit denen herumgefuchelt wird, keine Luxus Schlitten, keine Joints, keine Fäkalsprache, niemand in dem Video gibt mit irgendetwas an und macht auf dicke Hose“, schrieb ein Fan. Ein anderer kommentierte: „Moral der Geschichte: Es ist nie zu spät.“

Obwohl Selepe so einen Ruhm noch nie erlebt hatte, nahm sie alles gelassen. Das machte sie natürlich nur noch beliebter. Und es dauerte nicht lange, bis alle in der Familie ihre Meinung änderten – sie liebten das Lied nun auch. Trotz ihrer neu gewonnenen Popularität hatte Selepe nie geplant, einen zweiten Song zu veröffentlichen. „Ich habe bereits getan, wovon ich träumte“, sagte sie. „Jetzt mache ich Platz für andere.“

Bedauerlicherweise konnte sie ihren Ruhm nur für kurze Zeit genießen, denn wenige Wochen später wurde Selepe positiv auf Covid-19 getestet. Sie verstarb innerhalb weniger Tage.

„Du hast eine wichtige, eindringliche Botschaft hinterlassen, Gogo“, kommentierte ein Fan ihr Musikvideo. „Tu‘, was du tun willst, solange du noch Zeit hast, und vergiss, was andere über deine Träume sagen werden.“ Zeitungskommentar*innen zollten Selepe ebenfalls Tribut. Einer lobte sie dafür, dass sie sich „einen Dreck scherte“. Am 14. Dezember 2020 wurde Selepe beerdigt. Eine große Zeremonie, die sie sich immer gewünscht hatte, verwehrten ihr die Corona-Beschränkungen. Doch zu ihren Song werden die Leute noch lange tanzen.

>> Jürgen Langen

Video GeeSixFive: <https://youtu.be/T5spKlpaBDg>

THE FREEDOM CHARTER

PREAMBLE: SOUTH AFRICA BELONGS TO ALL WHO LIVE IN IT, BLACK AND WHITE AND NO GOVERNMENT CAN JUSTLY CLAIM AUTHORITY UNLESS IT IS BASED ON THE WILL OF THE PEOPLE.

1. THE PEOPLE SHALL GOVERN!
2. ALL NATIONAL GROUPS SHALL HAVE EQUAL RIGHTS!
3. THE PEOPLE SHALL SHARE IN THE COUNTRY'S WEALTH!
4. THE LAND SHALL BE SHARED AMONG THOSE WHO WORK IT!
5. ALL SHALL BE EQUAL BEFORE THE LAW!
6. ALL SHALL ENJOY EQUAL HUMAN RIGHTS!
7. THERE SHALL BE WORK AND SECURITY!
8. THE DOORS OF LEARNING AND CULTURE SHALL BE OPENED!
9. THERE SHALL BE HOUSES, SECURITY AND COMFORT!
10. THERE SHALL BE PEACE AND FRIENDSHIP!

Wie hältst du es mit der Freiheitscharta?

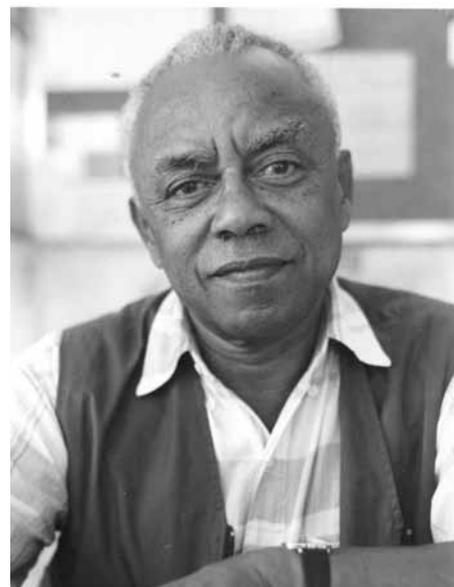
SOLIDARITÄT MIT DER BEFREIUNGSBEWEGUNG ZWISCHEN BEKENNERTUM UND KRITISCHER SOLIDARITÄT. Ein Rückblick auf die nicht immer reibungslosen Zusammenarbeit der issa mit dem damaligen ANC-Vertreter und der Anti-Apartheid-Bewegung.

„Issa, you are strongly anti-ANC!“ Starker Tobak, der da aus dem Munde des ANC-Vertreters in der Bundesrepublik, Tony Seedat, zu hören war, geäußert in einem Telefonat mit der damaligen Vorsitzenden der „informationsstelle südliches afrika“ (issa), Christa Brandt. Das war 1988, auf dem Höhepunkt der Anti-Apartheid-Kämpfe in einem Südafrika im Ausnahmezustand und der Auseinandersetzungen innerhalb der Redaktion des von der issa und der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) gemeinsam herausgegebenen Zeitschrift Informationsdienst Südliches Afrika. Tony Seedat war von 1981 bis 1989 Repräsentant des ANC in der Bundesrepublik, bevor er ins Hauptquartier des ANC in Lusaka (Sambia) geschickt wurde und dort neue Aufgaben übernahm. So gut seine Beziehungen zur AAB waren, die als „Ein-Punkt-Bewegung“ mit dem erklärten Ziel der Abschaffung der Apartheid den ANC als einzigen legitimen Vertreter der südafrikanischen Befreiungsbewegung ansah, so schwer tat er sich mit der Haltung einer issa, die immer auch das ganze Widerstandsspektrum des Befreiungskampfes im Blickfeld hatte, ohne die führende Rolle des ANC infrage zu stellen.

Das gestörte Verhältnis zum ANC-Vertreter

Am 11. Juli 1988 suchten Christa Brandt und der damalige issa-Geschäftsführer Hein Möllers ein klärendes Gespräch mit Tony Seedat in seinem Bonner Büro. Es war kein Dialog, wie den Aufzeichnungen von Christa Brandt zu dem Gespräch zu entnehmen ist (Gespräch mit Tony Seedat am 11.7.1988 im ANC-Büro, issa-Archiv). Tony wiederholte seinen Vorwurf, dass in der Geschäftsstelle der issa ANC-feindliche Kräfte am Wirken seien: Immer dann, wenn der ANC in der Zeitschrift erwähnt werde, würde auch anderen Organisationen breiter Raum eingeräumt, vor allem einem gewissen Neville Alexander – damals für den „stalinistischen“ Kern innerhalb des ANC, der zu dem Zeitpunkt sehr moskautreuen Kommunistischen Partei (South African Communist Party, SACP), der Inbegriff eines „trozkistischen Konterrevolutionärs“. Die Atmosphäre zwischen der issa und dem ANC-Vertreter war vergiftet, wozu auch der unbedachte Eingriff der Infodienst-Redaktion in einen Beitrag von Aziza Seedat, der Frau von Tony, über die Frauenbewegung Südafrikas beigetragen hatte. Die redaktionelle Einfügung einer Frauen-

bewegung, die der Black-Consciousness-Bewegung angehörte, mag inhaltlich sinnvoll gewesen sein, weil Aziza Seedat sich nur auf die mit dem ANC verbundene Föderation südafrikanischer Frauen (FSAW) bezog, politisch war sie aber unbedacht und leistete dem Ärger des ANC-Vertreters Vorschub. Das



Rotes Tuch für ANC und AAB: Neville Alexander in der 1980er-Jahren.



Vertrauen zur issa war für ihn aufgebraucht. Für ihn gesellte sich die issa mit ihrer Haltung zu den gesellschaftlich relevanten Gruppen wie SPD und Grüne, Gewerkschaften, Kirchen und Parteistiftungen, die seiner Meinung nach allesamt nach Alternativen zum ANC suchten, um diesen zu zwingen, von seiner Linie abzuweichen oder bestimmte Kräfte (wie Inkatha) zu integrieren, die dem ANC später das Leben schwer machen würden. Das waren schwere Geschütze des ANC-Vertreters, der es in einer von unterschwellig antikommunistischer Stimmung beherrschten Bundesrepublik nicht leicht hatte, den ANC gegenüber dem konservativen Bonner Regierungslager als ernst zu nehmenden Partner anzubieten.

Die Fronten gegenüber der Regierung Kohl und der zu dieser Zeit Inkatha-freundlichen Konrad-Adenauer-Stiftung waren zumindest eindeutig. Wie aber umgehen mit kritischen Strömungen innerhalb der Solidaritätsbewegung, die den ANC zwar als wichtigste, aber nicht als einzige Organisation der Befreiungsbewegung betrachteten, ganz zu schweigen von Gruppen wie dem Arbeitskreis Afrika (AKAFRIK) Münster, die sich in ihren Soli-Aktionen ausschließlich auf Organisationen der Black-Consciousness-Bewegung und vor allem dem ANC-Konkurrenten Pan Africanist Congress (PAC) bezogen?

Eine konfliktbeladene Kooperation: AAB und issa

„Quite honestly, I don't read your magazine“, gab Tony Seedat in dem erwähnten Gespräch mit der issa zu, aber von Zeit zu Zeit werde er auf bestimmte Artikel auf-

merksam gemacht – aus Kreisen einer dem ANC treu verbundenen AAB, die in einem regelmäßigen Austausch mit der ANC-Vertretung stand. Nach der Gründung der AAB waren issa und AAB eine Redaktionspartnerschaft für den bereits 1972 gegründeten Informationsdienst Südliches Afrika eingegangen, eine Partnerschaft, die sich von Beginn an, vor allem aber ab Mitte der 1980er-Jahre bis zum Ende der Apartheid 1994 als schwierige und oftmals konfliktbeladene „Ehe“ erwies.

Immer wieder rang die Redaktion um eine Balance zwischen zwei bisweilen schwer zu vereinbarenden Bedürfnissen: hier die Erwartungen der AAB, nicht nur über ihre vielfältigen Protestaktionen und Mahnwachen gegen die Apartheid zu berichten, sondern auch ANC und Swapo (South-West Africa People's Organisation) als jeweils „einzige legitime Vertreter des südafrikanischen bzw. namibischen Volkes“ gebührend zu huldigen, und dort der Anspruch der issa, als Teil der Gegenöffentlichkeit kritische und detaillierte Informationen über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen im südlichen Afrika bereitzustellen und dabei auch für ein möglichst großes Spektrum von Gruppen und Einzelpersonen innerhalb der Solidaritätsbewegung ein Sprachrohr zu sein. Einig war man sich in dem Ziel der Aufdeckung und Bekämpfung der wirtschaftlichen, militärischen und nuklearen Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit dem Apartheid-Regime. Doch mit Blick auf die Befreiungskämpfe insbesondere in Südafrika, Namibia und Simbabwe bedeutete die Parteinahme für die Befreiungsbewegungen für die issa bewusst keine Parteilichkeit für bestimmte Organisationen, wie es bei der AAB der Fall war.

„Kritische Solidarität“ ist ein anspruchsvoller, ehrenhafter Begriff, dessen konkrete Umsetzung aber immer wieder auf den politischen Prüfstand kam: Insofern war die Fra-

ge, ob der Abdruck von Beiträgen von Splittergruppen der Befreiungsbewegung dem Aufklärungs- und Bildungsanspruch diente oder aber denen Futter lieferte, die an einer Aufsplitterung der Bewegung interessiert waren, stets virulent. Ein Sachverhalt, der auch innerhalb des issa-Vorstands kontrovers betrachtet wurde. Bereits im ersten Jahr der gemeinsamen Herausgeberschaft mit der AAB 1976 erschien in der Zeitschrift ein Beitrag von Tennyson X. Makiwane, der nach seinem Ausschluss aus dem ANC im Oktober 1975 Generalsekretär der Dissidentengruppe ANC-AN (African Nationalists) geworden war. Kritisiert wurde, dass der als Leitartikel abgedruckte Beitrag den „Eindruck erwecken musste, als identifizierten sich die Herausgeber des Info-Dienstes mit dieser Gruppe, ihrem politischen Anspruch und ihrer Kritik am ANC“ (Issa-Geschäftsbericht 1976/77). Dazu stellte der issa-Vorstand klar, „dass der ANC eine entscheidende Rolle im Kampf gegen Apartheid spielt und bei der Neugestaltung des befreiten Südafrika spielen wird“ (ebd.) Es sei nicht Aufgabe der issa, „Gruppierungen zu propagieren, die – objektiv – von den politischen Kräften, die an einer Spaltung und Aufsplitterung der südafrikanischen Befreiungsbewegung interessiert sind, benutzt werden können“.

Doch schon der darauf folgende Satz zeigte den schmalen Grat auf zwischen politischer Rücksichtnahme auf den ANC als Hauptakteur des Befreiungskampfes und der Unabhängigkeit solidarischer Berichterstattung: „Die issa will eine Informationspolitik betreiben, die die (wohl immer stärker zutage tretenden) inneren Widersprüche, die Diskussion über Strategie und Taktik des Befreiungskampfes im Südlichen Afrika nicht negiert, sondern dokumentiert, analysiert und diskutiert.“ (ebd.)

Dissidenten wie Makiwane, der in seinem Londoner Exil einer afrikanistischen Strömung innerhalb des ANC angehörte, die sich gegen den wachsenden Einfluss der moskautreuen SACP wehrte und aus der heraus bereits 1959 der Pan Africanist Con-



ANC-Vertreter Tony Seedat (links) auf der Bonner Großdemo gegen Apartheid 1985.

gress entstanden war, wurden vom ANC als „antikommunistisch“, „anti-ANC“, „sektierisch“ und als „Agenten des Imperialismus“ gebrandmarkt. Dass Makiwane später, im Jahr 1980, als „Kollaborateur“ im Auftrag des ANC in Umtata, der Hauptstadt des früheren „Homelands“ Transkei, „exekutiert“ wurde, weil er sich nach seiner Rückkehr aus dem Exil der „Homeland“-Regierung der Transkei unter Kaiser Matanzima als diplomatischer Berater angedient hatte, gehört zur Tragik eines Befreiungskampfes, der mit einem zunehmend brutaler vorgehenden Repressionsapparat der Apartheid fertigwerden musste, eine Tragik, die später von der Wahrheits- und Versöhnungskommission, der Truth and Reconciliation Commission (TRC), zumindest in Ansätzen aufgearbeitet wurde. (Vgl. dazu u.a. Trewhela, Paul: The murder of Tennyson Makiwane, in: politicsweb, 29.9.2008, unter: <https://bit.ly/2PsEqqS>)

Vieles von dem, was hinter den Kulissen des realen Befreiungskampfes geschah, blieb der Solidaritätsbewegung hierzulande naturgemäß verborgen. Unsere Berichterstattung war auf Informationen der unterstützten und befreundeten Organisationen im Exil angewiesen, konnte sich im Falle Südafrikas aber auch aus Medienberichten einer trotz Apartheid unabhängigen Presse wie der 1985 gegründeten Wochenzeitung *Weekly Mail* bedienen. Insofern rückten die Ereignisse des letzten Jahrzehnts der Apartheid mit der Verhängung der Ausnahmezustands 1985, mit dem das Apartheid-Regime auf den wachsenden Widerstand in den Townships reagierte, näher an die Aufmerksamkeit der Soli-Bewegung. Mit der Gründung des National Forum (NF) und kurze Zeit später der United Democratic Front (UDF) gab es 1983 Dachorganisationen zivilgesellschaftlicher Gruppen in Südafrika, die sich entweder, wie die UDF, überwiegend an der Freiheitscharta des ANC orientierten oder aber, wie das NF, ein Sammelbecken von Black-Consciousness-Organisationen und unabhängigen sozialistischen Strömungen waren.

Dass im Informationsdienst Südliches Afrika neben dem ungleich größeren UDF-Bündnis auch über das National Forum berichtet wurde, schmeckte einigen AAB-Mitgliedern gar nicht. Manche schienen geradezu mit dem Zentimetermaß genau ausmessen zu wollen, wie viel Platz den Organisationen jeweils gewidmet wurde. Dahinter schien sich eine paranoide Angst vor der Ausstrahlungskraft eines Neville Alexander zu verbergen, der führenden Persönlichkeit hinter dem National Forum, der sich damals für eine Einheitsfront des gesamten Widerstands über das Lager der Anhänger der Freiheitscharta, den sogenannten Charteristen, hinaus stark machte. Alexander, der sich als Stipendiat der Humboldt-Stiftung in den 1950er-Jahren auch mit der deutschen Geschichte vertraut gemacht hatte, stand politisch in der Tradition sozialistischer und trotzkistischer Strömungen im Western Cape, der Westkap-Provinz Südafrikas.

Ich habe in meiner langen issa-Laufbahn selten einen so warmherzigen und zugleich in äußerst komplexen Zusammenhängen klar denkenden Intellektuellen getroffen wie Neville Alexander. Es war für Hein Möllers und mich keine Frage, dass wir seinen Deutschland-Besuch 1984/85 nutzen, um ein ausführliches Interview mit ihm zu machen. Es erschien in der März/April-Ausgabe des Info-Dienstes mit dem Schwerpunkt „Perspektiven des Widerstands in Südafrika“. Was dann folgte, war eine Grotteske, die absurder kaum sein konnte: Die Ausgabe kam gerade frisch vom Drucker, pünktlich zur AAB-Mitgliederversammlung 1985. Vor den versammelten Mitgliedern wurde das Cover des Widerstandsheftes hochgehalten und Empörung darüber ausgedrückt, wie die issa es denn wagen könnte, den Namen Neville Alexander in gleicher Schriftgröße wie die Namen der UDF-Vertreter Patrick Lekota und Allan Boesak und die Zeile „ANC: Das Jahr des Kadern“ auf die Titelseite zu setzen.

Diese Ausgabe löste heftige Kontroversen aus. Einige gratulierten, dass wir endlich mit einem Tabu gebrochen hätten, das die west-

deutsche Solidaritätsbewegung bisher weit- hin geprägt habe: die Aufrechterhaltung der Fiktion, dass die schwarze Widerstandsbewegung eine Einheit darstelle und nicht zum ANC oder der UDF Gehörende „Spalter“ oder „Verräter“ seien. Auch Klaus Linsenmeier von *medico international* sah eine „befreiende Kontroverse“, die die Solidarität mit der Befreiungsbewegung eher gestärkt als geschwächt habe. Aus dem AAB-Lager kam dagegen erneut der Vorwurf, man habe das „National Forum features“ wollen, indem es mit der UDF gleichgestellt worden sei.

Überidentifikation leistete Sektierertum Vorschub

Im Grunde genommen spaltete die Frage „Wie halte ich es mit der Freiheitscharta?“ die westdeutsche Südafrika-Solidaritätsbewegung – eine Spaltung, die sich trotz groß propagierter „breiter Anti-Apartheid-Bündnisse“ bei den Großdemos in Bonn 1985 und 1986 nie wirklich auflöste. Sie spiegelte auch die Spaltung eines Teils der Linken in das Lager der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) mit ihrer Nähe zur DDR einerseits und verschiedener maoistischer K-Gruppen andererseits wider, die sich im Organisationskomitee des BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) wiederfanden. Zu Letzteren gehörte auch die Gruppe um den „Arbeitskreis Afrika“ Münster. Je mehr die AAB auf dem Alleinvertretungsanspruch von ANC und Swapo beharrte, desto hartnäckiger verstand sich AKAFRIK Münster als westdeutsches Sprachrohr für den PAC und den Swapo-Konkurrenten Swanu (South-West African National Union). In beiden Fällen führte die Überidentifikation mit der jeweils erwähnten Befreiungsorganisation, wenn nicht zu einer Funktionalisierung für die eigenen Interessen, so doch zumindest zu einer Ignoranz gegenüber dem Adressaten der Solidarität der konkurrierenden Soli-Gruppe. (Vgl. dazu Reinhart Kößler, Henning Melber: Faszination der Vielfalt und ihre politischen Folgen. Zum Umgang der Solidaritätsgruppen

mit Befreiungsbewegungen, in: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 2, März 1986.)

Die AAB rühmte sich damals, mit dem breiten Bündnis „Aktionskomitee gegen Apartheid“ mehrere tausend Menschen zu der Demo „Freiheit für Südafrika und Namibia! Boykottiert Apartheid!“ am 29. November 1986 nach Bonn mobilisiert zu haben. Die Liste der Unterzeichner*innen des Aufrufs liest sich beeindruckend. Doch die Chuzpe, den BUKO, in dem sich damals viele linke Gruppen außerhalb des SPD- und DKP-nahen Spektrums vereinten, in das Bündnis einzuladen, gleichzeitig aber darauf zu beharren, die „international anerkannte Führung von ANC und Swapo“ im Aufruf explizit zu nennen, den ebenfalls als Befreiungsbewegung anerkannten PAC aber außen vor zu lassen, ließ dem BUKO keine Wahl, als sich vom Aufruf zu distanzieren. Die Chance war vertan, auch diejenigen Soli-Gruppen in das Bündnis gegen Apartheid zu integrieren, die mit dem Bekenntnis zur Freiheitscharta des ANC ihre Bauchschmerzen hatten. Diese Gruppen haben dann ihren eigenen Boykott-Aufruf verfasst und nicht für die Demonstration am 29.11. mobilisiert.

Sich von solchem Sektierertum fernzuhalten und sich von beiden Lagern nicht vereinnahmen zu lassen, dabei ein eigenes, unabhängiges Solidaritätsprofil zu pflegen, war für die issa nicht immer leicht. Als die Grünen im Bundestag im September 1985 ein Hearing über die Beziehungen der Bundesrepublik zu Namibia und den Perspektiven der Unabhängigkeit veranstalteten, gehörte die issa zur Vorbereitungsgruppe. Im Vorfeld des Hearings lud AKAFRIK Münster, auf offiziellem Briefkopf der Grünen, Vekuii Riruako als Redner ein und präsentierte ihn als einen sich gerade in der BRD aufhaltenden Anwalt. Tatsächlich war er aber auch Generalsekretär der Swanu. Das wollte die Swapo nicht dulden. Riruako wurde wieder eingeladen und akzeptierte, dass kein Swanu-Vertreter auf dem Hearing auftreten würde. In der Vorbereitungsgruppe herrschte Erleichterung.

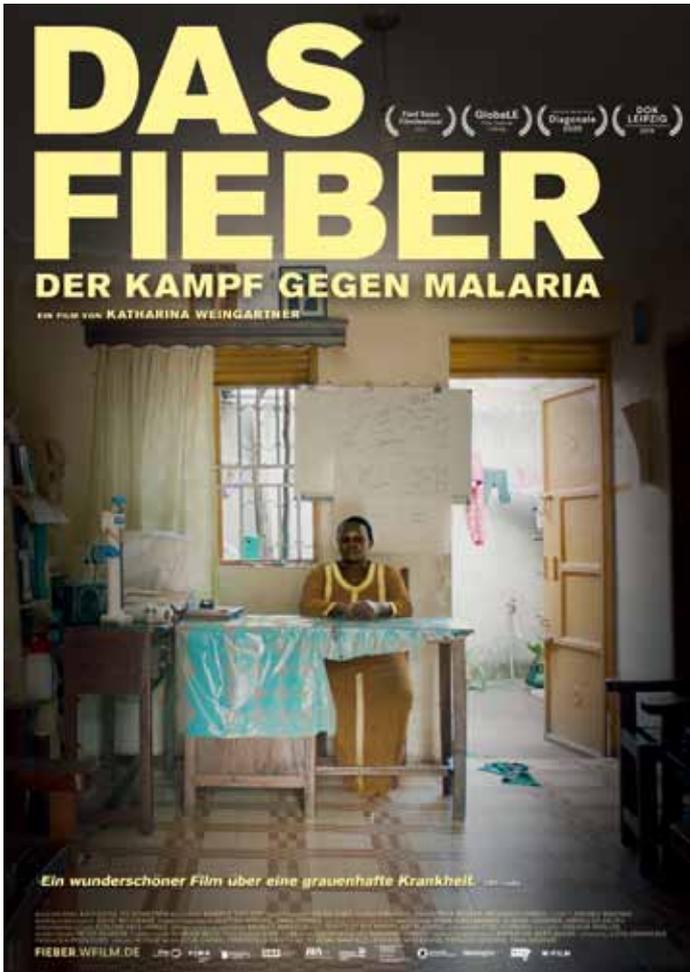
Doch kaum war die Kuh vom Eis, tauchte ein neues Problem auf: Neville Alexander, der gerade auf Deutschland-Besuch war, hatte sich für das Hearing als Teilnehmer angemeldet. Als Tony Seedat davon erfuhr, drohte er, die ganze Veranstaltung platzen zu lassen. Die undankbare Rolle, Neville von einem Besuch der Veranstaltung abzuraten, blieb dem frustrierten issa-Geschäftsführer überlassen. Neville Alexander aber zeigte Verständnis, weil er dem Hearing keinen Stein in den Weg legen wollte.

Auf der Bonner Großdemonstration gegen Apartheid, die im September 1985 im Anschluss an das Namibia-Hearing stattfand, hatte es die AAB unwissentlich mit einem ganz anderen Gegner zu tun: Statt die Vertreterinnen einer Black-Consciousness-Frauenbewegung, die auf Rundreise in Deutschland waren, auf der Demo reden zu lassen, lud die AAB einen jugendlichen Gastredner aus Südafrika ein und handelte sich dabei ungewollt einen Spion des Apartheid-Regimes ein. Es gehörte zu den Strategien Pretorias in den 1980er-Jahren, junge Personen in den ANC zu infiltrieren. Ausgerechnet Pastor Beyers Naude, der renommierte Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, arrangierte damals das Flugticket für Robert Dube, der bereits 1982, als er noch auf der Highschool war, von Sicherheitsagenten des Regimes für ein geringes Taschengeld als Informant angeheuert worden war und nach eigenen Aussagen, die er später machte, für Lieutenant Willem Coetzee, einen Sicherheitsagenten der südafrikanischen Polizei, Berichte anfertigte. Mit der Kopie einer Rede des damaligen ANC-Präsidenten Oliver Tambo und etlichen Anti-Apartheid-Dokumenten ist Dube nach Südafrika zurückgekehrt und verfasste für Coetzee einen 184 Seiten umfassenden Bericht von seiner Reise. (Vgl. Rule, Sheila: Anti-Apartheid infiltrators detail their recruitment in South Africa, in: New York Times, 6.5.1987)

Gewalt ruft naturgemäß Gegengewalt hervor, wenn friedliche Mittel versagen. Insofern waren die Anschläge von Umkhonto we Sizwe, des bewaffneten Arms des ANC, eine logische Konsequenz des Befreiungskampfes. Die „Militarisierung“ der Befreiungsbewegung (wenn auch nie auf gleicher Stufe wie der schwer bewaffnete Gegner, das Apartheid-Regime) ließ erahnen, dass es mit innerparteilicher Demokratie in den einzelnen Widerstandsorganisationen nicht weit her sein konnte. Von Folter an eigenen Dissidenten, wie insbesondere im Falle der Swapo in ihren Lagern, ganz zu schweigen. Während die AAB um solch unbequeme Themen einen weiten Bogen machte und sich schließlich auflöste, als die „Mission“ Kampf gegen Apartheid mit den ersten demokratischen Wahlen in Südafrika im April 1994 erfüllt war, sah sich die issa zunehmend damit konfrontiert, Antworten auf die Fragen zu finden, wie „Befreiungsbewegungen an der Macht“ nach der Unabhängigkeit mit den auf sie projizierten Hoffnungen auf eine demokratische Entwicklung umgehen. Aber das ist ein anderes Kapitel...

>> Lothar Berger

Der Beitrag erschien zuerst in: Andreas Bohne, Bernd Hüttner, Anja Schade (Hrsg.), Apartheid No! Facetten von Solidarität in der DDR und der BRD Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, November 2019



FILMHINWEIS

„DAS FIEBER – DER KAMPF GEGEN MALARIA“

Österreich, Deutschland, Schweiz 2019 / Dokumentarfilm / 99 Minuten / Regie: Katharina Weingartner / ab 6 Jahren freigegeben

Plädoyer für Selbstbestimmung und Pflanzenheilkunde in Ostafrika

Covid-19 legt die Welt still, aber dabei dürfen wir andere Infektionskrankheiten nicht vergessen! Malaria hat südlich der Sahara bereits mehr Menschen getötet als alle Krankheiten und Kriege dieser Erde zusammen: Ein totes Kind pro Minute lautet die grausame Formel. Als Folge des Lockdowns und der dadurch verschlechterten Gesundheitsversorgung wird der Malaria-Parasit dieses Jahr in Afrika sogar geschätzte eine Million Menschen töten – doppelt so viele wie sonst Jahr für Jahr! Black Lives Don't Matter?

Aber was wäre, wenn eine Heilpflanze den ältesten Parasiten der Menschheit besänftigen könnte? Eine bezahlbare Medizin, die jede*r selbst im Garten ziehen kann. In Ostafrika setzen die Heilpraktikerin Rehema Namyalo, der Biologe Richard Mukabana und der Pharmakologe Patrick Ogwang auf *Artemisia annua* (Einjähriger Beifuß): Deren isolierter Wirkstoff Artemisinin wird längst von der globalen Pharmaindustrie in teuren Malaria-Präparaten erfolgreich eingesetzt. Doch die Forscher*innen stoßen bei ihrer Suche nach lokalen, billigen Lösungen auf heftige Widerstände der Pharmakonzerne und große Skepsis der eigenen Regierungen. Nicht einmal die WHO will ihr Engagement unterstützen. Geht es hier tatsächlich noch um Entwicklungszusammenarbeit oder um koloniale Unterwerfung und Profitgier?

„Das Fieber – Der Kampf gegen Malaria“ rüttelt auf: Wir, die wir erstmals am eigenen Leib den Schrecken einer Pandemie erfahren, werden an jene erinnert, die schon ewig mit einer tödlichen Krankheit ringen.

Der Dokumentarfilm verweigert den immergleichen Blick auf afrikanisches ‚Leid‘ und begleitet Protagonist*innen, die auf Selbstbestimmung insistieren. Ihre Arbeit mit der Heilpflanze *Artemisia annua* könnte vielleicht unzählige Menschenleben retten – vor Malaria und vor anderen Pandemien.

Zum Weltmaliariatag ab 25. April 2021 im W-film Online-Kino mit solidarischer Kino-Beteiligung. Sobald der Lockdown endet, auch bundesweit in den Kinos!

Interesse an einer Filmvorführung?

Die Vorführlizenz für Veranstaltungen im Kino, eigenen Räumlichkeiten oder Online können direkt erworben werden unter dem Kontakt: mail@wfilm.de, Tel. 0221-2221980

IMPRESSUM

afrika süd

März/April 2021
50. Jahrgang, Nr. 2
www.afrika-sued.org
ISSN 0947-8353

Verlag und Redaktionsanschrift:

issa, Königswinterer Straße 116, 53227 Bonn
Tel.: 02 28/46 43 69; Fax: 0228/46 81 77
info@issa-bonn.org, www.issa-bonn.org

Bezugsbedingungen:

Einzelheft € 7,- zzgl. Porto;
Jahresabo In- und Ausland € 40,-;
Studierende € 30,-,
Institutionen und Förderer € 60,-;
Luftpostzuschlag € 8,-

Konten (issa):

Sparkasse KölnBonn
IBAN: DE37 3705 0198 0119 0002 22
BIC: COLSDE33XXX

Titelbild: ReconAfrica-Explorationsgelände bei Kawe, Namibia. Foto: John Grobler

Herausgeberin:

informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)

Vorstand:

Brigitte Reinhardt (Vors.), Klaus-Dieter Seidel, Ringo Raupach, Nikolai Link, René Vesper, Hannah Würbel

Redaktion:

Anna Balkenhol, Lothar Berger (verantw.), Daniel Düster, Nikolai Link (Layout), Ringo Raupach, Brigitte Reinhardt, René Vesper

Druck: Prospektus Nyomda, Veszprém

Gestaltung: herrmann design studio

Redaktionsschluss der Ausgabe: 20.3.2021
Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach Rücksprache mit der Redaktion. Genehmigung wird gern erteilt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Gefördert durch:

Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes



Durch Fracking gefährdet: Ökosystem Okavango

